Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 33 – 20. August 2011

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Der Gleichmut der Deutschen gegenüber der Euro-Politik Berlins könnte bald dahinschwinden: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Foto: Getty images

Es wird gefährlich

Deutsche Wirtschaft stagniert bei rapide wachsenden Euro-Verpflichtungen

Die deutsche Konjunktur ist abrupt ins Stocken geraten. Bislang lenkte die gute Wirtschaft die Deutschen von den überbordenden Euro-Kosten ab. Das könnte sich bald ändern.

Beobachter im In- und Ausland wundern sich, warum die Deutschen anscheinend seelenruhig zusehen, wie ihnen im Namen der „europäischen Solidarität“ kaum mehr darstellbare finanzielle Verpflichtungen und letztlich Belastungen aufgehalst werden. Verantwortlich für die Belastungen zeichnet ihre eigene Regierung, während die einzige Kritik der Opposition darin besteht, dass die Regierung nicht noch schneller und bereitwilliger zahlt.

Die einzig schlüssige Erklärung für den oberflächlichen Gleichmut der Deutschen bestand bislang im Hinweis auf die glänzende Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt, an der sich die Bundesbürger seit bald zwei Jahren erfreuen können: Die Aussicht auf wachsenden Wohlstand und sichere Arbeitsplätze stimmt milde.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Konjunkturdaten ein Alarmsignal für die Politik: Im zweiten Vierteljahr kam das Wachstum in Deutschland praktisch zum Erliegen. Sollte es in den Folgequartalen nicht wieder kräftig anspringen, wird die drastische Abkühlung bald auf die Unternehmensgewinne und damit auf Steuereinnahmen und Gehaltsentwicklung durchschlagen. Schließlich käme auch die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt zum Erliegen.

> Euro-Bonds: »Strikte Bedingungen« sind wenig glaubwürdig

Spätestens dann fiele es der Politik deutlich schwerer, den Deutschen die überbordenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber einigen Euro-Schuldenstaaten noch plausibel zu machen. Laut Schätzungen hat allein die EZB per Übernahme von Schuldtiteln maroder Länder und sogenannte Kreditersatzgeschäfte wacklige Risikopapiere im „Wert“ von mehr als 600 Milliarden Euro aufgenommen. Für knapp 30 Prozent, also etwa 180 Milliarden, stehen die deutschen Steuerzahler gerade. Damit sind die „Euro-Bonds“, also die Vergemeinschaftung der Schulden, teilweise bereits Realität. Hinzu kommen Hunderte von Milliarden schwere Rettungsschirme. Auch offizielle „Euro-Bonds“ werden kommen. Zwar soll die Vergemeinschaftung der Schulden laut Bundesregierung an „strikte Auflagen“ geknüpft werden. Doch das war auch der Euro von Anfang an. Die Auflagen wurden alle gebrochen, die Delinquenten mit Rettungsmilliarden dafür belohnt statt bestraft. Warum also sollte es bei den „Euro-Bonds“ auf einmal anders laufen?

Nicht nur in der FDP, auch in Teilen der Union wächst die Nervosität, dass die Wähler, zumal in wirtschaftlich wieder schlechteren Zeiten, all das nicht mehr klaglos hinnehmen. Für alle Bundestagsparteien tut sich ein Erklärungsproblem von gigantischen Ausmaßen auf, wenn staatliche Leistungen brutal gekürzt und Steuern erhöht werden müssen, um Probleme zu lösen, die ihre verheerende Politik erst zu den unseren gemacht hat. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Absturz

Macht macht sexy. So heißt es zumindest. Ob es das war, was Christian von Boetticher die Zuneigung einer sehr jungen Frau eingebracht hat, sei einmal dahingestellt. In einem rasanten Akt der Selbstdemontage hat der einstige Aufsteiger der schleswig-holsteinischen CDU nun seine Macht verspielt. Die „öffentliche Jagd“ auf ihn habe ein Ausmaß angenommen, das ihm keine Wahl gelassen habe. Aber war der Grund wirklich nur die längst beendete Beziehung zu einer minderjährigen Frau, die seine Tochter hätte sein können? Symphatien dürfte ihn eher die Tatsache gekostet haben, dass er sie abserviert hat, als die Beziehung seiner Spitzenkandidatur im Wege stand. Und das, obwohl es doch angeblich von beiden Seiten „aufrichtige Liebe“ war. Dann kam auch noch heraus, dass er zumindest im Mai 2010 bereits anderweitig liiert war und sogar öffentlich von Heirat sprach. Die Schülerin war für ihn dann wohl doch eher ein nettes Spielzeug als die angebliche „große Liebe“. Das ist der eigentliche moralische Schwachpunkt bei der Geschichte, der von Boettichers charakterliche Schwäche offenbart.

Hinter der moralischen Entrüstung seiner Parteifreunde dürfte indes eher das Bemühen stecken, ihn auf elegante Art loszuwerden, beklagten sie doch schon lange seine mangelnde Tatkraft. Damit sind sie ein hohes Risiko eingegangen, denn die Koalition besitzt im rechtswidrig gebildeten Landtag nur eine Mehrheit von einer Stimme. Hätte von Boetticher auch sein Landtagsmandat niedergelegt, wäre diese Mehrheit futsch. Und darauf, dass die CDU auch den nächsten Ministerpräsidenten in Kiel stellen wird, dürfte derzeit wohl niemand wetten wollen.

Ewiggültige Prinzipien

Preußens Sparsamkeit war stets vorbildlich

Vor drei Tagen – am 17. August – jährte sich zum 225. Mal der Todestag des Preußenkönigs Friedrich II., der als Friedrich der Große in die Geschichte eingegangen ist. Das offizielle Berlin nahm keine Notiz von diesem Erinnerungstag, obwohl doch Friedrich, der bedeutendste Monarch der Hohenzollerndynastie, bis heute im kollektiven Gedächtnis der Deutschen seinen Platz hat (siehe *PAZ* Nr. 32).

Friedrich, den seine Untertanen auch den „Alten Fritz“ nannten, war trotz seiner Kriege, die er führte, beziehungsweise führen musste, hinsichtlich seiner Finanzwirtschaft ein vorbildlicher Regent. Die Grundsätze seiner Haushaltspolitik hat er in seinem politischen Testament von 1768 niedergeschrieben: „Niemals darf das ganze Jahreseinkommen verausgabt werden, damit der Überschuss und der

> Friedrich II. weist Regierungen den Weg

Staatsschatz stets hinreichen, um allen Notlagen, in die der Staat geraten kann, gewachsen zu sein. Gute Verwaltung der Einnahmen und gute Regelung der Ausgaben, das ist die ganze Finanzkunst. Die Finanzen sind auf Erden leider die Grundlage des Privatlebens wie des politischen Lebens. Das Geld ist der Nerv des Staates, seine Einkünfte der Puls, an dem man seine Lebenskraft misst ... und die Völker, die unter einer guten Finanzwirtschaft leben, sind glücklicher als die, deren Herrscher eine ungeordnete Wirtschaft führen. Denn eine reiche Regierung kann und muss den Untertanen helfen, eine verschuldete aber kann niemandem beistehen.“

Friedrich der Große, häufig auch als der „Philosoph von Sancsoussi“ bezeichnet, war ein aufgeklärter kluger Monarch, ein begnadeter militärischer Stratege und ein begabter Musiker; seine Kompositionen haben auch heute noch ein beachtliches Publikum. *Wilhelm v. Gottberg*

Wollte er Berlin opfern?

»Spiegel«: Adenauer plante Tausch gegen Westgebiete der DDR

Dem Hamburger Magazin „Spiegel“ liegen nach eigenen Angaben jüngst freigegebenen historische Akten vor, nach denen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) 1961 vorgeschlagen habe, West-Berlin gegen weite Teile der DDR zu tauschen. Im Sommer 1945 hatten sich die Alliierten aus dem Gebiet westlich einer Linie Wismar–Chemnitz bis zur späteren Zonengrenze zurückgezogen. Dafür hatten sie ihren Teil Berlins erhalten.

Adenauers geheimer Vorschlag sah laut „Spiegel“ vor, diesen Tausch rückgängig zu machen. Den West-Berlinern sollte die Möglichkeit zur Umsiedlung in die Bundesrepublik gegeben werden.

Die zentrale Frage ist, ob der Kanzler den Vorschlag ernst meinte, oder ob es sich um ein taktisches Manöver handelte. Als rein taktisches Manöver wäre es eher

> Wahre Absichten bleiben im Dunkeln

als Vorstoß zur Entlastung West-Berlins zu verstehen denn als dessen Preisgabe: Seit Ende der 50er Jahre hatte Moskau den Druck auf die West-Alliierten wieder verstärkt, Berlin aufzugeben. Moskau für West-Berlin einen möglichst hohen Preis zu präsentieren, hätte den Kreml zähmen können.

Meinte Adenauer den Plan jedoch ernst, so wäre dies Wasser auf die Mühlen derer, die seit jeher an der Sehnsucht des Rheinländers nach der Wiedervereinigung zweifeln. Mit der „Klärung“ der Berlin-Frage wäre der Teilung Deutschlands ein entscheidender Stachel gezogen worden. Letztlich mussten alle Ideen, die Spaltung von Bundesrepublik und DDR zu verewigen, an West-Berlin scheitern. Ein US-Staatssekretär soll laut „Spiegel“ gegenüber Präsident John F. Kennedy den Gebietstausch denn auch als „langfristige Lösung“ gepriesen haben, was ein fahles Licht auf die Absichten des Kanzlers hinsichtlich der deutschen Einheit wirft. *H.H.*

MELDUNGEN

2100 Kilometer neue Leitungen

Potsdam – Fast 2100 Kilometer neue Hochspannungsleitungen müssen allein im Land Brandenburg bis zum Jahr 2020 gebaut werden, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter so stark forciert wird, wie es die rot-dunkelrote Landesregierung vorsieht. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie zum Stromnetz der TU Cottbus, die das Brandenburgische Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte. Der zuständige Minister Ralf Christoffers (Linkspartei) erwartet „verstärkte Akzeptanzprobleme“ wegen des Netzausbaues. Bereits jetzt regt sich Widerstand von Bürgerinitiativen gegen Wind- und Solarenergiegebiete, von denen es nirgendwo so viele gibt wie in Brandenburg. Der Widerstand gegen die „Verspargelung“ der Landschaft hat bereits zu einer Volksinitiative geführt. *CR*

Angeklagt wegen Rundfunkverbrechen

Koblenz – Wegen des Betriebs eines rechtsextrem ausgerichteten Internetradios hat die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen weitere zwölf deutsche Staatsangehörige im Alter zwischen 20 und 42 Jahren Anklage erhoben. Bereits im April waren 18 Personen wegen Aktivitäten für das „Widerstandradio“ zu Gefängnisstrafen von teils mehreren Jahren verurteilt worden. Den nun Angeklagten aus mehreren Bundesländern wird unter anderem die Bildung beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sowie Volksverhetzung vorgeworfen. Es sind verdächtig, Sendungen moderiert zu haben. Eine 28 Jahre alte Hausfrau aus Baden-Württemberg soll Rädelsführerin und Gründungsmitglied des Internetradios gewesen sein, das ab spätestens Juli 2009 seinen Sendebetrieb für einige Monate aufnahm, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Acht der im April Verurteilten haben gegen ihre Urteile Revision eingelegt. Der Bundesgerichtshof hat noch nicht entschieden. *CR*

Desinteresse wird zu Ignoranz

Deutschland geht bei Besetzung von Posten im Europäischen Auswärtigen Dienst fast leer aus

Im Diplomatischen Dienst der EU sind 25 Botschafterposten neu besetzt worden. Während lediglich ein deutscher Diplomat bei den Neubesetzungen berücksichtigt wurde, sind einige Länder unerwartet stark im diplomatischen Dienst der EU vertreten.

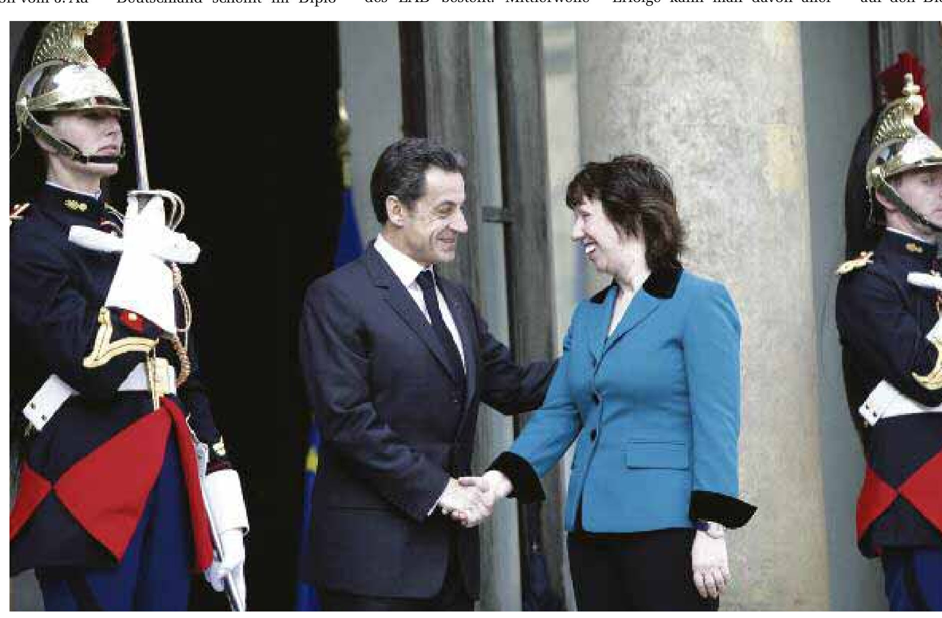
Als eine wirkliche Überraschung kann man die Pressemitteilung der EU-Außenbeauftragten Catherine Asthon vom 3. August nicht bezeichnen. Bei der Bekanntgabe, wie 25 neue Spitzenposten im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) besetzt werden, wurde nur deutlich, was sich bereits seit der Gründung des EAD abzeichnet: In der Zentrale des immer noch im Aufbau befindlichen Dienstes bauen Großbritannien und Frankreich personalpolitisch ihre Dominanz weiter aus. Beide Länder scheinen dies auch nicht einmal verbergen zu wollen. Offizielle Arbeitssprachen des Dienstes sind Englisch und Französisch, aber nicht Deutsch, das von immerhin 100 Millionen Europäern gesprochen wird. Auch bei den Botschafterposten ist es wiederum Frankreich, das neben Spanien dominiert. Erstaunlich ist aber auch, wie stark Länder wie Polen, die Tschechei, Belgien oder Griechenland überproportional berücksichtigt werden. Die Mittel hierzu: Quotenregelungen – sei es für osteuropäische Bewerber, für Frauen oder für Bewerber, die nicht aus dem EU-Apparat, sondern aus dem diplomatischen Dienst der Mitgliedsstaaten kommen. Europas bevölkerungsreichster und volkswirtschaftlich wichtigster Staat Deutschland scheint im Diplomatischen Dienst der EU hingegen nur gefragt zu sein, wenn es um die Finanzierung des mit 464 Millionen Euro ausgestatteten Dienstes geht. Auch bei der aktuellen Besetzungsrunde, deren Ergebnisse Ashton am 3. August verkündete, konnte wieder Frankreich sechs Spitzenposten mit eigenen Bewerbern besetzen. Während es Italien, Großbritannien und selbst Griechenland immerhin noch gelang, jeweils zwei Diplomaten durchzusetzen, besetzt Deutschland nur einen einzigen Posten mit einem eigenen Diplomaten. Selbst das allerdings nur auf einer Stellvertreterposition: Der deutscher Diplomat Detlev Brauns wird stellvertretender Leiter der EU-Delegation bei der Welthandelsorganisation in Genf.

Großbritannien und Frankreich bauen Dominanz aus

Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die seit der Gründung des EAD besteht. Mittlerweile besetzt Frankreich 18 EU-Botschafter- oder andere hochrangige Posten im EAD. Italien ist immerhin mit 16 Diplomaten auf wichtigen Stellen vertreten und selbst auf Spanien entfallen 14 einflussreiche Positionen. Angesichts der starken zahlenmäßigen Vertretung von Spaniern und Franzosen sprechen Beobachter im EU-Parlament mittlerweile sogar von einer „Aufteilung des EAD in koloniale Einflusssphären“. Deutschland ist es bisher nur gelungen, sieben Posten mit einiger Bedeutung zu besetzen. Als wirkliche personalpolitische Erfolge kann man davon allerdings bisher nur zwei Stellenbesetzungen bewerten: Der EU-Botschafterposten in Peking wurde mit dem deutschen Diplomaten Markus Ederer besetzt und in der Brüsseler Zentrale ist Helga Schmid als Vize-EU-Außenbeauftragte am Aufbau des EAD beteiligt. Dem Auswärtigen Amt in Berlin werden Vorbehalte gegen die deutschen Beamten in den Diensten der EU nachgesagt. In einem solchen Falle wäre es allerdings angebracht gewesen, von vornherein die Entstehung eines Auswärtigen Dienstes auf EU-Ebene im Rahmen des Lissabon-Vertrages zu verhindern. Nachdem der EAD allerdings nun zunehmend zur Realität wird, grenzt es an Ignoranz, weiterhin an einer Politik des Desinteresses festzuhalten. Der Versuch von Großbritannien und Frankreich, Einfluss auf den Dienst über die Personalpolitik zu nehmen, scheint allemal weitblikkender und könnte für Deutschland eines Tages weitreichende Folgen haben.

Stellenbesetzung erfolgt nach diversen Quoten

Dass an der Spitze des Dienstes ewig eine farb- und konturenlose Person wie die Britin Caterine Asthon stehen wird, ist kaum anzunehmen. Selbst wenn Asthon auch weiterhin nicht mit größeren diplomatischen Erfolgen auffallen sollte, hätte sie zumindest innerhalb des EAD für wichtige Weichenstellungen im Sinne ihres Heimatlandes gesorgt. Sollte es in der Zukunft einen Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Dienstes der EU geben, ist Großbritannien auf einflussreichen Positionen weiterhin mit eigenen Diplomaten vertreten. Für den ziemlich wahrscheinlichen Fall, dass Ashtons Nachfolger vom „Quai d'Orsay“ entsandt wird, wäre die Amtszeit der Britin aus Londoner Sicht schon allein damit ein voller Erfolg gewesen. *Norman Hanert*



Ashton und Sarkozy handelseinig: Die meisten Posten im EAD werden zwischen England und Frankreich aufgeteilt Bild: Ullstein

Die Schulden-Uhr: Nebenjobs statt Dienst

Ein neues Beispiel von die Staatsschulden in die Höhe treibender Geldverschwendung hat der Landesrechnungshof von NRW kritisiert. An der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, die 2006 aus der Polizei-Führungsakademie hervorgegangen ist, gäbe es „in gravierendem Ausmaß Überkapazitäten“ bei den Unterkünften und beim Lehrpersonal, so die Kritik. Der Lehrkörper verdient augenscheinlich lieber in Nebenjobs zusätzliches Geld als seine Pflicht zu erfüllen. Kein einziger der 34 Bediensteten soll im Studienjahr 2008/09 sein Lehrdeputat erfüllt haben. Geschlossen worden sei die Lücke mit externen Honorarkräften. Deren Etatposten sei für 2008 um 62 Prozent und 2009 gar um 94 Prozent überschritten worden. *M.R.*

1.970.803.949.688 €

Vorwoche: 1.969.394.340.148 €
Verschuldung pro Kopf: 24.122 €
Vorwoche: 24.105 €

(Dienstag, 16. August 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Freundschaftsdienst?

Weißrussischer Oppositioneller nach Hinweis aus Wilna verhaftet

Dass im autokratisch regierten Weißrussland Menschenrechtsaktivisten ins Gefängnis geworfen werden, ist nicht neu. Dass es mit ausländischer Amtshilfe geschieht, schon.

Der in der vergangenen Woche in Minsk festgenommene Leiter der Menschenrechtsorganisation „Viasna“ Ales Bialiatski kann sich für seine Verhaftung beim litauischen Justizministerium bedanken. Der Vorwurf: Steuerhinterziehung in größerem Stil. Im Rahmen eines bilateralen Rechtshilfeabkommens gab die Behörde Informationen über 400 Konten von Weißrussen beziehungsweise weißrussischen Nichtregierungsorganisationen bei litauischen Banken an die Minsker Regierung weiter, darunter auch Bialiatskis Konto. Über dieses werden Zahlungen ausländischer Organisationen abgewickelt, mit denen Viasna seine Arbeit finanziert. Für das Lukaschenko-Regime ein gefundenes Fressen: Im Falle einer Verurteilung drohen Bialiatski sieben Jahre Haft und der Verlust seines Eigentums. Die 1996 gegründete „Viasna“ („Frühling“) wäre ihrer bekannten Führungsfigur beraubt. Viasna unterstützt vor allem politisch Verfolgte und ihre Angehörigen.

Nun könnte man eine unpolitische Panne im Verwaltungsapparat für den Vorfall verantwortlich machen. Doch es ist kein Geheimnis, dass die Regierung des EU-Lands Litauen und in Sonderheit Staatspräsidentin Dalia Grybauskaite seit Jahren beste Beziehungen mit dem isolierten Nachbarn Weißrussland unterhält. Mit Lukaschenko verbindet Grybauskaite eine enge Arbeitsbeziehung. Noch im Oktober letzten Jahres besuchte die frühere EU-Kommissarin den Alleinherrscher in Minsk – nachdem der ein Jahr zuvor offiziell in Wilna gewesen war. Lukaschenko konnte sich freuen, denn er erhielt die Vereinbarung, venezolanisches Erdöl über den Hafen von Memel einzuführen. Ferner wurde ein Abkommen über einen kleinen Grenzverkehr zwischen Belarus und Litauen unterzeichnet. Vor den erwartungsgemäß gefälschten Wahlen im Dezember nahm Grybauskaite ihren Amtskollegen vor EU-Botschaftern in Wilna in Schutz und adelte ihn als den „Garanten“ der Stabilität und Unabhängigkeit Weißrusslands. Die belarussische Opposition dagegen sei „schwach“. Lukaschenko gratulierte im März erst wieder zum Geburtstag. Ende Mai wies Grybauskaite weitere EU-Sanktionen gegen Minsk „kategorisch“ zurück: Während die EU-Außenminister über die Verschärfung der Maßnahmen gegen das Regime berieten, nannte Litauens Staatschefin umfassende Wirtschaftssanktionen einen „Schlag unter die Gürtellinie“ gegen die ohnehin gebeutelte weißrussische Wirtschaft. Als Nachbarstaat und Eingangstor zur Europäischen Union bestehen umfangreiche Handels- und Transportbeziehungen mit Belarus. Der Vorsitzende der litauischen Parlamentariergruppe „Für ein demokratisches Belarus“, Justinas Karosas, kommentierte die bilateralen Beziehungen zu Jahresbeginn folgendermaßen: „Mit Grybauskaite an der Regierung ist es offensichtlich, dass sich Litauen von einem Demokratie- zu einem Waren-Exporteur gewandelt hat.“ *Christian Rudolf*

Erdöl aus Venezuela geht über Hafen von Memel

Israel im Umbruch

Soziale Unruhen trotz wirtschaftlicher Erfolge

Israel erlebt zur Zeit soziale Unruhen, wie sie das Land zuvor noch nie gesehen hat. Hunderttausende Menschen demonstrieren gegen hohe Mieten und Lebenshaltungskosten. Israel war ein Land, das auf sozialistischen Prinzipien errichtet wurde und lange Zeit starke egalitäre Ideale gepflegt hat. Die sozialistische Kibbuz-Gesellschaft, eine dominierende sozialdemokratische Partei und die mächtige Gewerkschaft Histadrut gehörten zum Gerüst des Staates und sicherten einen soliden Wohlfahrtsstaat und ein Gemeinschaftsgefühl, das langsam aber sicher immer mehr ausgehöhlt wird. Viel Geld floss und fließt in eine teure Siedlungspolitik und in eine ständig wachsende Bevölkerungsschicht streng orthodoxer Juden, die weder arbeitet noch zur Volkswirtschaft beiträgt. Gleichzeitig ist Israel gezwungen, viel Geld in seine Verteidigung zu stecken.

Die israelische Wirtschafts- und Finanzwelt war in den letzten Jahren sehr gut aufgestellt. Das Land ist besser als viele andere westliche Staaten aus der Weltfinanzkrise herausgekommen. Finanzminister Yuval Steinmetz hat mit viel Fantasie alte Dogmen gebrochen und als erster demokratischer Staat, gegen den Widerstand seiner Zentralbank, mit dem Dogma der jährlichen Staatsbudgets gebrochen und ist auf zweijährige Staatshaushalte übergegangen.

Der Mittelstand begehrt auf

Wegen des schwierigen regionalen Umfeldes ist die israelische Wirtschaft sehr stark auf den US- und EU-Markt fixiert. Wie es jetzt aussieht, muss das Land allerdings wieder mehr in die unter der Regierung Netanyahu vernachlässigte Sozialpolitik investieren. Sogar die Mittelklasse ächzt unter den steigenden Lebenshaltungskosten und gestiegenen Gesundheitskosten sowie der infolge der Weltfinanzkrise angehobenen Mehrwertsteuer. Jetzt reicht es ihr, sie fordert eine Veränderung. Und es ist gut möglich, dass die Demonstranten diese erzwingen. Die Demokratiebewegung in der arabischen Welt könnte die Mittel dafür bereitstellen, denn langfristig könnte sie dazu führen, dass Israel zum ersten Mal in seiner 63-jährigen Geschichte seinen Verteidigungsetat reduzieren könnte. *Bodo Bost*

Wahlkampf

Von Vera Lengsfeld

Zuerst waren die kleinen Parteien da, um sich, wenn sie schon in der kommenden Materialschlacht nicht mithalten können, die besten Plätze an den Laternen zu sichern. Nach zehn Jahren Rot-Rot, das letztlich aufs Regieren ganz verzichtet zu haben scheint und die Stadt mit ihren Problemen sich selbst überlässt – Pannen-S-Bahn, fehlende Lehrer, bröckelnde Schulgebäude, brennende Autos und Kinderwagen, Müll auf den Straßen –, erwartet man von den zahlreich angetretenen Kleinen handfeste Aussagen.

Fehlanzeige. Die „Piraten“ teilen mit: Mehr als 8000 Leuten „gefällt das“. Was? Der Zustand der Stadt ja wohl nicht. Die „Freiheit“ fordert „Bessere Bildung“, wie jede andere Partei. „Pro Deutschland“ will immerhin für „Thilos Thesen“ wählen gehen, aber welche, bleibt ihr Geheimnis. Die „Grauen Panther“ verkünden: „Kinder werden Rentner.“ Wer hätte das gedacht? Wer die Hoffnung hatte, mit der Wahl einer kleinen Partei etwas ändern zu können, kann sie jetzt schon fahren lassen.

Seit letzten Sonntag sind auch die „Großen“ zur Stelle, ohne Inhalte in den Wahlkampf zu bringen, der diesen Namen nicht mehr verdient. Wie könnte man das nennen? Wettbewerb um die gefälligste Leerformel?

Schwer zu entscheiden, wem da die Krone gebührt. Den Sozialdemokraten, die mit „Berlin verstehen“ werben? Offensichtlich haben sie bisher nichts verstanden. Neu ist, dass die Genossen nur noch ihr Logo rot unterlegen. Ansonsten dominiert lila (als letzter Versuch?), blau und türkis. Wenn das die Wähler beim Urnengang nur nicht verwirrt!

Die Grünen plakatieren „Da müssen wir ran!“ Das soll signalisieren, dass die Partei die Probleme der Stadt anpacken will, erweckt aber eher den Eindruck, als wolle man an die Fleischtöpfe, um bei der Verteilung ganz vorn dabei zu sein. Die FDP behauptet eine „neue Wahlfreiheit“, ohne zu erkennen zu geben, was sie damit erreichen will. Die Partei macht den Eindruck, als hätte sie sich bereits für den Untergang entschieden.

Die CDU hofft verzweifelt darauf, als Juniorpartner der Grünen in der Regierung unterzuschlüpfen, „Damit sich was ändert“. Was das sein soll, kann der interessierte Wähler in einer Broschüre „100 Probleme, 100 Lösungen“ nachlesen, wenn er einen Euro am Zeitungskiosk auszugeben bereit ist. Das Heftchen liegt wie Blei in den Regalen. Kein Wunder, denn die Partei versteckt hinter einem Wortschwall, dass sie kaum etwas zu sagen hat.

Wer sich den Slogan „Mieter vor Wild-West schützen“ ausgedacht hat, ist klar: „Die Linke“. Aber wer verbirgt sich hinter „Sozial und gerecht für Berlin“? Rot? Rot? Schwarz? Nein, Grün. An ihren Slogans sind die Hauptstadtparteien nicht mehr zu unterscheiden.

»Stammwähler zurückgewinnen«

Berlin vor der Wahl: CDU-Innenpolitiker Robbin Juhnke will konservatives Profil stärken



„Die Grünen haben Schwierigkeiten mit dem Begriff der eigenen Nation“: Robbin Juhnke, Innenexperte der Berliner CDU Bild: DAVIDS

Einst gewann die Berliner CDU mehr als 40 Prozent bei Landtagswahlen. Davon war sie zuletzt weit entfernt. Am 18. September sind wieder Wahlen an der Spree. Wie andernorts sucht auch die Hauptstadt-Union nach Profil und Zustimmung. Robbin Juhnke (44), innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, meint, die Christdemokraten müssten sich vor allem wieder stärker um ihre Stammwähler kümmern. Mit Juhnke sprach Theo Maass.

PAZ: *Die Bundes-CDU hat viel Programmatik der Grünen übernommen: beispielsweise den Abschied von der Hauptschule. Ist das richtig?*

Juhnke: Die Partei muss ihre Stammwähler erreichen, dann hat sie Erfolg. Eine Abwendung vom dreigliedrigen Schulsystem stößt auf meinen Widerstand. Aber die Hauptschule darf nicht Restschule werden. Problematische Milieus erfordern mehr Zuwendung. Die Einführung der Sekundarschule hilft den bisherigen Hauptschülern nicht. Wichtiger aber ist: Die Kinder müssen bei der Einschulung schulfähig sein. Wer Sprachtests nicht besteht, kann auch nicht zur Schule gehen.

PAZ: *Die Hauptstadt ist ein Brennpunkt von Gewalt im öffentlichen Raum. Dabei geraten bestimmte ethnische Gruppen immer wieder ins Rampenlicht. Ist das, was auf Berliner U-Bahnhöfen passiert, Jugendkriminalität oder Ausländerkriminalität?*

Juhnke: Es gibt auch gewalttätige deutsche Jugendliche, aber in der Mehrheit ist es ein Thema von Migranten. Die Schwelle der Gewaltbereitschaft sinkt immer mehr. Schnell ist das Messer zur Hand. Da muss schärfer durchgegriffen werden. Mehr Personal, mehr Überwachung und rasche und harte Strafen würden sicherlich manchen potenziellen Täter abschrecken.

PAZ: *Kann man von „Deutschenfeindlichkeit“ in bestimmten Problemstadtteilen sprechen?*

Juhnke: Rassismus gegen Deutsche existiert und ist nicht hinnehmbar. Dafür gibt es keine Entschuldigung und das muss auch Konsequenzen haben.

PAZ: *Udo Wolff, der Fraktionsvorsitzende der Partei „Die Linke“ im Berliner Abgeordnetenhaus, hat Sie und Ihren Fraktionskollegen Kurt Wansner unlängst wegen ähnlicher Äußerungen scharf angegriffen.*

Juhnke: Der hat es nun gerade nötig. Wer im Glashaus des politischen Radikalismus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Gerade in seiner Partei hat er Erscheinungen und Personen, auf die er besorgt blicken sollte. Ich denke da an den Auftritt von Gesine Lötzsch auf der sogenannten Rosa-Luxemburg-Konferenz. Also: Erst mal fest an die eigene Nase fassen.

> »Rassismus gegen Deutsche ist nicht hinnehmbar«

PAZ: *Gehören die Linken zur „Gemeinsamkeit“ der Demokraten? Die CDU hat mit dieser Partei den sogenannten „Berliner Konsens“ vereinbart, in dem sich die CDU gemeinsam mit SPD, Grünen, FDP und „Linken“ dazu verpflichtet, im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten gegen Rechtsradikale, aber auch gegen sogenannte Rechtspopulisten vorzugehen.*

Juhnke: Eine einseitige Ausrichtung gegen „Rechts“ halte ich für unglücklich.

PAZ: *CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt hat ein Verbot der Linken in die Debatte um extreme Parteien eingeführt. FDP-Generalsekretär Christian Lindner hat ihm dabei assistiert. Ist die Zeit reif dafür?*

Juhnke: Parteiverbote halte ich gar nicht für sinnvoll. Die Leute bleiben ja da, die kann man nicht verbieten. Es darf nicht übersehen werden, dass es ideologisch Überschneidungen zwischen Linken und NPD gibt. Nicht zufälligerweise sind Antifas und autonome Nationalisten äußerlich kaum noch zu unterscheiden. Überfällig ist eine Beobachtung der Linken durch den Verfassungsschutz, so wie ja auch die NPD beobachtet wird. Nur mit gerichtsverwertbaren Fakten ist ein Verbotsverfahren möglich. Ein gescheitertes Verfahren macht die Extremisten nur noch stärker.

PAZ: *Berlin mangelt es wie vielen deutschen Kommunen dramatisch an Geld. Ist es da richtig, dass Deutschland für die Schulden der ärmeren EU-Länder eintritt?*

Juhnke: Eine Transferunion darf es nicht geben. Die Menschen dürfen nicht um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden. Unterschiede kann man nicht mit Geld zukleistern. Das Geld fehlt uns doch in Berlin.

PAZ: *Aber das wollen doch die Grünen. Und die Berliner CDU schließt nach dem 18. September ein Bündnis mit dieser Partei nicht aus. Im Ernstfall bedeutet das, dass sie eine Regierende Bürgermeisterin Renate Künast mitwählen müssen. Machen Sie da mit?*

Juhnke: Infratest-dimap sieht die Grünen nur noch bei 24 Prozent – Tendenz weiter fallend – und uns bei 23 Prozent. Die Causa Stuttgart 21 entzaubert die Möchtegern-Ökos gerade. Die CDU wird noch weiter aufholen. Die Frage „Künast“ stellt sich so gar nicht. Die Grünen müssen nach dem 18. September überlegen, ob sie Frank Henkel oder Klaus Wowereit zum Regierenden Bürgermeister wählen wollen. Da wird sich dann zeigen, wie ernst die Sache mit dem Politikwechsel gemeint ist.

PAZ: *Und Stimmenzuwächse sind Ihrer Meinung nach nur bei einem klaren konservativen Profil möglich.*

Juhnke: Ja, unsere Stammwähler sind wichtig. Sie sind das Fundament des Erfolges. Ohne sie geht nix. Das hat gerade erst Ihr Kollege Jan Fleischhauer in seinem vielbeachteten Buch „Unter Linken“ festgestellt. In meinem Kreisverband Neukölln haben wir diesbezüglich Konsequenzen gezogen. Wir zeigen dort wieder ein klareres Profil. Das honorieren die Bürger, wir merken das täglich beim Wahlkampf auf der Straße.

PAZ: *Wenn sie mitregieren, was wird dann anders?*

Juhnke: Soziale Gerechtigkeit darf in Berlin nicht länger ein Lippenbekenntnis bleiben. Ein Kilo Gequatsche wiegt weniger als ein Gramm Taten.

PAZ: *Die CDU als soziale Partei?*

Juhnke: Na, warum denn nicht? Zu Recht weist Frank Henkel auf den Plakaten auf die exorbitanten Mietsteigerungen hin – trotz Regierungsbeteiligung der Linken.

PAZ: *Zurück zu den Grünen – ist eine Zusammenarbeit mit dieser Partei für Sie möglich?*

Juhnke: Grundsätzlich ja. Allerdings frage ich mich schon, wie man für dieses Land und seine Bewohner Politik machen will, wenn man Schwierigkeiten mit dem Begriff der eigenen Nation hat und „Deutschland“ sinnbildlich nur mit der Kneifzange anfassen will. Liebe zu den „Eigenen“ ist etwas anders als nationalistischer Hass auf die „Anderen“.

Zuschüsse bringen Rendite

Brandenburger Steuerzahler profitieren von kluger Filmförderung

Geschäftsbanken springen bei Finanzierungslücken im Vorlauf von Filmproduktionen häufig nicht ein. Damit die Filme trotzdem produziert werden können, will das Land Brandenburg nun mit einem Programm helfen, bei dem die Verwertungsrechte vorfinanziert werden: Mit fünf Millionen Euro wollen das Brandenburger Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sowie die Landesinvestitionsbank ein neues Darlehensprogramm für Filmprojekte ausstatten, das Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) nun vorgestellt hat. Bedingung der Zwischenfinanzierung ist, dass die Filme in Berlin-Brandenburg produziert werden und mindestens das Dreifache der Kreditsumme als Wertschöpfung in der Region verbleibt.

Pro Film sollen maximal zehn Prozent der Kosten vorgeschossen werden, so dass Finanzierungslücken zwischen 100 000 bis 500 000 Euro überbrückt werden können. Getilgt werden die Darlehen, sobald die freie Vermarktung der Filme, zum Beispiel der DVD-Verkauf, anläuft.

Erstaunlich ist, dass Banken derartige Risikofinanzierungen nicht übernehmen wollen und ein solches Programm überhaupt notwendig wird. Bereits seit fünf Jahren bietet Brandenburg „Lückenfinanzierungen“ bei Film- und Fernsehproduktionen an, mit denen die Zeit zwischen Produktionsstart und dem Einnahmebeginn überbrückt wird. Bisher sind schon 120 Filme auf diese Weise zwischenfinanziert worden – verlustfrei. Christoffers sieht angesichts der Zurückhaltung der klassischen Geschäftsbanken ein „Marktversagen“, wenn es um derartige Finanzierungen geht.

> Staat ist auch an der Verwertung der Filme beteiligt

Ob das Land Berlin sich an dem neuen Programm beteiligt, ist noch offen. Neben der Brandenburger Investitionsbank ist es vor allem das Medienboard Berlin-Brandenburg, das sich um die Filmbranche kümmert. Für Filmproduktionen und Standortwerbung hat das Medienboard allein 2010 rund 28,5 Millionen Euro ausgegeben. Zwischen Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg tobt ein heftiger Konkurrenzkampf um Filmproduktionen in der eigenen Region. Obwohl NRW mehr für Filmförderungen ausgibt, ist die Region um Berlin mit jährlich mehr als 300 produzierten Filmen die Nummer eins in Deutschland. Im Gegensatz zu Bayern und NRW gelingt es zudem regelmäßig, auch internationale Großproduktionen nach Berlin und in die Babelsberger Studios zu holen. *Norman Hanert*

FDP ade

Prominenter Jurist verlässt Berliner Liberale

Gut vier Wochen vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben die Berliner Liberalen einen erneuten Rückschlag erlitten. Einer der renommiertesten Juristen Berlins, Oberstaatsanwalt i.R. Bernhard Jahntz, hat seinen Parteiaustritt erklärt. Jahntz war unter anderem Ankläger des DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz.

Zudem leitete Jahntz viele Jahre das Landesschiedsgericht der Berliner FDP. In dieser Funktion verhinderte er mehrere Versuche des damaligen Landesvorsitzenden Günther Rexrodt, die Mehrheiten in der Partei auf dem Wege von Parteiordnungsverfahren zu verändern. Jahntz gehörte seit 1989 der FDP an und zählte zum nationalliberalen Umfeld des Generalbundesanwalts Alexander von Stahl.

Der bekannte Jurist bemängelt, dass es seine Partei nach den Wahlniederlagen dieses Jahres nicht verstanden habe, die richtigen inhaltlichen Konsequenzen zu ziehen. So habe Landes- und Fraktionschef Christoph Meyer auf dem jüngsten Landesparteitag eine Debatte über Guido Westerwelle verhindert.

In Jahntz' Schreiben an Meyer heißt es: „Ihre Spitzenkandidatur für die Abgeordnetenhaus-Wahl wird folgenlos bleiben, da diese bedeutungslose Partei nicht wieder ins Abgeordnetenhaus kommen ... wird. Diese Ihre Feigheit vor der Parteibasis *(Hier spielt Jahntz auf die verhinderte Westerwelle-Debatte an, H. L.)* ist zutiefst illiberal und abstoßend. Aber damit stellen Sie sich würdig neben die neue Bundesspitze: In Rostock waren die neuen jungen Milden mit Philipp Rösler an der Spitze auch zu feige, die Basis darüber auch nur reden zu lassen.“ Jahntz bezeichnet Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zudem als „Museumswächterin eines Steinzeit-Liberalismus“. *Hans Lody*

Gegen freien Wahlkampf

Der Vorsitzende des Bündnisses „Rechtspopulisten stoppen“, Dirk Stegemann, zeigte sich am 6. August zufrieden. Knapp 100 Demonstranten hatten sich vor der Berliner NPD-Zentrale eingefunden, um dagegen zu demonstrieren, dass auch die Rechtsextremen ihre angekündigten 40 000 Wahlplakate in der Stadt aufhängen können. Er sprach davon, dass „so viele Menschen Zivilcourage zeigen und damit die Pläne der NPD durchkreuzen“. Tatsächlich wurden zahlreiche NPD-Plakate in der Woche nach der Demo beschmiert. Stegemann äußerte sich nicht dazu, ob er die Verantwortung für diese Sachbeschädigung übernehmen wolle.

Bisher war das Bündnis durch Aktionen gegen „Freiheit“ und „Pro Deutschland“ in Erscheinung getreten. Am 17. Juni waren am Rande einer von Stegemann mit zu verantwortenden Demonstration zwei Aktivisten von Pro Deutschland krankenhausreif geschlagen worden. *H.L.*

Zeitzeugen



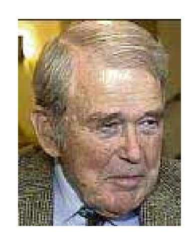
Terry Wohlers – Der Unternehmensberater und Marktforscher Wohlers gilt als weltweit anerkannte Autorität auf dem Gebiet der 3D-Drucktechniken. Einmal jährlich gibt der von ihm herausgegebene „Wohlers Report" einen weltweiten Überblick über die gesamte Branche der „Additiven Fertigungsverfahren".

Theodore Harold Maiman – Nach seinem Studium bei den „Hughes Research Laboratories" beschäftigt, entwickelte der US-Physiker 1960 den ersten funktionstüchtigen Laser. Mit seiner Erfindung stieß er bei Kollegen und Vorgesetzten in den ersten Jahren auf Zurückhaltung, da zunächst keine praktischen Anwendungsmöglichkeiten für den von ihm entwickelten „Rubin-Laser" erkennbar waren. Er selbst bezeichnete damals seine Erfindung als „Lösung, die ein Problem sucht".



Neil A. Gershenfield – Der US-amerikanische Physiker und Informatiker gilt als einflussreicher Vordenker auf dem Gebiet der „Additiven Fertigungstechniken". Nachdem er unter anderem bei den „Bell Laboratories" gearbeitet hat, ist er zurzeit am „Massachusetts Institute of Technology" (MIT) Leiter des Instituts „Center für Atoms und Bits". Gershenfeld forscht an alternativen Computertechniken und ist Verfechter eines nicht kommerziellen Zugangs zu neuen Technologien für breite Massen.

Fritz Schäfer – Im Jahr 1966 entdeckte der deutsche Physiker Schäfer, dass organische Farbstoffe dazu angeregt werden können, Laserstrahlen auszusenden. Auf dieser Grundlage gelang Schäfer fast zeitgleich mit dem Amerikaner Peter Sorokin die Entwicklung eines Farbstofflasers, mit dem die Wellenlänge des Lasers erstmals beliebig wählbar wurde.



William Hewlett – Nach dem Studium gründete Hewlett 1939 gemeinsam mit David Packard eine Firma für Mess- und Testinstrumente. In einer Garage im kalifornischen Palo Alto konstruierten sie ihr erstes Produkt, einen Tonfrequenzgenerator. Diese Garage gilt als Geburtsort des Silicon Valley. Bis zu seinem Tod 2001 lagen ihm die technischen Innovationen des Konzerns besonders am Herzen. Seine Firma ist auf dem Gebiet des 3D-Drucks weltweit führend.

Die Fabrik im Wohnzimmer

Dreidimensionale Drucktechnik wird Spielregeln der Wirtschaft revolutionieren

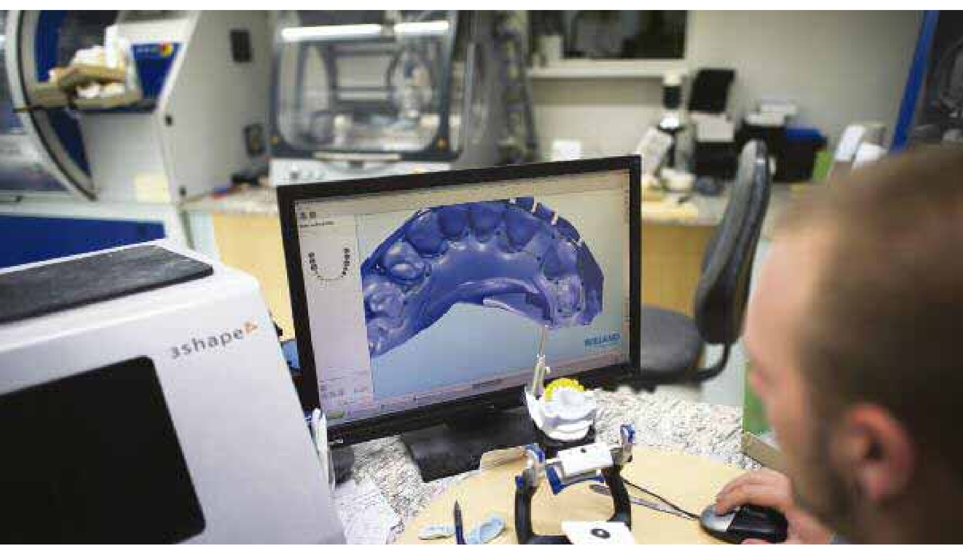
Die dreidimensionale Drucktechnik, der 3D-Druck, bereits seit Jahren in der Industrie als Nischentechnologie im Einsatz, steht vor der Markteinführung im Konsumentenbereich. Langfristig hat die Technik das Potenzial, unser bisheriges Wirtschaftsmodell vollständig umzukrempeln. Endverbraucher könnten in einigen Jahren selbst zu Herstellern werden.

Noch sind es überwiegend Fachblätter, die den langsamen Durchbruch einer neuen Produktionstechnik ankündigen. Zum 1. August meldete die Universität von Southampton die Fertigstellung eines unbemannten ferngelenkten Flugzeugs. Die Besonderheit an der Flugdrohne: Bis auf den Motor war sie komplett durch 3D-Druck hergestellt worden. Das Fluggerät mit einer Spannweite von zwei Metern hat inzwischen erfolgreich seinen Jungfernflug absolviert. Produziert wurde es durch ein Verfahren, bei dem Werkstücke schrittweise aus mikrometerdünnen Schichten aufgebaut und durch Laserstrahlen ausgehärtet werden. Als gängiger Oberbegriff hat sich für diese Technik mittlerweile die Bezeichnung 3D-Druck durchgesetzt, im angelsächsischen Bereich wird häufig von „Additive Manufacturing" gesprochen.

Geforscht wird an derartigen Fertigungsverfahren seit fast 30 Jahren. Inzwischen gelingt es, computergesteuert Objekte Schicht für Schicht aus den verschiedensten Materialien aufzubauen. In Frage kommen Metallpulver, Keramik, Kunststoffe, Glaspartikel, selbst biologische Ausgangsmaterialien sind verwendbar. Die Technologie ist inzwischen so weit ausgereift, dass sogar hoch belastbare Produkte wie zum Beispiel Möbel, Werkzeuge oder Flugzeugtragflächen gedruckt werden können. Momentan ist die Medizintechnik eine der treibenden Kräfte, welche die Verbreitung von 3D-Druckern vorantreibt. Die additiven Verfahren des 3D-Drucks sind zum Beispiel bestens für die passgenaue Fertigung von Zahnimplantaten geeignet. Die Forschungen gehen allerdings noch wesentlich weiter. Intensiv wird an der Herstellung von Ersatz-Organen und lebenden Implantaten durch das sogenannte „Bio-Printing" gearbeitet. Im Gegensatz zum Druck von Zahnersatz ist bei den Ersatz-Organen noch mit Jahren, wenn nicht mit Jahrzehnten an Forschung zu rechnen. Noch stellt die Verbindung des künstlichen zum echten Gewebe ein Hindernis dar. Die letzten Schwierigkeiten, die beim 3D-Druck noch bei der Verbindung von Kunststoffen mit Metallen auftreten, werden dagegen erheblich früher überwunden sein. Sollte auch die weitere Verfeinerung der Technik voranschreiten, steht dem Druck kompletter funktionierender Systeme aus verschiedensten Materialien, inklusive elektronischer Schaltkreise, nichts mehr im Weg.

Neue Technologie bedroht billige Serienfertigungen

Mit diesen Möglichkeiten könnte sich das gesamte bisherige Wirtschaftsmodell tiefgreifend verändern. Neil Gershenfeld vom Massachusetts Institute of Technology sieht die Welt sogar „an der Schwelle einer digitalen Revolution in der industriellen Fertigung". Auf längere Sicht ist denkbar, dass von fast jedem Produkt eine perfekte Kopie angefertigt werden kann – inklusive funktionierendem elektronischen oder mechanischem Innenleben, hergestellt in einem Druckdurchgang. Billigen Serienfertigungen in industriellen Schwellenländern würde damit quasi das Geschäftsmodell entzogen werden. Bei zunehmender Verbreitung der 3D-Drucker im Privatbereich in den nächsten Jahren ist allerdings zunächst mit relativ simplen Anwendungsmöglichkeiten zu rechnen, etwa dem Ausdruck von Ersatzteilen, einfachen Haushaltsartikeln oder Spielzeug. Ein im Internet heruntergeladener 3D-Bauplan reicht aus, damit das gewünschte Teil bequem am eigenen Schreibtisch ausdruckt werden kann. *Norman Hanert*



Zukunftsträchtige Technik: Passgenauer Zahnersatz lässt sich auch im 3D-Druckverfahren herstellen Bild: pa

Freie Bahn für Produktpiraten?

Bisher ist es nur ein Phänomen in technikbegeisterten Kreisen – digitale Blaupausen für Produkte aller Art. Mit zunehmender Verbreitung von 3D-Druckern dürften allerdings immer mehr Hersteller von Markenartikeln unter illegalen Kopien ihrer Produkte leiden. Mit den neuen Drucktechniken eröffnen sich für Fälscher völlig neue Möglichkeiten. Parallel zu den sinkenden Preisen für Drucker werden auch hochwertige 3D-Scanner zunehmend erschwinglich werden. Falls diese überhaupt noch nötig sein sollten – mittlerweile werden auch Computerprogramme immer ausgefeilter, die aus mehreren Fotos dreidimensionale Baupläne erstellen können. Welche Wege die Industrie zukünftig zum Schutz

Neuer Markt auch für Patentanwälte

von Urheberrechten einschlagen wird, ist noch nicht absehbar. Bekannt geworden ist bereits ein Fall, in dem eine US-Filmfirma dafür gesorgt hat, dass ein Bauplan für den 3D-Druck eines Filmrequisits aus dem Internet entfernt wurde. Ob sich die Strategie einer Durchsuchung des Internets nach illegalen Bauplänen auf Dauer wirklich durchhalten lässt, ist fraglich.

Mit zunehmender Perfektionierung der Drucktechnik wird die Zahl kopierbarer Produkte ständig wachsen. Denkbar ist, dass die Forderung nach bereits in den Druckern vorinstallierten Kopierschutzmechanismen laut wird. Wie wirksam diese wären und ob die Hersteller der Drucktechnik mit der Aussicht auf einen Milliarden-Markt bei einer allzu starken Einschränkung der Anwendungsgebiete mitspielen werden, ist noch unbekannt. Außer für die Hersteller der Drucktechnik und der Verbrauchsmaterialien dürften deswegen auch für Patentanwälte glänzende Zeiten anbrechen, wenn die 3D-Drucker den Massenmarkt erreichen. *N.H*

Langsame Revolution

Werkstücke werden aus hauchdünnen Pulverschichten aufgebaut

Bereits Ende der 80er Jahre waren Maschinenbauer auf der Suche nach neuen Wegen, Muster von neuen Bauteilen schneller und preisgünstiger als bisher herzustellen. Traditionell wurde auf Gießverfahren zurückgegriffen, wenn es um die Produktion von Prototypen ging. Zu den damals erprobten Verfahren gehörte das „Rapid Prototyping". Nach Computer-Entwürfen stellten Spezialmaschinen die gewünschten Bauteile Schicht für Schicht aus Metall- oder Kunststoffpulvern her und härteten die Teile durch Laser aus. Mit zunehmender Verbesserung der Verfahren griff in den 90er Jahren die Automobilindustrie auf diese neue Art der Prototypherstellung zurück. Es zeigte sich, dass durch die „Additive Formung" Baumuster kostengünstiger als bisher produziert werden konnten. Ein weiterer Vorteil war die Schnelligkeit des neuen Verfahrens. Gewünschte Änderungen an neuen Karosserien konnten wesentlich schneller im Windkanal getestet werden als in der Vergangenheit.

Dass in den neu entwickelten Verfahren mehr Potenzial steckt, als nur die Herstellung von Prototypen, wurde bereits in den 90er Jahren von Technikpionieren wie Marshal Burns gesehen. Bereits damals entwickelte Burns die Zukunftsvision einer „Heimfabrik", in der jedermann Haushaltsgegenstände selber herstellt. Im Jahr 2005 waren nach Angaben des Marktforschers Wohlers weltweit bereits 24 400 additive Fertigungsanlagen installiert. Mit

Die »Heimfabrik« wird schon bald erschwinglich sein

Ausreifen der Technik und höheren Stückzahlen nehmen seit dem Jahr 2003 die Gerätepreise ständig ab. Während die ersten Geräte noch mehrere hunderttausend Dollar kosteten, sind aktuell bereits Einstiegsgeräte für 750 Dollar erhältlich. Mit den gesunkenen Preisen sind in den letzten Jahren die Anwendungsgebiete gewachsen. Die Flugzeugbauer Boing und EADS greifen inzwischen auf 3D-Drucktechniken zurück, bei denen aus Titanpulver Teile gefertigt werden, die um 60 Prozent leichter sind als bisher. Ziel beider Firmen ist die Herstellung ganzer Tragflächen durch Druckverfahren. Auch im medizinischen Bereich ist man in den letzten Jahren auf die zukunftsträchtige Technik aufmerksam geworden. Vor allem bei der passgenauen Herstellung von Gelenkprothesen und Zahnersatz überzeugen die neuen Verfahren immer mehr.

Im privaten Bereich ist die 3D-Drucktechnik bisher noch das Gebiet ambitionierter Bastler. Das könnte sich allerdings zunehmend ändern. Die Zahl der Dienstleister, die im Auftrag von Privatkunden Objekte ausdrucken, nimmt stetig zu. Inzwischen bietet auch schon ein großer niederländischer Konzern über eine Tochterfirma einen derartigen Service an. Der wirkliche Durchbruch von 3D-Druckern bei den Endverbrauchern ist allerdings erst mit dem Markteintritt der etablierten Druckerhersteller zu erwarten. Vorreiter ist hierbei die Firma Hewlett Packard, die seit einigen Monaten Geräte für Heimanwender anbietet. In Branchenkreisen wird damit gerechnet, dass analog zu den konventionellen Druckern die Hersteller langfristig die Strategie fahren werden, die Gerätepreise sinken zu lassen und die Gewinne durch den Verkauf der Verbrauchsmaterialien zu erzielen. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe, Bücher:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1642**

Auf dem Weg zur Parkplatzpolizei

Scharfe Kritik der Polizeigewerkschaften an Sparmaßnahmen bei der Bundespolizei

Die „Saarbrücker Zeitung“ hatte bereits im Mai aus einer dreiseitigen „Mitarbeiterinformation“ des Bundespolizeipräsidenten Matthias Seeger zitiert: „Die Bundespolizei unterliegt zur Zeit strengen Sparzwängen. Dies äußert sich für Sie zunächst vor allem bei den Einschränkungen der Treibstoffbeschaffung.“ Und: „Als eine erste Maßnahme wurde die Kontingentierung von Treibstoffen vereinbart.” Einen „Offenbarungseid“ nannte dies Roland Voss von der Abteilung Bundespolizei in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Koblenz. Seine Kollegen stünden schon jetzt unter Druck, die Streifenwagen stehen zu lassen.



Nah an der Realität: Ein Bundespolizist muss sein Dienstfahrzeug stehen lassen, weil er kein Benzin mehr hat Bild: DPolG/Leh

Die Veröffentlichung löste Medienberichte aus mit Überschriften wie „Polizei muss bei Gangsterjagd Sprit sparen“ („Ostseezeitung“), „Bundespolizei muss mit Fahrrad auf Streife“ („N 24“), und „Sprit sparen ist erst der Anfang“ („Kölner Stadtanzeiger“). Laut GdP muss das Bundesfinanzministerium nach der Klage von Fluglinien wegen zuviel eingezogener Luftsicherheitsgebühren 77 Millionen Euro zurückzahlen. 33 Millionen Euro davon sollen vom laufenden Haushalt der Bundespolizei abgezogen werden. „Die Bundespolizei kann mit dieser drastischen, weiteren Kürzung ihrer Haushaltsmittel ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr ausüben“, erklärte der Vorsitzende der GdP-Bundespolizei, Josef Scheuring. Aus Polizeikreisen wird darauf hingewiesen, dass die Höhe der Luftsicherheitsgebühren vom Bundesinnenministerium (BMI) „willkürlich festgelegt“ worden sei und die vereinnahmten Gesamtsummen „im Bundeshaushalt und nicht im Haushalt der Bundespolizei versickert“ seien. Laut Deutscher Polizeigewerkschaft (DPolG) gelten die Einsparungen nicht nur für das Haushaltsjahr 2011, sondern mindestens bis 2014. Der Vorsitzende der DPolG-Bundespolizei, Hans-Joachim Zastrow, warnt davor, dass die Bundespolizei kaum noch präventive Aufgaben erfüllen könne und zu einer „Parkplatzpolizei“ mutiere.

Die Bundesregierung reagierte auf die Kritik mit Abwiegeln. Auf eine Bundestagsanfrage zum Schreiben von Bundespolizeipräsident Seeger antwortete die Regierung am 21. Juli: „Das Bundespolizeipräsidium hat keine Kontingentierung der Fahrleistung verfügt. Sämtliche verfügbaren Haushaltsmittel wurden den nachgeordneten Behörden zugewiesen. Diese verwenden die zugeteilten Haushaltsmittel nach eigener Festlegung, wobei alle notwendigen Einsatzfahrten durchzuführen sind und somit nicht eingeschränkt werden dürfen.“ Die Pressesprecherin der Bundespolizei-Direktion Koblenz hat jedoch auf Anfrage der *PAZ* die Korrektheit der Zitate aus dem Schreiben Seegers bestätigt. Eine schriftliche Anfrage dieser Zeitung in der vergangenen Woche an das Präsidium der Bundespolizei in Potsdam, worin im Ergebnis der Unterschied zwischen einer „Kontingentierung von Treibstoffen“ (Seeger) und einer „Kontingentierung der Fahrleistung“ (Bundesregierung) bestünde, blieb bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe unbeantwortet.

> Bundesregierung reagiert auf Kritik mit Abwiegeln

Der Schwarze Peter wird offensichtlich einfach an die einzelnen Polizeidienststellen weitergereicht, die mit weniger Benzin zurechtkommen und entscheiden müssen, welche Einsatzfahrt denn noch unbedingt notwendig sei. Die Kritik aus der Polizei hält denn auch weiter an. Josef Scheuring von der GdP erklärte in einer NDR-Sendung vom 7. August: „Ich finde es geradezu eine Schande, dass in diesem größten und reichsten Land in Mitteleuropa nicht genügend Sprit für die Polizei da ist.“ Er verweis auf die gestiegene illegale Migration, die gerade nach dem Schengen-Abkommen eine mobile Grenzsicherung durch die Polizei erfordere.

> Polizeidienststellen haben jetzt den Schwarzen Peter

Der NDR-Bericht zeigte auf, wie sich das verordnete Benzinsparen im Gebiet der deutsch-polnischen Grenze auswirkt. Bei Pasewalk sollten die Bundespolizisten aus Kostengründen nicht mehr als 30 Kilometer pro Schicht fahren. Damit reiche deren Aktionsradius nicht mehr bis zur Grenze. Im Grenzgebiet gebe es Dörfer, in denen seit Monaten keine Streife der Bundespolizei mehr gesichtet worden sei. Dabei hätten Einbrüche und Diebstähle zugenommen. Aus Spargründen richte die Polizei mit ihren Fahrzeugen nur noch bestimmte Kontrollstellen ein, die sie allerdings aus taktischen Gründen nach einer Stunde wechseln müsste. Denn solche Kontrollpunkte sprächen sich unter den Kriminellen schnell herum. „Die Automobile der Bundespolizei sind inzwischen alles andere als mobil. Sie dienen den meisten Teil des Tages als immobile Funkzentrale“, so der NDR. Beim zuständigen BMI sei man zu einer Stellungnahme vor der Kamera nicht bereit gewesen. Ein Sprecher habe nur telefonisch lapidar erklärt, es gälten die Haushaltsvorgaben des Bundestages und wo letztlich gespart werde, läge in der Entscheidung der Bundespolizei. *Michael Leh*

MELDUNGEN

Abrücken vom Betreuungsgeld

Berlin – In der CDU sind erneut Absetzbewegungen vom Betreuungsgeld für Eltern in Höhe von monatlich 150 Euro zu beobachten. 2006 von der Großen Koalition beschlossen, sollte es ohnehin erst ab 2013 Eltern zugute kommen, die ihre Kinder zu Hause selbst erziehen. Der Staat sollte seine begrenzten Mittel „nutzen, um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu steigern“, wiegelte Sachsens Kultusminister Roland Wöller ab. Am besten sei dieses Ziel durch Investitionen in Einrichtungen zu erreichen. „Das Betreuungsgeld sehe ich skeptisch.“ Der Vizefraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Michael Kretschmer, schlug in die gleiche Kerbe. „Ich sehe nicht, dass das Betreuungsgeld notwendig wäre.“ Vor der Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes betrug das mehrjährige Erziehungsgeld monatlich 300 Euro. Heute beschränkt sich die wirtschaftliche Absicherung der betreuenden Eltern auf höchstens 14 Monate. Jeder Krippenplatz für Kleinstkinder wird laut einem Gutachten der rot-grünen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit rund 750 Euro im Monat subventioniert. *CR*

Treueeid vor Bürgermeister

Berlin – Wenige Tage vor seiner Amtseinführung am 27. August hat der designierte Berliner Erzbischof Rainer Maria Woelki am Dienstag im Roten Rathaus den staatlichen Treueeid abgelegt. Mit dem Eid vor dem Regierenden Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) verspricht der bisherige Kölner Weihbischof, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und ihr nicht zu schaden. Der Treueeid fußt auf Paragraf 16 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 und ist auch heute noch im Staatskirchenvertrag vorgesehen. *CR*

Trauer unter Polizeischutz

Erinnerung an ehemaliges britisches Verhörzentrum gestört

Seit sechs Jahren findet einmal jährlich ein Trauermarsch für die nach Kriegsende im britischen Verhörzentrum im niedersächsischen Bad Nenndorf von Briten inhaftierten, gefolterten und ermordeten Deutschen statt. Die etwa 700 Teilnehmer beim diesjährigen Trauermarsch waren schon vom optischen Eindruck her keine „Nazis“, viele ganz „normale“ Bürger waren darunter. 2000 Polizisten waren notwendig, den gerichtlich genehmigten Aufzug zu ermöglichen. Die ebenfalls alljährlich veranstalte Gegenveranstaltung wird keineswegs von der Bad Nenndorfer Bürgerschaft getragen. An der Gegenveranstaltung, zu der 81 linke und linksextreme Organisationen von den Jusos, DGB, Ver.di über Grüne und „Linke“ bis zu den „Red and anarchist Skinheads Berlin-Brandenburg“ aufgerufen hatten, beteiligten sich knapp 1000 Personen.

Dies macht wohl deutlich, dass die Bürger des Kurortes trotz gegenteiliger Bekundungen der von der SPD gestellten Bürgermeisterin, Gudrun Olk, mit keiner der beiden Seiten etwas zu tun haben wollen. Tatsächlich werden seit Jahren in den Medien auch immer wieder drei örtliche Aktivisten benannt. Der Apotheker Jürgen Uebel sowie Sigrid Bade und Silke Engeling. Letztere scheinen den örtlichen Sportverein VfL Bad Nenndorf als Operationsbasis zu nutzen. Im Vorjahr wurde Uebel von einem unbeteiligten Bürger beobachtet, wie er illegale Plakate aufhängte.

> Längst nicht alle Lagerinsassen waren »Nazis«

In diesem Jahr versuchten die drei und die angereisten auswärtigen Aktivisten mit lautstarken Straßenpartys, den Trauermarsch zu stören: „Hit them with music – schlagt sie mit Musik! Wir brauchen keine Steine, um den Rechten eine Abfuhr zu erteilen“, feierte Uebel sich selbst und setzte sich mit seiner Diktion dem Verdacht einer mangelnden Distanz zu eigenen Gewaltbereitschaft aus. Tatsächlich kesselte die Polizei 120 Gegendemonstranten ein und das linksextreme Internetportal „indymedia.org“ zeterte, die Ordnungshüter hätten „eine national befreite Zone installiert“. Kein Wunder, dass „normale Bürger“ sich von solchen Erscheinungen fern halten. Bürgermeisterin Olk beschimpfte den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann, weil er nicht nach Bad Nenndorf zur Gegendemo gekommen war.

Vielleicht ist das Problem von Bad Nenndorf gar nicht „Trauermarsch“ und Gegendemonstrationen, sondern Lügen und das „Wegschauen“ der staatlichen Stellen, die es 60 Jahre unterließen, eigenen Bürgern Gerechtigkeit zu verschaffen. Die über 400 Lagerinsassen, von denen mindestens drei ermordet wurden und viele andere bleibende Schäden davon trugen, waren keineswegs „alles Nazis“, wie der NDR in einem Bericht die Fernsehzuschauer glauben machen wollte. Einer der Gefolterten war zuvor sogar von der Gestapo inhaftiert gewesen. Die Briten hatten auch nach „Ostspionen“ gesucht. War dies das Todesurteil für Walter Bergmann, der womöglich wegen seiner Russischkenntnisse inhaftiert und zu Tode gebracht wurde? Im Verhehmungslager gab es Daumen- und Schienbeinschrauben, Prügel, vielfältige andere Misshandlungen, aber auch Traumatisierung durch Scheinhinrichtungen. Wer nicht will, dass Rechtextremisten sich dieses Themas annehmen, der sollte Trauer, Aufklärung und Erinnerung an das damalige Geschehen fördern. *Hans Lody*

Weltweite Herausforderung

Rohstoffe werden immer mehr zum Spekulationsobjekt

Rohstoffe und die global starke Nachfrage nach ihnen beschäftigen Politik und Wirtschaft gleichermaßen. Ein importabhängiges Hochtechnologieland wie Deutschland ist hier besonders gefordert. Diese Erkenntnis hat in jüngster Zeit das Wirtschafts- und das Umweltministerium Bayerns veranlasst, zu einem Rohstoffgipfel zu laden. Das wirtschaftlich starke Bundesland im Süden wirbt so auch für mehr Anerkennung dieses überlebensnotwendigen Themas in der Öffentlichkeit, auch über Bayerns Grenzen hinaus.

So muss beispielsweise als alarmierend gelten, wenn aufstrebende Industrienationen wie die Volksrepublik China, die bisher zwölf Prozent des weltweiten Kupferbedarfs für sich beansprucht, nunmehr einen Bedarf von 40 Prozent anmeldet. Dabei hält China mit den sogenannten Seltenen Erden ein Faustpfand in Händen. Das Reich der Mitte hält allein 97 Prozent dieses an raren Sondermetallen reichen Rohstoffes auf dem Weltmarkt vor. Bayerns Umweltminister Markus Söder vertritt die Ansicht, dass Rohstoffe sich zu einem größeren Spekulationsobjekt entwickelten als der Euro. Immerhin hat China mit seinen Exportrestriktionen für eine Kostenexplosion auf den Weltmärkten gesorgt. Um diesem sichtbar werdenden drohenden Engpass zu begegnen, sollen Länder mit einem großen Lieferpotenzial an Rohstoffen in enge Kooperationen eingebunden werden. Hier ist Deutschland gut aufgestellt, empfiehlt man sich doch gegenüber den Rohstofflieferanten als ebenbürtiger Partner, mit dessen Fachwissen sich vorhandene Potenziale optimieren lassen. Zudem gelte es, eine höhere Quote beim Recycling zu erzielen und vermehrt Sekundärrohstoffe einzusetzen. Die Kostenexplosionen haben die deutsche mittelständische Industrie aufhorchen lassen. Damit die Rohstoffsicherung auch künftig gewährleistet ist, haben sich 90 Prozent aller bayerischen Betriebe auf die Suche nach neuen Lieferanten begeben. 70 Prozent von ihnen haben inzwischen neue Kontrakte erfolgreich verhandelt.

> Deutschland ist als Hochtechnologieland besonders gefordert

Viel Beachtung wurde bei dem Rohstoffgipfel dem Duo Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und dem Augsburger Ressourcenexperten Armin Reller zuteil. Sie machten die Zuhörer mit einer von ihnen beschriebenen „hohen Gefahrenklasse“ vertraut. Unter diesem Begriff fassen sie diejenigen Rohstoffe zusammen, die einen massiven Einfluss auf die Weiterentwicklung innovativer Technologien ausüben. Als Beispiel wurde Ytrium für Laser und Permanentmagnete genannt oder Lithium für Akkumulatoren und die Metallurgie. Hier ist Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dessen Botschaften gefordert, stammen doch Metalle der Platingruppe aus Russland sowie Kobalt und Tantal aus dem Kongo.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften trägt der Entwicklung ebenfalls Rechnung. So wurde mit der neugegründeten Tochter Deutsche Rohstoffagentur (Dera) eine Institution ins Leben gerufen, deren Aufgabe es unter anderem sein wird, neue Entwicklungen und etwaige Engpässe rechtzeitig zu identifizieren und ernsthaft nach Lösungen zu suchen. Auf Unternehmerseite herrscht das Bewusstsein vor, dass im Zeichen sich deutlich verknappender Rohstoffe Schritte geboten sind, um Alternativrohstoffe neu zu entwickeln. Damit einhergehen müsse auch eine optimierte Struktur der Wiederverwertung. *Michael Johnschwager*

MELDUNGEN

UN billigt Todesstrafe

New York – Die UN-Vollversammlung hat bei einer Abstimmung über ungerechtfertigte Exekutionen mit 79 zu 70 Stimmen eine Resolution angenommen, wonach bei der Ächtung von Todesurteilen die Homosexualität als Grund ausgeklammert bleibt, also weiterhin zu dulden ist. Der frühere Begriff „sexuelle Orientierung“ wurde aus dem Resolutionstext entfernt. Insgesamt sehen noch sieben Länder die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen vor, weitere 72 bestrafen sie mit Geld- oder Gefängnisstrafen. Allein im Iran wurden seit der Machtergreifung der Ayatollahs nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen rund 6000 homosexuelle Menschen hingerichtet. *J.F.*

Ukraine rüstet ab

Kiew – Der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch will im Laufe des Jahres 2012 seine Armee um 8000 Mann auf 184000 vermindern. Mit 603628 Quadratkilometern Fläche ist die Ukraine Europas zweitgrößter Flächenstaat, der noch vor wenigen Jahren mit 336000 Soldaten auch die weltweit zweitgrößte Armee besaß. Heute wird sie von vielen Ländern überholt, die alle weitaus kleiner sind, aber größere Armeen haben. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland, deren Bundeswehr im Juli 2011 213000 Männer und Frauen zählte, von denen nach der geplanten Truppenreduzierung allerdings nur etwa 170000 übrig bleiben sollen. Dass die ukrainische Armee nicht noch weiter verkleinert wird, liegt wohl nicht zuletzt an der ethnischen Spaltung des Landes in den russischen Osten und den ukrainischen Westen, bei der die Armee integrierend wirkt. *W.O.*

Tottenham war nicht der Anfang

Europäische Politiker und Medien reden die Unruhen in England schön

Fünf Todesopfer und über 110 Millionen Euro Schaden: Das ist die bisherige Bilanz der Ausschreitungen in britischen Großstädten. Die Bilder von Vermummten, die plündernd und brandschatzend durch die Straßen von London und dann von Birmingham, Manchester und Liverpool und sogar von Kleinstädten zogen, treffen die Briten ins Mark. In Deutschland stellt sich die Frage, wie viel Innere Sicherheit die Politik angesichts der von ihr verantworteten Polizeieinsparungen und verfehlten Zuwanderungspolitik gewährleisten kann.

Die Bilder von brennenden Bussen, ganzen Straßenzügen in Flammen und den Geschädigten gingen um die Welt. Sofort folgten Erklärungen für die Aufstände, gerade aus Deutschland. Der Kriminologe Christian Pfeiffer bezeichnete das Verhalten der konservativen britischen Regierung von Premierminister David Cameron als „beschämend“. Während der Ausschreitungen erklärte er, in Großbritannien gebe es eine „viel stärkere Gewinner- und-Verlierer-Kultur mit vielen jungen Migranten“ als in Deutschland. Mit Härte werde man die Probleme aber nicht in den Griff bekommen, so Pfeiffer. Deutsche Leitmedien wie „Die Zeit“ schreiben vom „Aufstand der Abgehängten“. Das Erklärungsmodell zeige nicht, „wer diese Menschen sind, woher sie kamen, und warum sie taten, was sie taten“, so das Blatt, doch „ist der Terror nicht vor allem ein Aufstand der vom kalten Kapitalismus Abgehängten?“

Londons sozialer Wohnungsbau ist nicht auf Vorstädte begrenzt. Die nun in sozialen Brennpunkten gehäuft auftretende Gewalt ist deshalb schwer kontrollierbar. Die Plünderer legten so das öffentliche Leben lahm: Veranstaltungen wie Fußballspiele wurden abgesagt. Die britische Regierung erwog gar den Einsatz von Truppen. Bis vergangenen Sonnabend erhob die Staatsanwaltschaft allein in London in 740 Fällen Anklage. Während die Täter gesucht werden und ihre Motive weitgehend unklar bleiben, sind die Opfer der Gewalt überwiegend Menschen, die sie verhindern wollten. So trauerten in Birmingham rund 1000 Menschen um drei junge Männer, die ihr Wohngebiet vor Plünderung schützen wollten.

In den Medien herrscht derweil eine Sozialdebatte vor. Londons linker Ex-Bürgermeister Ken Livingston prangerte die „soziale Schieflage“ an. Dabei sind viele der von ihm kritisierten Sparmaßnahmen der Regierung noch nicht einmal umgesetzt. Sie taugen nicht als argumentatives Feigenblatt für den „Aufstand der Abgehängten“. Der These spontaner Frustentladung Benachteiligter widerspricht, dass Verabredungen in sozialen Internetforen und über Mobiltelefon die Gewalt anfachten. „Spiegel-TV“ präsentierte dennoch Jugendliche, die sich beim Videospiel vor einem überbreiten heimischen Flachbildschirm in Rage redeten, niemand böte ihnen Jobs. Andere Jugendliche pöbelten vor der Kamera Polizisten an: „Uns kontrolliert Ihr nicht“, wodurch sich die Beamten genötigt sahen, genau das zu tun.

Ähnliche Vorgänge in Deutschland angeblich unmöglich

Die jungen Schwarzen quittierten dies mit Beschimpfungen und Rassismusvorwürfen. Statt vom Zuwanderungsproblem und übersteigerten Erwartungshaltungen sprach der Beitrag von Jugendarbeitslosigkeit und vermengte die Gewalt mit der Euro-Krise und genereller Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Tatsächlich plünderten in Großbritannien auch Wohlhabende und sogar ganze Familien.

Dass solch sozialer Kontrollverlust Auslöser und Treibstoff der Gewalt war, darf indes bezweifelt werden. Deutschland trafen die Unruhen vor allem über das weltweite Netz. Schon früh riefen linksextreme Portale wie „Indymedia“ dazu auf, etwa „Berlin in Schutt und Asche zu legen“, so der Journalist Udo Ulfkotte. „Solidarität mit den Aufständischen in England“ fordert „Antifa.de“. Das Potenzial für ähnliche Gewalt in Deutschland existiert also bereits.

Laut Ulfkotte hat die Bundesregierung in Folge von Unruhen in Frankreich schon 2005 eine Risikoliste erarbeitet, die landesweit 160 Schwerpunkte für mögliche „schwerste Unruhen“ auflistet. Einer der Brennpunkte ist Berlin. Dessen Innensenator Ehrhart Körting (SPD) beteuert jetzt, Berlin sei vor Unruhen wie in Großbritannien sicher. Sein rot-roter Senat startet gerade eine weitgehend auf das Kleben von Plakaten beschränkte Aktion für Zivilcourage. Die Stadt wird seit Jahren von nächtlichen Brandanschlägen heimgesucht.

In deutschen Ballungszentren lassen Polizeidienstpläne mit geringen Mannstärken an Wochenenden den Beamten im Ernstfall jedoch eher geringere Möglichkeiten zum Einschreiten als den britischen, fürchten Experten. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, warnt, die „explosive Mischung“, die in Großbritannien die Gewalt verursache, sei auch in deutschen Großstädten vorhanden. „Aus nichtigen Anlässen“ könnten demnach in Metropolen wie Berlin oder Hamburg „rasch derartige Brennpunkte entstehen, die nur schwer in den Griff zu bekommen sind“. „Solche gesellschaftlichen Spannungen wie aktuell in England oder in anderen europäischen Ländern haben wir glücklicherweise derzeit nicht“, sagt dagegen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Dass in den vergangenen zehn Jahren bei der deutschen Polizei 10000 Planstellen weggefallen sind, wie Wendt beklagt, bleibt nach Ansicht der Politik somit folgenlos. *SV*



Übergang zur Tagesordnung: Ladenbesitzer in London öffnen auch, wenn die Schaufenster noch kaputt sind Bild: pa

China fordert USA heraus

Volksrepublik demonstriert mit Flugzeugträger ihren Machtanspruch

Vor allem in den USA hat das Auslaufen des ersten chinesischen Flugzeugträgers, der „Shi Lang“, zu großer Besorgnis geführt. Schon der Name des Schiffes ist ein Signal an die USA und die asiatischen Anrainerstaaten. Shi Lang war ein chinesischer Admiral, der im 17. Jahrhundert das Inselkönigreich Tungning auf Taiwan in einer Seeschlacht vernichtend schlug und es dem chinesischen Reich einverleibte. Der chinesische Generalstabschef, Chen Bingde, gab erst vor wenigen Wochen bekannt, dass die „Shi Lang“ künftig als Trainingsschiff eingesetzt werden solle. Es ist allerdings fraglich, ob dies der endgültige Verwendungszweck sein wird. Vielmehr könnte China gemeinsam mit Indien und Russland die unangefochtene Herrschaft der Meere durch die USA infrage stellen. Indien besitzt zurzeit einen Flugzeugträger, zwei sind im Bau, Russland verfügt ebenfalls über einen und plant den Bau von zwei Superträgern, die so groß wie die US-amerikanischen werden sollen. General Luo Yuan von der chinesischen Akademie für militärische Wissenschaft fordert den Besitz von drei Flugzeugträgern für sein Land. Begründung: Bestrebungen Indiens und Japans, bis 2014 jeweils drei eigene Flugzeugträger zu besitzen. Russland erwähnt er sinnigerweise nicht. Was Japan angeht, ist die Rechtfertigung fragwürdig, denn dort sind nur zwei hubschraubertragende Zerstörer in der Fertigung. „Weyers Flottentaschenbuch“ meldet den Bau von zwei weiteren chinesischen Trägern, die 2015 und 2020 zur Flotte treten sollen.

Das Bordgeschwader der „Shi Lang“ mit 30 Hochleistungskampfflugzeugen übt bereits an Land. Hierzu wurden in Russland Flugzeuge vom Typ MiG 29 beschafft. Zusätzlich haben die Chinesen ein eigenes Trägerflugzeug entwickelt. Dabei handelt es sich allerdings weniger um ein Produkt innovativer chinesischer Rüstungstechnologie, sondern vielmehr um das Ergebnis erfolgreicher Spionage – die Shenyang J-15 „Flying Shark“ ist eine Raubkopie der russischen Suchoi Su-33. Die Bestückung mit Flugzeugen beträgt bei der „Shi Lang“ zwar nur halb so viel wie bei einem US-Superträger, aber hier könnte es sich um den Beginn eines Wettrüstens handeln, bei dem die Chinesen noch weiter aufholen dürften. In den USA wird es in Folge der Haushaltslage schwer sein, mehr Geld für die Rüstung aufzubringen.

Schiff und Flugzeuge sind russischen Ursprungs

Bei der „Shi Lang“ handelt es sich um die zweite Einheit der russischen „Admiral Kusnezow“-Klasse, mit deren Bau im Dezember 1985 auf der Werft in Nikolajew/Krim begonnen worden war. Der 67000 Tonnen große Träger sollte zunächst den Namen „Riga“, später „Warjak“ erhalten. Ende 1988 lief das Schiff vom Stapel. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums stoppte die Ukraine Ende 1991 den Weiterbau des zu etwa 80 Prozent fertiggestellten Schiffes. Schließlich kaufte ein in Macao ansässiges Tochterunternehmen der chinesischen Volksbefreiungsarmee die antriebslose Hulk und ließ sie nach Dalian schleppen. Peking versicherte, man wolle das Schiff nicht militärisch nutzen. Beim Transfer des Rumpfes machten die Türkei und Ägypten Schwierigkeiten. Tatsächlich wurde es sogar notwendig, das Schiff um das Horn von Afrika herum zu schleppen. Für diese Schikanen machen chinesische Kreise die USA verantwortlich. Die Gründe sind darin zu suchen, dass die USA nach dem Ende der Flottenrivalität zu Russland keinen neuen maritimen Konkurrenten zulassen wollten. Ab 2005 nahmen die Chinesen die Arbeiten an dem Träger wieder auf. *Hans Lody/J.H.*

Machtkampf im Iran schwelt

Präsident Ahmadinedschad ernennt General zum Erdölminister

Der Machtkampf zwischen dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad und dem ersten Mann im Staat, „Revolutionsführer“ Ayatollah Ali Khamenei, schwelt weiter. Ahmadinedschad, der im Mai den Erdölminister entlassen hatte, konnte zwar nicht seinen Plan umsetzen, das Ministerium interimistisch selbst zu leiten, um es dann mit dem Energieministerium zusammenzulegen. Aber er bekam grünes Licht vom Parlament, den Posten mit Rostam Qasemi zu besetzen, was als Sieg gewertet wird. Qasemi, der damit einer der mächtigsten Männer im Land wurde, ist General der militärischen Elitetruppe „Revolutionsgarden“ und leitete zuletzt deren technisch-wirtschaftlichen Bereich.

Und damit beginnen die internationalen Komplikationen, denn in dieser Funktion gelten auch für ihn die Sanktionen wegen einer vermuteten Atomrüstung des Iran. Als Ölminister ist er nun aber zugleich Präsident der Opec-Ministerkonferenz, weil diese Rolle turnusmäßig dem Iran zusteht. Man vermutet, dass er den Verfechtern höherer Ölpreise Auftrieb gibt. Ein besonderes Dilemma ist für Wien entstanden, denn lässt man Qasemi nicht zur Opec-Zentrale in Wien einreisen, dürfte das den Drohungen mit einer Opec-Abwanderung neue Nahrung geben.

Militärisch und außenpolitisch gibt es kaum Unterschiede zwischen den Rivalen Ahmadinedschad und Khamenei. Die Vorführung von Waffensystemen, die trotz des Embargos im Iran entwickelt und gebaut werden konnten, stärkt das Selbstvertrauen – auch wenn es bis zur Serienproduktion noch eine Weile dauern dürfte. Großes Kopfzerbrechen bereitet der iranischen Führung die Entwicklung in Syrien. Die Türkei, die mit dem Regime in Damaskus beste Beziehungen entwickelt hatte, sah sich bereits zu einem deutlichen Schwenk veranlasst. Das belastet auch ihr Verhältnis zum Iran, denn die Türkei hat zuletzt mehrere Waffensendungen abgefangen, die vermutlich über Syrien an die libanesische Hisbollah gehen sollten. Und der Iran ist, hinter Russland, zweitwichtigster Erdgaslieferant der Türkei, aber die Gasleitung ist vorige Woche auf türkischem Gebiet explodiert und vorläufig unterbrochen. Als Ursache wird ein Anschlag vermutet. Das iranisch-irakisch-syrische Abkommen zum Bau einer Erdgasleitung ans Mittelmeer ist zwar unterschriftsreif, doch das Projekt rückt nun in ferne Zukunft. Von den Verfechtern des europäischen „Nabucco“- und des russischen „Southstream“-Projekts wurde es ohnehin als unerwünschte Konkurrenz gesehen.

Theheran besorgt wegen Entwicklung in Syrien

Sollte das Regime in Damaskus stürzen, was heute wahrscheinlicher ist als noch vor einigen Monaten, ginge dem Iran der wichtigste Bündnispartner verloren – und damit wäre auch die Unterstützung der Hisbollah sehr erschwert. All das legt nahe, dass die Unruhen in Syrien, die ja mit Verspätung begannen und anfangs nicht ins Propaganda-Klischee von der „arabischen Revolution“ passen wollten, doch auch in beträchtlichem Ausmaß von äußeren Kräften angeheizt sind, die eigentlich auf eine Schwächung des Iran abzielen. Dass Syrien damit einem noch ärgeren Chaos entgegengeht als der Irak oder Afghanistan und wohl auch den Libanon mitreißt, steht auf einem anderen Blatt. *R. G. Kerschhofer*

Paukenschlag mit Folgen

Herabstufung der Bonität der USA verschärft finanzielle Situation des Landes

Als Folge der Neubewertung der US-Bonität durch die Ratingagentur Standard & Poor's werden nun auch tausende von Anleihen von US-Kommunen und Bundesstaaten einer Prüfung unterzogen. Die Folgen sind noch nicht endgültig absehbar. Langfristig wird die Neueinschätzung der Kreditwürdigkeit der USA die ohnehin angespannte Finanzlage an vielen Stellen des Landes aber weiter verschärfen.

Nach Börsenschluss am 5. August hat die Ratingagentur Standard & Poor's das bisherige „AAA"-Rating der USA auf „AA+" heruntergestuft. Trotz einer vorhergehenden Warnung der Agentur am 13. Juli war dies ein Paukenschlag. Auf die Kurse von US-Staatsanleihen hat die herabgesetzte Bonität allerdings bisher keine negative Wirkung gehabt. Zehnjährige US-Anleihen notieren mit einer Rendite von 2,5 Prozent nach der Herabstufung sogar einige Basispunkte tiefer als vor der Neubewertung. Sollte es trotzdem am Markt für US-Schatzbriefe eng werden, stehen ohnehin die „Primary Dealer" bereit. Diese Gruppe von Wall-Street-Banken, die über bevorzugte Geschäftsbeziehungen zur Zentralbank FED verfügt, kann sich sicher sein, erworbene US-Anleihen jederzeit bei der FED wieder abladen zu können.

Der Rating-Herabstufung vom 5. August vorangegangen war eine Vereinbarung von Demokraten und Republikanern über eine Anhebung der Schuldenobergrenze und über Sparbeschlüsse. Die vereinbarten Einsparungen über 2,4 Billionen US-Dollar lagen deutlich unter den vier Billionen, die von Standard & Poor's erwartet wurden. Neben dem politischen „Hick-hack" bis zur letzten Minute war auch dies ein Grund für die Agentur, den Daumen zu senken. Nach dem Paukenschlag vom 5. August nimmt Standard & Poor's nun Schuldner auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene unter die Lupe, die eng am Finanztropf Washingtons hängen. Bei diesen Schuldnern könnte es durch eine Bonitäts-Herabstufung erheblich schneller zu Verwerfungen kommen als auf dem Markt für US-Staatsanleihen. Schätzungen gehen davon aus, dass Standard & Poor's mehr als 11 000 Anleihen von Bundesstaaten und Kommunen einer Prüfung unterziehen wird.



Die Signale stehen auf Rot: Ratingagenturen stufen nun auch kommunale Anleihen herab Bild: mauritius

Nachdem Ende 2010 bei den kommunalen Anleihen, den „Munis", eine Ausverkaufs-Stimmung ausgebrochen war, hatte diese sich erst in den letzten Monaten wieder abgeschwächt. Noch schätzen viele Anleger die Steuerbefreiung dieser Anleihen. Dass 37 Prozent davon in der Hand von Privatanlegern sind, war für viele der kommunalen Schuldner bisher die Rettung.

Börsenaufsicht ermittelt gegen Ratingagenturen

Die privaten Investoren sind auch bei schlechten Nachrichten eher bereit, zunächst an ihrem Engagement festzuhalten. Fondsgesellschaften zogen dagegen seit November 2010 sechs Monate in Folge Gelder aus dem Markt ab. Der Vertrauensvorschuss der Privatanleger könnte allerdings bald aufgebraucht sein. Als möglicher Auslöser für einen solchen Umschwung wird nicht einmal eine Herabsetzung des Ratings der Kommunen gesehen, sondern die Erwartung auf zukünftige Kürzungen im Staatshaushalt. Sollten in Washington Programme für Städte, Schulen und Krankenhäuser dem Rotstift zum Opfer fallen, müssten auf lokaler Ebene mehr Schulden gemacht werden.

Ähnliches wird den Bundesstaaten bevorstehen, die sich auch erneut in die Bücher schauen lassen müssen. Derzeit bewertet Standard & Poor's 13 US-Bundesstaaten als erstklassige Schuldner mit einem dreifachen A-Rating. Schwierigkeiten, ihr bisheriges Rating zu behalten, könnten zum Beispiel Staaten wie Maryland und Virginia bekommen. Beide sind stark von der Finanzkraft der Zentralregierung in Washington abhängig. In beiden Staaten leben sehr viele Bundesangestellte, aber auch Beschäftigte von Rüstungsunternehmen, die ihre Aufträge vom Pentagon erhalten. Dass die Verteidigungsausgaben um mindestens zehn Prozent gekürzt werden, gilt als nahezu sicher. Noch leisten sich die USA mit Ausgaben von 671 Milliarden Dollar im Jahr 2011 den größten Verteidigungshaushalt der Welt.

Eine erwartete Folge des neuen US-Ratings war die Herabstufung der beiden Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, die beide von Finanzhilfen aus Washington abhängen. Eine neue Risikoabschätzung wird sich aber auch auf Institutionen erstrecken, von denen man es zunächst nicht erwarten würde. Universitäten mit Weltruf wie Harvard und Princeton, beide noch als Schuldner mit erstklassiger Bonität bewertet, werden ebenfalls neu untersucht.

Die erste Herabstufung der US-Bonität durch Standard & Poor's seit der Aufnahme der Bewertung von staatlichen Schuldnern im Jahr 1917 hat noch eine unerwartete Reaktion ausgelöst: Die US-Börsenaufsicht hat Ermittlungen gegen die Ratingagentur aufgenommen, um die angewandten Rechenmethoden und einen möglichen Insider-Handel zu untersuchen. Als hätte er eine Vorahnung gehabt, meinte Bill Gross, Manager beim weltgrößten Anlagefonds Pimco, kurz nach dem Herabsetzen des US-Ratings: „Standard & Poor's hat einiges an Rückrat bewiesen." Selbst der ehemalige Finanzminister Henry Paulson kommentierte den Verhandlungsstil zwischen Regierung und Opposition mit den Worten: „Unsere politischen Verfahren, unsere Regierung haben nicht auf AAA-Niveau gearbeitet."

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Griechenland kauft Gold an: Nach Informationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat Griechenland im Juni größere Mengen Goldes gekauft. Das Pleite-Land gehört zu den größeren Goldkäufern dieses Jahres im Weltmaßstab. Athen verfügt gegenwärtig über 111 Tonnen Gold mit einem aktuellen Marktwert von zirka 4,2 Milliarden Euro. *CR*

Schuldenturm Russland: Der Chef der russischen Gerichtsvollzieher, Artur Parfentschikow, gab bekannt, dass im ersten Halbjahr 2011 203 000 Russen das Land nicht verlassen durften. Sie haben zusammen 147 Milliarden Rubel Schulden. Allein 50 000 von ihnen zahlen keine Alimente, der Rest blieb Kreditzinsen, Verkehrsstrafen und andere Zahlungen schuldig. Deswegen wurden ihnen Reisepässe verweigert und sie an Flughäfen und Bahnhöfen abgewiesen. Die Maßnahmen wirken: Erste Rückzahlungen von 1,7 Milliarden Rubel gingen bereits ein. In Zukunft wollen die Gerichtsvollzieher ein „allrussisches Frühwarnsystem" errichten, das den Russen die Höhe ihrer Schulden melden soll. *W.O.*

Griechische Privatleute ziehen ihre Einlagen ab: Privat- und Geschäftskunden haben im Laufe des Monats Juni weitere 3,8 Milliarden Euro an Einlagen bei griechischen Banken abgezogen. Noch im Januar 2010 hatten griechische Anleger annähernd 230 Milliarden Euro bei den Banken des Landes angelegt. Bis Juni 2010 haben sich die Einlagen auf nur noch zirka 180 Milliarden Euro verringert. *N.H.*

Kredite für Belarus: Der weißrussische Mineraldüngerriese Belaruskali wird von der Deutschen Bank und von der größten Bank Russlands, der staatlichen Sberbank, einen Kredit von zwei Milliarden US-Dollar bekommen. Belaruskali ist komplett in Staatsbesitz und gehört zu den größten Exportunternehmen der autoritär regierten Ex-Sowjetrepublik. Die internationale Ratingagentur Moody's hatte den östlichen EU-Anrainer kürzlich auf das Niveau B3 herabgestuft. *CR*

Türkische Wirtschaft überhitzt

Der Aufschwung könnte schon bald zu Ende sein

Regelmäßige Zuwachsraten in der Wirtschaft zwischen sieben und acht Prozent – das sind Erfolgszahlen, mit denen sich offizielle Vertreter der Türkei gern schmücken. Auch für die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei ist die wirtschaftliche Dynamik des Landes inzwischen zum Standardargument geworden. Weniger beachtet werden Wirtschaftsdaten, die Zweifel an der Nachhaltigkeit des türkischen Wirtschaftsmodells wecken. Bereits mittelfristig könnte auch der türkischen Wirtschaft ein Absturz drohen. Befeuert wird der aktuelle Wirtschaftsboom vor allem durch zahlreiche kurzfristige Auslandsverbindlichkeiten und einen regelrechten Konsumrausch.

Argumente für Investoren, ihre kurzfristigen Engagements zu überdenken, gibt es inzwischen mehr als genug. Fraglich ist zum Beispiel, wie lange noch die hohen Zuwachsraten bei der privaten Verschuldung aufrecht erhalten werden können. Aufgrund einer inzwischen fast wahllosen Kreditvergabe hat sich eine regelrechte Kreditblase gebildet. Innerhalb der letzten zwölf Monate gab es bei den Gesamtkrediten einen Zuwachs um 35 Prozent. Die reinen Konsumentenkredite legten sogar um 42 Prozent zu. Der kreditfinanzierte Konsum macht sich inzwischen immer mehr in einer negativen Handelsbilanz sichtbar. Während die Dynamik der Ausfuhren nachlässt, wird immer mehr importiert. So legten die Einfuhren von Januar bis Mai um stattliche 44 Prozent zu. Das Defizit in der Leistungsbilanz ist so inzwischen auf neun Prozent der Wirtschaftsleistung angewachsen. Gleichzeitig verfällt der Wert der türkischen Lira gegenüber dem Euro zunehmend.

Konsumrausch lässt Leistungsbilanz aus dem Ruder laufen

Was in anderen Fällen die Exporte unterstützt, funktioniert im türkischen Fall nicht. Die Ausfuhren hinken den Einfuhren immer stärker hinterher. Ein Grund dürfte die geringe industrielle Basis des Landes sein. 60 Prozent der Wirtschaftsleistung entstehen im Dienstleistungssektor. Langfristige Investitionen, mit denen die industrielle Basis des Landes vergrößert wird, bleiben immer noch die Ausnahme. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, das sich unlängst mit der türkischen Wirtschaft befasst hat, wird die sehr geringe Investitionsquote als einer der Schwachpunkte des türkischen Wirtschaftsmodells erkannt. Demnach wird ein viel zu hoher Anteil des Kapitals konsumiert, während zum Beispiel die Investitionen in Infrastruktur und Bildung viel zu gering sind. Der Bevölkerungsreichtum des Landes droht so, eine Last zu werden, statt eine demografische Dividende abzuwerfen.

Trotz zunehmender Überhitzung der Wirtschaft, einer Inflationsrate um acht Prozent und einer immer stärkeren Überschuldung der Privathaushalte scheint die türkische Zentralbank die Kreditvergabe nicht ernsthaft einschränken zu wollen. Anfang August verkündete Zentralbankchef Erdem Basci, dass die Bank den Leitzins sogar noch einmal um 0,5 Prozentpunkte nach unten setzt. Damit kann der Kreditboom zunächst einmal weitergehen. Die Gefahr ist damit allerdings groß, dass sich ein Szenario wie im Jahr 2001 wiederholen wird. Ausgelöst durch ein aus dem Ruder laufendes Leistungs- und Handelsdefizit, löschte eine schwere Wirtschaftskrise damals einen Großteil des türkischen Banksystems aus.

Hermann Müller

Garantien für Agrarlobby

EU will Bauern unabhängig von Ursachen für Einbußen entschädigen

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen über das langfristige EU-Budget hat sich abgezeichnet, dass zukünftig eine Umverteilung zugunsten osteuropäischer Bauern durch die EU-Kommission angestrebt wird. Jetzt zusätzlich bekannt gewordene Pläne des rumänischen EU-Landwirtschaftskommissars Dacian Ciolos ähneln stark den Ideen, für die der französische Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire bereits in der Vergangenheit geworben hat. Einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zufolge sehen Ciolos Pläne vor, einen finanziellen Ausgleich für Landwirte zu gewähren, wenn diese unter hohen Einkommenseinbußen leiden – unabhängig davon, wodurch diese Einbußen verursacht wurden. Bereits bei einem Absinken des Einkommens um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Durchschnittseinkommen der Vorjahre sollen Landwirte künftig Anspruch auf Ausgleichszahlungen aus dem EU-Budget erhalten. Zur Berechnung des durchschnittlichen Einkommens sollen die drei Vorjahre herangezogen werden.

Obwohl die Ausgleichszahlungen laut den Plänen der EU-Kommission auf 70 Prozent der Einkommensverluste begrenzt werden sollen, wirkt Ciolos Entwurf wie eine Einladung für Subventionsbetrug, der weit über das bisher bekannte Maß hinausgehen könnte. Auch die Tatsache, dass die Zahlungen aus einem Fonds geleistet werden sollen, der außerhalb des offiziellen EU-Budgets geführt wird, trägt kaum zu Vertrauensbildung bei.

Unwirtschaftliche Strukturen werden verfestigt

Ebenso fraglich ist, wie schnell die einkalkulierten Mittel von 3,5 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2020 aufgebraucht sein werden. Bereits die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Ehec-Krise haben 227 Millionen Euro betragen.

Sollte es zu der Einführung der Garantie-Einkommen kommen, würde sich eine Entwicklung verfestigen, die sich bereits seit Jahren bei der EU-Agrarpolitik abzeichnet: Europas Landwirte wandeln sich immer mehr von Unternehmern zu Empfängern von Transferleistungen, fast zu Angestellten der EU-Kommission. Bereits das Vorhaben, verstärkt „ökologisch wertvolle" Maßnahmen innerhalb der Landwirtschaft zu vergüten, ging in diese Richtung.

Die nun bekannt gewordenen Planungen für eine gemeinsame Agrarpolitik der EU ähneln verblüffend den Forderungen nach einem „Sicherheitsnetz" für Bauern, mit denen Le Maire bereits im vergangenen Jahr in Berlin bei Ministerin Ilse Aigner (CSU) vorstellig geworden ist. Auch Funktionäre des französischen Bauernverbandes sind in derselben Angelegenheit bereits seit Längerem unterwegs, um anderen Agrarverbänden die Idee einer Einkommensgarantie für Landwirte schmackhaft zu machen. Verständlich wird die zielstrebige Lobbyarbeit vor dem Hintergrund der Forderungen der EU-Neumitglieder aus Ost- und Südosteuropa nach mehr Mitteln im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik. Frankreich wäre als bisher größter Empfänger massiv betroffen, wenn sich diese Länder mit ihren Forderungen durchsetzen sollten. Hauptprofiteure des 57 Milliarden Euro umfassenden EU-Agrarbudgets sind bisher die französischen Bauern, die jährlich Überweisungen von rund 10 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten. *N.H.*

Keine Ausreden!

Von Manuel Ruoff

Von einigen weniger entwickelten Ländern ist man es gewöhnt, dass Staatsdiener Nebenjobs haben. Wegen niedriger Staatsgehälter wird das dort geduldet. In Deutschland zählt diese Ausrede nicht. Hier verdienen die Beamten im Allgemeinen und die Lehrenden unter ihnen im Besonderen überdurchschnittlich. Wenn sich dann auch noch herausstellt, dass unter der Nebenbeschäftigung der Dienst leidet, wie das mutmaßlich bei der Deutschen Hochschule der Polizei der Fall war oder gar noch ist, so gibt es dafür keine Entschuldigung.

Was der Präsident der in die Kritik geratenen Polizeihochschule zur Verteidigung anführt, weiß nicht zu überzeugen. Wenn die vom Lehrpersonal ausgeübten Nebentätigkeiten „ganz überwiegend im öffentlichen Dienst oder im Interesse der Hochschule“ wahrgenommen werden, dann gehören sie als integraler Bestandteil in den Dienst. Und wenn die Lehrenden ihre nicht erfüllte Lehrverpflichtung durch Gremienarbeit „ausgleichen“, dann sollte der Hochschulpräsident das nicht als Rechtfertigung anführen, sondern als Mahnung begreifen, den Wasserkopf zu verkleinern.

Wo die Welt lacht

Von Christian Rudolf

„Über Spanien lacht die Sonne, über Deutschland die ganze Welt.“ Dieses Bonmot kommt einem wieder unwillkürlich in den Sinn, wenn man sich die Ergebnisse bei der Neubesetzung von Spitzenposten im Europäischen Auswärtigen Dienst unter nationalem Blickwinkel ansieht. Der noch im Aufbau befindliche EAD soll die Europäische Union in der Welt vertreten. Und wo steht Deutschland dabei? Antwort: Deutschland steht nicht. Das größte Mitgliedsland der EU tut bei diesem Aufbau im Dienst nicht mit und überlässt anderen, selbstbewussteren Nationen ohne Not das Feld. Und fühlt sich noch gut dabei. Man ist ja Weltbürger.

Unter den 25 neu ernannten EU-Botschaftern ist ein einziger Deutscher, und der auch nur stellvertretend. Was für eine Blamage, wie jämmerlich! Andere Länder denken strategisch und haben nie vergessen, dass man auch als guter Europäer seinen nationalen Mantel nicht an der Brüsseler Garderobe abgibt: Franzosen und Italiener sind durchmarschiert und stellen nun zusammen 34 hochrangige Diplomaten im EAD. Sogar das kleine und kaum noch existente Belgien hält 16 hochrangige Posten. Zweifellos eine brauchbare Ausgangslage für durchsetzungsfähige Interessenpolitik. Deutsche sind dagegen mit nur sieben Posten erbärmlich unterrepräsentiert. Überflüssig zu erwähnen, dass Deutsch nicht Amtssprache im EAD ist.

Verantwortlich für die grottenschlechte Personalpolitik ist das deutsche Auswärtige Amt. Etwas Carl Schmitt könnten sich die entmannten Schlafmützen dort wohl zu Gemüte führen. „Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen.“ Auch in der EU.

Kontraproduktiv

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Seit Monaten schon ist bekannt, dass die Zahl der Diebstähle und Einbrüche im Gebiet der deutsch-polnischen Grenze zunehmen. Und seit Monaten ist das Grenzgebiet ungeschützt, weil die Bundespolizei darauf verzichtet, Streife zu fahren, obwohl der Grenzschutz zu ihren Aufgaben gehört. Dass der Schutz der Bürger vor illegalen Einwanderern und Kriminellen Sparzwängen zum Opfer fällt, ist schon ein starkes Stück. Zumal die Erfahrung zeigt, dass mit dem Schengen-Abkommen die Zahl illegaler Immigranten gestiegen ist.

Dass die Bundesregierung erst ihrer Bundespolizei den Haushalt drastisch kürzt, um Ausgaben wieder hereinzuholen, die irgendwo im Bundeshaushalt untergegangen sind, und dann diese Kürzungen auch noch bestreitet, schlägt allerdings dem Fass den Boden aus. Wenn es in einer Mitarbeiterinformation des Bundespolizeipräsidenten Matthias Seeger heißt, aufgrund von strengen Sparzwängen müsse die Treibstoffbeschaffung eingeschränkt werden, und die Bundesregierung auf Anfrage zu diesem Sachverhalt davon spricht, sie habe „keine Kontingentierung der Fahrleistung verfügt“, so ist das nichts weiter als Wortklauberei und eine ausweichende Antwort. Sich damit herauszureden, dass die nachgeordneten Behörden eigenständig über die Verwendung der zugeteilten Mittel entscheiden, wenn diese um über 40 Prozent zusammengestrichen wurden, ist schäbig.

Ungehinderter Zugang für Diebe und Schleuser

Wenn Rauch aufsteigt, muss auch irgendwo ein Feuer lodern. Nicht ohne Grund kritisieren Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die drastischen Sparmaßnahmen der Regierung. Schließlich wurden die Aufgaben der Bundespolizei nach der politischen Wende im östlichen Europa auf vielfache Bereiche ausgeweitet. Zwar gingen nach dem Schengen-Abkommen die grenzpolizeilichen Aufgaben stark zurück und gingen auf bahnpolizeiliche und Flughafensicherungsaufgaben sowie auf die Sicherung eigener Einrichtungen, Behörden und Verbände über, doch soll die Bundespolizei daneben auch der Prävention von Straftaten und dem Schutz privater Rechte dienen. Ein wichtiges Betätigungsfeld der Bundespolizei ist die Bekämpfung der organisierten und überörtlich tätigen Kriminalität. Und die ereignet sich nun einmal dort, wo der Staat am empfindlichsten ist. Das sind derzeit die ungeschützten Schlupflöcher an den Grenzen, vor allem im Osten, über die kriminelle Diebes- und Schleuserbanden ungehindert nach Deutschland gelangen können, wenn der Grenzschutz nicht mehr funktioniert.

Doch wie soll die Bundespolizei dem etwas entgegensetzen können, wenn sie da, wo ihr Einschreiten angebracht wäre, nicht einmal mehr mobil ist. Die Sparmaßnahmen der Regierung sind nicht nur kontraproduktiv, sie gleichen einem Offenbarungseid.



Grenzkontrollen fehlen in Deutschland dank EU fast überall. Weil Flughäfen nach wie vor Einfallstore für Schleuser sind, stehen alle 15 Minuten Beamte der Bundespolizei vor einem Flugzeug: Flughafen Frankfurt

Bild: pa

Gastkommentar



Keine Geschichte ohne Vorgeschichte

Von Frans du Buy

In der Tageszeitung „Die Welt“ ist ein Beitrag von Ralph Giordano veröffentlicht worden, der sich negativ über die Charta der deutschen Heimatvertriebenen äußert. Der Beitrag schließt mit der verklausuliert geäußerten Forderung, dass der Bund der Vertriebenen (BdV) sich von dieser Charta distanziert, weil sie nach Meinung Giordanos „ein Hemmnis auf dem Weg zur Versöhnung“ sei. Dieser Beitrag kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, denn er enthält mehrere Behauptungen, die keineswegs den geschichtlichen Tatsachen entsprechen.

Giordano bezeichnet die Charta als ein „klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskünste, ein Paradebeispiel geschichtlicher Selbstentsorgung“ und begründet dies mit den Worten, dass sich in dem Text der Charta „kein Wort findet vom dem, was der Vertreibung vorangegangen war, als habe sie in einem historischen Vakuum stattgefunden“. Bequemlichkeitshalber übergeht Giordano seinerseits die Tatsache, dass es vor der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nach 1945 von den unmittelbaren Vertreiberstaaten Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien – um nur die wichtigsten von ihnen zu nennen – bereits in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen eine Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat gegeben hat. Giordano erwähnt nur, dass vor dem Zweiten Weltkrieg in der Zeit, in der das NS-Regime im Deutschen Reich die Macht innehatte, deutsche Juden, Sinti und Roma vertrieben worden sind. Über das Vorgehen der Regierungen in Warschau und Prag gegen die Minderheiten, die damals in den Grenzen Polens und der Tschechoslowakei lebten, über die Grausamkeiten, denen diese Minderheiten zu der Zeit ausgesetzt waren, verliert Giordano kein Wort. Die Regierungen in Warschau und in Prag wüteten gegen diese Minderheiten, lange bevor es das NS-Regime gab. Es gibt viel polnisches und tschechisches Schrifttum aus den Jahren 1918/19 bis 1939, das von Hass auf alles Deutsche triefte und dem auch die Kriegslüsternheit, besonders des damaligen polnischen Regimes und Militärs, zu entnehmen ist.

Giordano ignoriert für ihn unbequeme historische Tatsachen

Dass in der Charta nicht auch auf das politische Vorgehen der polnischen und tschechischen Regierung gegen die Minderheiten in ihren damaligen Machtbereichen hingewiesen worden war, beanstandet Giordano nicht. Diese unwiderlegbaren und daher für ihn unbequemen geschichtlichen Tatsachen passen wohl nicht in das einseitige Geschichtsbild, das er uns ständig zu vermitteln beabsichtigt. Dass in der Charta die verfehlte Politik der damaligen polnischen und tschechischen Regierungen nicht erwähnt worden ist, braucht nicht unbedingt als „klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskünste und Paradebeispiel geschichtlicher Selbstentsorgung“ interpretiert zu werden. Es könnte doch auch sein, dass die Verfasser der Charta die Verbrechen der Gegenseite absichtlich nicht erwähnt haben, um jeden Ansatz von einer Aufrechnung der von beiden Seiten begangenen Untaten von vornherein zu vermeiden. Dies wäre doch auch eine mögliche Interpretation – oder etwa nicht?

Kein urteilsfähiger und vorurteilsfreier Mensch wird bestreiten, dass in der Zeit des NS-Regimes im Reich und auch in den besetzten Staaten Schreckliches passiert ist, das ohne Weiteres als Verbrechen bezeichnet werden muss. Es lässt sich nicht leugnen, dass viel Schreckliches, das damals „im deutschen Namen“ verübt worden ist, auf blindwütigen Hass zurückzuführen war. Ist Hass aber eine typisch deutsche Eigenschaft? Hatten Franklin D. Roosevelt und die Männer um ihn, Winston Churchill und die Seinen sowie Stalin mit seiner Clique, um nur diese wenigen zu nennen, nicht ebenfalls Kriegsverbrechen begangen? Und werden nicht von Machtpotentaten – demokratisch legitimiert oder mit Gewalt an der Macht klebend – auch in unserer Zeit Kriegsverbrechen begangen und Verletzung von Menschenrechten praktiziert?

Die Untaten, die in der NS-Zeit von deutscher Seite begangen worden sind, sind nicht vom deutschen Volk, das ja kaum oder gar nichts von diesen Verbrechen wusste, begangen worden. Auf der gegnerischen Seite war das etwas anders. Die sowjetische Soldateska, Polen, Tschechen, die Völker im damaligen Jugoslawien wurden von behördlicher Seite zum kriminellen Verhalten allem Deutschen gegenüber regelrecht angestachelt. Die „Bierut- und Benesch-Dekrete“ haben trotz aller Menschenrechtsbestimmungen der Europäischen Gemeinschaft bis zum heutigen Tage ihre Geltung behalten. Auch in anderen Staaten gab es vor und während des Zweiten Weltkrieges, darüber hinaus auch nach 1945, Politiker in führender Position bis hin zum Staats- bzw. Ministerpräsidenten, die mittelbar oder gar unmittelbar verantwortlich waren für die Verletzung von Grund- und Menschenrechten oder Kriegsverbrechen, ohne dass dies ein Hindernis war für die Ausübung politischer Tätigkeit. Darüber wurde und wird von Giordano mit Stillschweigen hinweggegangen.

Vorgeschichte der Vertreibung beginnt nicht erst 1933

Er hat recht, wo er behauptet: „Keine Geschichte der Vertreibung ohne ihre Vorgeschichte und keine Vorgeschichte der Vertreibung ohne ihre Geschichte.“ Ihm ist aber der Vorwurf zu machen, dass er seine Auffassung von der Vorgeschichte in diesem Falle beschränkt auf die Zeit 1933 bis 1945. Die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen beginnt viel früher. Vertreibungsabsichten führender Männer der „slawischen Völker“ lassen sich bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts nachweisen. Giordano übergeht auch das Unrecht, das der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit in den Jahren 1918/19 bis 1939 von Seiten der Siegermächte und den von diesen Mächten abhängigen Nutznießerstaaten zugefügt worden war. Das alles hätte er wissen können und wissen müssen.

Giordano scheint über ein ausgezeichnetes selektives Urteilsvermögen zu verfügen, denn wie könnte er sich sonst so abschätzig über die Charta der deutschen Heimatvertriebenen äußern? Diese ist wirklich als ein „document humain“ zu betrachten, für das den damaligen Verfassern auch heute noch zu danken ist. Es ist schon etwas Besonderes, dass die deutschen Heimatvertriebenen im Jahre 1950 in einer Welt voller Hass auf alles Deutsche um Vergebung für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen baten und erklärten, auf Hass und Rache für das ihnen zugefügte Unrecht zu verzichten, und zugleich ihre Hand ausstreckten zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas.

Der Text der Charta braucht auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht, wie Giordano meint, neu überdacht und aus der Ecke blinder Verdrängung in eine aufgeweckte Gegenwart transponiert zu werden. Die Charta ist nach wie vor als ein hervorzuhebendes Dokument zu betrachten, das damals dazu berechtigte, die Hoffnung zu hegen, dass die Völker in Europa ihre Lehre aus der Tragik der großen Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen haben und dementsprechend aufeinander zugehen würden. Dass diese Hoffnung sich als eine Illusion erwies, beweist unter anderem die Tatsache, dass sich sowohl die polnische als auch die tschechische Regierung bis zum heutigen Tage weigern, den deutschen Heimatvertriebenen Wiedergutmachung zu gewähren. Die Anliegen und Forderungen der deutschen Heimatvertriebenen sind berechtigt und legitim!

Dr. Frans du Buy ist niederländischer Völkerrechtler. Er lehrte an der juristischen Fakultät der Reichsuniversität Utrecht und ist Träger des Kulturpreises für Wissenschaft der Landsmannschaft Ostpreußen. Seine Ehefrau stammt aus Königsberg.

Blauer wird's nicht

Oberbayern feiert den 100. Geburtstag des »Blauen Reiter« mit zahlreichen Ausstellungen

Die Künstlergruppe „Blauer Reiter" gilt als eine der bedeutendsten Vereinigungen der Klassischen Moderne. Vor 100 Jahren wurde sie gegründet.

Die berühmteste Gartenlaube der Kunstgeschichte steht in Sindelsdorf. Dort am Kaffeetisch erfanden im Spätsommer 1911 Franz Marc (1880–1916) und Wassily Kandinsky (1866–1944) den Namen „Der blaue Reiter" für ihre Kunstprojekte. An ihnen beteiligten sie weitere Künstler. Am 18. Dezember 1911 fand in der Münchener Galerie Thannhauser dann die erste Ausstellung des Blauen Reiter statt, die zweite folgte im Februar 1912 in der Galerie Goltz. Als eine der bedeutendsten Programmschriften der Klassischen Moderne gilt schließlich der im Mai 1912 veröffentlichte Almanach „Der Blaue Reiter".

Marc lebte damals mit seiner späteren Gattin Maria (1876–1955) in Sindelsdorf, Kandinsky mit seiner Lebensgefährtin Gabriele Münter (1877–1962) im benachbarten Marktflecken Murnau. Diese Gegend im Voralpenland wurde von Marc „Das blaue Land" genannt – und vermarktet sich inzwischen unter diesem Etikett. Zum 100. Geburtstag des Blauen Reiter wird mit Sonderausstellungen aufgetrumpft. Murnau präsentiert „Die Maler des Blauen Reiter und Japan". In Penzberg heißt es „Heinrich Campendonk – Ein blaues Leben". Bernried zeigt „Die Blaue Brücke".

Münchens Pinakothek der Moderne stellt anhand einer Auswahl von Spitzenwerken die berühmtesten Akteure des Künstlerkreises vor. Der für seine Tierbilder geliebte Marc ist mit den in kubistischer Manier zerlegten „Rindern I" (1913) vertreten. Reichlich sendungsbewusst erklärte er seine Bilder und die seiner Mitstreiter zu Symbolen, „die auf die Altäre der kommenden geistigen Religion gehören". Ähnlich äußerte sich Kandinsky: Auftrag der Kunst sei „das Aufbauen des seelisch-geistigen Lebens". Kandinsky gilt als einer der Väter der abstrakten Kunst. Auf dem Weg dahin ist seine „Träumerische Improvisation" (1913): Sie zeigt farbige Punkte und Flecken im zeichenhaft angedeuteten Hochgebirge. August Macke (1887–1914) lag das malerische „Durchfreuen der Natur" am Herzen, wie schlicht und einfach schön das Gemälde „Mädchen unter Bäumen" (1914) zeigt. Der Russe Alexej Jawlensky (1864–1941) schließlich, berühmt für seine farbintensiven und ausdrucksstarken Bilder von Köpfen, ist mit „Länglicher Kopf in Braunrot" (1913) vertreten.

Jawlensky trifft man in Bernried wieder. Im dort malerisch am Starnberger See gelegenen Buchheim-Museum ist ihm und dem zum Umkreis des Blauen Reiter gehörenden Lyonel Feininger (1871–1956) die Schau „Die Blaue Brücke" gewidmet. Der Titel geht auf ein Aquarell Feiningers von 1920 zurück: Über die blaue Himmelsbrücke, durch deren Bogen man eine rosarote Kathedrale sieht, dampft eine altertümliche Lokomotive.

Den Hang zur guten alten Zeit teilte Feininger mit Kandinsky. Das offenbart die Murnauer Sonderschau „Perlenstickereien und Textilarbeiten". Nach Kandinskys Entwürfen bestickte Gabriele Münter etwa ein Handtäschchen mit zwei spazierenden Damen im Reifrock (1905). Gezeigt wird die Schau im am Ortsrand gelegenen „Münter-Haus". Dort verbrachte das Künstlerpaar von 1909 bis 1914 die Sommermonate. Ausgestattet ist es mit einigen ihrer Gemälde und Grafiken sowie der von beiden gesammelten Volkskunst.

Das Murnauer Schlossmuseum verfügt mit mehr als 70 Gemälden, Hinterglasbildern und Grafiken über die umfangreichste öffentliche Sammlung der Werke Gabriele Münters. Eine Sonderschau macht darauf aufmerksam, dass Kandinsky, Macke, Jawlensky und insbesondere Franz Marc japanische Farbholzschnitte und Kleinkunst gesammelt und deren Anregungen in ihrem Werk verarbeitet haben. Aus Marcs Sammlung ist zum Beispiel das Malerlehrbuch von Takeuchi Seiho ausgestellt. Marcs Gouache „Roter Stier" (1912) und sein Aquarell „Blaues Reh in Landschaft" (1913/14) weisen in ihrer ausdrucksstarken Formvereinfachung eine gewisse Verwandtschaft mit Katsushika Hokusais Tierdarstellungen auf.

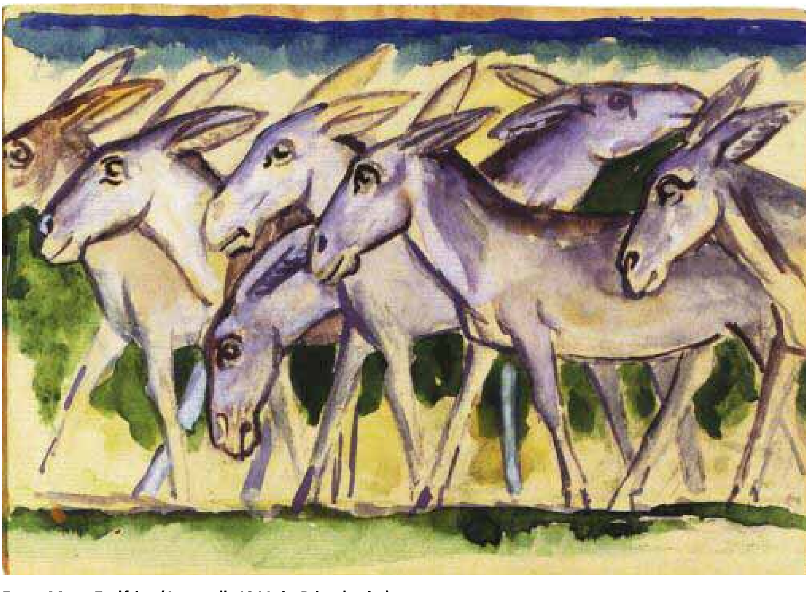
Auf Marcs Einladung ließ sich Heinrich Campendonk (1887–1957) in Sindelsdorf nieder. Fast täglich begab sich der ins nahe Bergarbeiterstädtchen Penzberg. Eines der Arbeiterwohnhäuser ist zum Stadtmuseum umgebaut worden. Es verfügt über 140 Werke Campendonks. Eine mit Arbeiten aus internationalen Sammlungen bestückte Sonderschau stellt unter dem Titel „Ein blaues Leben" alle Schaffensphasen vor.

Das Werk Campendonks zeichnete sich zur Zeit des Blauen Reiter durch ländliche Motive, Erotik, Tragik und grotesken Humor aus. Auch christliche Motive spielten eine gewichtige Rolle, wie das Gemälde „Grüner Kruzifixus in Bay. Landschaft" (um 1913) veranschaulicht.

Im Stadtmuseum Penzberg befindet sich das einzige künstlerische Dokument der Begegnung des Blauen Reiter mit der Künstlergemeinschaft „Brücke": Ernst Ludwig Kirchners Aquarell (1912) von Franz und Maria Marc. Das Paar ließ sich 1914 in Ried bei Kochel am See nieder.

Von da geht es in Serpentinen bergauf zum Kocheler Franz-Marc-Museum. Dort ist Paul Klee (1879–1940), der sich an der zweiten Ausstellung des Blauen Reiter beteiligte, eine Sonderschau gewidmet. Die Dauerausstellung des in spektakulärer Naturkulisse errichteten Museums zeigt Bilder der Künstler des Blauen Reiter. Die Hauptrolle aber spielt Franz Marc mit Werken aus allen Schaffensphasen. Publikumsliebling ist Marcs „Eselsfries", entstanden im Geburtsjahr des Blauen Reiter. Das Gemälde verbreitet gute Laune: Nicht nur, weil die gleichförmig von rechts nach links durchs Bild ziehenden Esel ein strahlend violettes Fell haben, sondern auch, weil ein Exemplar eigensinnig aus der Reihe tanzt und eine Kehrtwendung macht.

Veit-Mario Thiede



Franz Marc: Eselfries (Aquarell, 1911, in Privatbesitz) — Bild: Archiv



»Blauer Reiter« – aktuell

Die **Pinakothek der Moderne**, Barer Straße 40, München, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, donnerstags bis 20 Uhr.

Das **Buchheim-Museum**, Am Hirschgarten 1, Bernried am Starnberger See, zeigt die Sonderschau „Die Blaue Brükke" bis 30. Dezember dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, im November und Dezember bis 17 Uhr.

Das **Münter-Haus**, Kottmüllerallee 6, Murnau am Staffelsee, zeigt die Sonderschau „Perlenstickereien und Textilarbeiten" bis 11. September dienstags bis sonntags von 14 bis 17 Uhr.

Das **Schlossmuseum Murnau**, Schlosshof 2–5, präsentiert die Sonderschau „Die Maler des Blauen Reiter und Japan" bis 6. November dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, bis September am Wochenende bis 18 Uhr.

Das **Stadtmuseum Penzberg**, Karlstraße 61, zeigt „Heinrich Campendonk – Ein blaues Leben" bis 23. Oktober mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr.

Das **Franz-Marc-Museum**, Franz-Marc-Park 8–10, Kochel am See, zeigt die Ausstellungen „Die Klee-Sammlung Rudolf Ibachs" bis 11. September sowie „Franz Marc und Joseph Beuys: Im Einklang mit der Natur" vom 18. September bis 27. November dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, im November bis 17 Uhr.

Eckard Hollmann hat unter dem Titel **„Der Blaue Reiter – Auf den Spuren einer Künstlergruppe"** im Münchner Prestel Verlag (192 Seiten mit 140 Farbabbildungen, Flexo-Broschur, 14,95 Euro) einen handlichen Führer durch dieses aufregende Kapitel der Kunstgeschichte geschrieben. Vor dem Hintergrund der Zeit beleuchtet er die Entwicklung des „Blauen Reiter", dem so bedeutende Künstler wie Franz Marc und August Macke angehörten. *os*

»Die Heimat muss uns als lebendiges Leben begleiten«

Zum 25. Todestag des Dichters Willy Kramp – Viel Preußisches und stille Heiterkeit war in seinem Werk

Wenn der protestantische Schriftsteller Willy Kramp (1909–1986) auch in Mühlhausen/Elsass geboren wurde und seine Kindheit und Jugend in Stolp (Hinterpommern) verbrachte, so hat er doch stets Ostpreußen als seine eigentliche Heimat betrachtet. Schließlich stammte nicht nur sein Vater aus West- und seine Mutter aus Ostpreußen, sondern auch er selbst lebte lange Zeit in Ostpreußen.

Aus dem Elsass nach Ostpreußen

„Es stellte sich heimatliche Geborgenheit ein, wenn Willy Kramp seine ostpreußischen Geschichten erzählte", bemerkte später Klaus von Bismarck über seinen Freund. „Die Bilder der stillen Küste der Nehrung, die Städte der Hanse von Lübeck bis Königsberg stellten sich ein und das Graublau der vielen Seen. Auch ein wenig Kantsche, protestantische Strenge? Jedenfalls viel Preußisches und Heiterkeit, eine schöpferische Kraft des Humors."

1934 hatte Kramp sein Germanistik- und Philosophiestudium mit der Promotion zum Dr. phil. an der Königsberger Universität abgeschlossen. Danach wohnte er mit seiner jungen Frau, einer Masurin aus Palmnicken, in Margen-Nautzwinkel und ab 1939 in einem schönen, alten Gutshaus in Caporn – beides idyllisch gelegene kleine Ortschaften am Frischen Haff.

Im Jahr 1939 erscheint Kramps Roman „Die Fischer von Lissau", zu dessen Inhalt er durch die Bekanntschaft und Gespräche mit den am Haff lebenden Fischern angeregt worden war. Das Buch wurde ein großer dichterischer Erfolg. Es brachte Kramp aber auch viel Ärger mit den „braunen Kulturbonzen" ein. Denn das Menschenbild, das der Dichter in seinem Werk zeichnete, entsprach ganz und gar nicht ihren Vorstellungen. „Ich bemühte mich", so Kramp, „das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen, mit denen ich zusammenlebte, wirklichkeitsgemäß zu schildern; dabei ergab sich (für mich jedenfalls), dass die Bibel die nüchterne Wahrheit über den Menschen spricht und dass Luthers ‚zugleich Sünder und gerecht' aus dieser Wahrheit stammt. Aber genau dies: dass wir allzumal so erlösungsbedürftig wie erlösungsfähig sind, genau dies war die Botschaft, der die Herrschenden Todfeindschaft angesagt hatten."

Schon zuvor waren Kramp über den unmenschlichen und antichristlichen Geist der Nationalsozialisten die Augen aufgegangen. Ein Schlüsselerlebnis hierzu bildete eine Begegnung, die er 1933 im Hause seines Freundes Fritz von Schulenburg mit dem ostpreußischen Gauleiter Erich Koch gehabt hatte. Und bei der dieser sich voller Verachtung über das „jüdische Knechtschristentum" ausließ. (Kramp: „Mir war, als sei der Mann von einer fühlbaren manifesten Atmosphäre des Bösen umgeben; ja als rede er nicht selbst, sondern als rede es aus ihm: fluchend, tobend, angstvoll.") Eine Konsequenz dieser erschütternden Erfahrung war für Kramp, dass er sich schon früh der Bekennenden Kirche als aktives Mitglied anschloss.

Willy Kramp — Bild: privat

Während des Zweiten Weltkriegs lernte Kramp als Soldat im Frühjahr 1944 in Insterburg den jungen Major von Hößlin kennen, dessen Ordonanzoffizier er vorübergehend wurde. Hößlin, der der Widerstandsbewegung gegen Hitler angehörte, machte Kramp zum geheimen Mitwisser einer real existierenden Verschwörung und eines kurz bevorstehenden Anschlags auf den „Führer". Kurze Zeit nach dem missglückten Attentatsversuch erfuhr Kramp von der Verhaftung und Hinrichtung Hößlins. Er selbst jedoch blieb unbehelligt.

Gegen Kriegsende kam Kramp in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er endlich 1950 entlassen wurde. In dem Buch „Brüder und Knechte" hat er später versucht, seine Erlebnisse als Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangener schriftstellerisch zu verarbeiten. Nach seiner Entlassung war er ins westfälische Schwerte gezogen, wo er am 19. August 1986 gestorben ist. Im Jahr zuvor hatte er noch den Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen für Literatur erhalten. Bereits 1952, als noch viele Vertriebene voller Sehnsucht auf eine Rückkehr in die geliebte Heimat hofften, hatte Willy Kramp in einem groß angelegten Artikel („Wir werden leben") im *Ostpreußenblatt* die schönen und weisen Worte gefunden: „Wir werden das Bild der Heimat in unseren Herzen bewahren. Wir werden unser ostpreußisches Erbe als Geist und Art nicht verleugnen. Aber wir betrügen uns selbst und unser Volk, wenn wir dies alles nur als leeren, starren Anspruch mit uns herumtragen; als Ressentiment, als trennende, tote Form. Sondern

Mit der Kraft der Erinnerung

die Heimat und ihr inneres Erbe muss uns als lebendiges Leben begleiten, aus unserer Sehnsucht muss uns verwandelnde Kraft zuwachsen, und die Erinnerung muss uns freudig machen, dort zu schaffen und zu gestalten, wo uns neue Aufgaben zuwachsen wollen."

Matthias Hilbert

Der Autor ist Verfasser des im Herbst im Aachener mm-Verlag erscheinenden Buches "Dichter-Bekehrungen im 19. und 20. Jahrhundert". In ihm werden zwölf Dichter porträtiert. Einer von ihnen ist Willy Kramp.

Mit acht Schüssen niedergestreckt

Vor 90 Jahren fiel der Zentrumspolitiker und vormalige Vizekanzler Matthias Erzberger einem Attentat zum Opfer

Die Tat geschah vor 90 Jahren, am Morgen des 26. August 1921 gegen 11.05 Uhr. Diese Zeit zeigte zumindest die durch die Gewalteinwirkung stehengebliebene Uhr des Tatopfers an. Das Opfer war der vormalige Vizekanzler und Finanzminister des Deutschen Reiches Matthias Erzberger. Als Unterzeichner des Waffenstillstandes von Compiègne und einer der exponiertesten und radikalsten Vertreter der sogenannten Erfüllungspolitik gehörte er seinerzeit zu den bestgehassten Politikern seines Landes.

In jenem Sommer machte Erzberger mit Frau und Kind Urlaub im Kurort Bad Griesbach im Schwarzwald. Dort versuchte der Zentrumspolitiker sich vom politischen Kampf in Berlin zu erholen und für neue Kämpfe zu wappnen. Beim Frühstück im von katholischen Schwestern bewirtschafteten Kurheim bekam die Familie Besuch von Erzbergers badischem Freund und Fraktionskollegen im Reichstag Carl Diez. Gegen 9.30 Uhr machten sich die beiden auf zu einem Spaziergang. Erzbergers Ehefrau blieb zurück, um die Koffer zu packen für die Abreise, die für den folgenden Tag geplant war.

Sich angeregt dabei unterhaltend, gingen die beiden Reichstagsabgeordneten die Landstraße hinauf zum Kniebis. Dabei wurden sie von zwei jüngeren Männern überholt, die grußlos an ihnen vorbeizogen. Auf Höhe der Grandecker Hütte bei Straßenkilometer 15 machten die beiden Politiker kehrt, um rechtzeitig zum Mittagessen zurück zu sein. Als sie 900 Meter zurückgegangen waren, bemerkte Diez, dass die beiden jungen Männer ihnen abermals folgten. Dann benutzten diese jedoch einen Stichweg als Abkürzung, um urplötzlich mit je einem Revolver in der Hand vor den beiden Politikern aufzutauchen.

Sie haben es auf Erzberger abgesehen, richten ihre Waffen gegen dessen Stirn und Brust und drücken ab. Als Diez versucht, mit seinem Regenschirm auf die Täter einzuschlagen, wird er mit einem Schuss niedergestreckt. Das Projektil durchschlägt seinen Oberarmknochen und bleibt nahe der Wirbelsäule in der Lunge stecken. Währenddessen versucht Erzberger, den Abhang hinunter zu fliehen. Doch mit seinen Verletzungen kommt er nicht weit. 30 Meter die Böschung hinab vollenden die Attentäter ihre blutige Tat. Sie wollen sicher gehen und geben auf den wehrlosen Angeschossenen weitere Schüsse aus unmittelbarer Nähe ab. Nachdem die Täter geflohen sind und er selber sich berappelt hat, kann Diez nur noch den Tod seines auf den Wurzeln einer Tanne liegenden Gefährten feststellen.

Die spätere Obduktion ergab, dass Erzberger von acht Schüssen getroffen wurde. Davon waren alleine drei jeder für sich tödlich. Zwei Projektile drangen in den Kopf ein, wobei sie den Schädel zertrümmerten, und einer in die Brust. Daneben ging ein Prellschuss in die linke Brustseite, eine Kugel drang durch den Oberschenkel in den Leib, ein Steck- und ein Prellschuss verletzten die linke Schulter, und ein Geschoss streifte den Kopf.

Die beiden Täter verließen noch am selben Abend mit dem um 18.45 Uhr Richtung Appenweier abgehenden Abendzug den Ort der Tat. Diez konnte jedoch die Täter beschreiben. Und da diese sich verdächtig benommen hatten, waren sie auch einigen Kurgästen aufgefallen, welche seine Beschreibung vervollständigten. Die Spur führte zu zwei vorgeblichen Studenten, die als Knut Bergen aus Jena und Franz Riese aus Düsseldorf – so ihre Eintragung ins Gästebuch – im Nachbarort Oppenau im Gasthof Hirschen übernachtet hatten. Wenn die beiden sich auch rechtzeitig abgesetzt und falsche Namen verwandt hatten, so hatten sie doch fahrlässigerweise genügend Spuren hinterlassen, die zu ihrer wahren Identität führten. Es handelte sich um die ehemaligen Offiziere Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen von der Untergrundorganisation Consul.

Beiden gelang die Flucht nach Budapest, wo sie vorerst in Sicherheit waren. Ungarn weigerte sich nämlich, die beiden an Deutschland auszuliefern. Zur Begründung führten die Ungarn an, dass es kein Auslieferungsabkommen mit dem Reich gebe und die deutsche Seite sich in der Vergangenheit auch nicht sehr kooperationsbereit gezeigt habe. Tillessen floh 1925 mit einem gefälschten deutschen Pass weiter nach Spanien. Und Schulz setzte seine Flucht über Südtirol und das ehemalige Deutsch-Südwestafrika nach Guinea fort.

Damit machte er sich der deutschen Rechten verhasst: Matthias Erzberger auf dem Weg zu Waffenstillstandsverhandlungen mit den Siegern des Ersten Weltkrieges

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten übernahmen am 30. Januar 1933 Feinde Erzbergers die Regierung in Berlin. Adolf Hitler sorgte dafür, dass auch Tillessen und Schulz in den Genuss der Straffreiheits-Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 kamen. Im selben Monat kehrte Schulz nach Deutschland zurück. Er wurde in die SS aufgenommen, wo er es bis zum Obersturmbannführer brachte, was einem Oberstleutnant/Fregattenkapitän bei der Wehrmacht entspricht. Dabei gehörte zu seinen Aufgaben unter anderem der Aufbau des „Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS“ (SD) in München. Angeblich aus Heimweh, war Tillessen schon kurz vor der „Machtergreifung“, nämlich Weihnachten 1932, unter falschem Namen nach Deutschland zurückgekehrt, wo er bei seinem Bruder Unterschlupf fand. Im Gegensatz zu Schulz machte Tillessen nach dem Erlass der präsidialen Straffreiheits-Verordnung nicht bei der SS oder einer anderen NS-Organisation Karriere, sondern führte ein eher unpolitisches, ziviles, bürgerliches Leben. So bestritt er zeitweise seinen Lebensunterhalt als Angestellter des Norddeutschen Lloyd in Bremen. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges tat Tillessen wie schon im Ersten Weltkrieg bei der Marine Dienst. Wenige Monate vor Kriegsende wurde er aus gesundheitlichen Gründen im Range eines Korvettenkapitäns entlassen.

> Die Täter wurden auf Geheiß der Alliierten verurteilt

Nach 1933 wendete sich 1945 abermals das Blatt in Deutschland. Nun waren wieder die Erzberger-Freunde an der Macht. Die US-Besatzungsmacht ordnete Tillessens Verhaftung an. Genau ein Vierteljahrhundert nach der Bluttat vom 26. August 1921 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn vor der Strafkammer des Landgerichts Offenburg. Mit Datum vom 13. September des Jahres lehnte jedoch die Kammer die Eröffnung einer Hauptverhandlung unter Hinweis auf die Straffreiheits-Verordnung von 1933 ab. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hiergegen hatte Erfolg. Das Oberlandesgericht Freiburg ordnete die Eröffnung eines Verfahrens vor dem Landgericht Offenburg an. Die Offenburger Strafkammer blieb sich jedoch treu. Und am 29. November wurde das Verfahren unter abermaligem Hinweis auf die Straffreiheits-Verordnung eingestellt.

Ungeachtet des westlichen Ideals der Unabhängigkeit der Judikative griff nun die Besatzungsmacht ein. So wie 1938 Martin Niemöller von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht worden war, nachdem das Sondergericht in Berlin-Moabit ihn auf freien Fuß gesetzt hatte, wurde nun Tillessen nach der Einstellung des Verfahrens von der Sureté verhaftet und in ein französisches Internierungslager verbracht. Außerdem wurde der Vorsitzende der Offenburger Strafkammer abberufen und in den Ruhestand versetzt. Der antinationalsozialistische Chef der deutschen Justizverwaltung in der französischen Zone Badens trat daraufhin aus Protest zurück.

Davon zeigte sich die Besatzungsmacht indes wenig beeindruckt. Ihr Tribunal Général in Rastatt zog den Fall an sich, erklärte die Straffreiheits-Verordnung für irrelevant, hob das Offenburger Urteil auf und verwies den Fall an das Landgericht Konstanz, von dem die Franzosen die gewünschte Verurteilung Tillessens erhielten. Der Deutsche wurde am 28. Februar 1947 wegen Mordes und Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schulz, der ebenfalls bei Kriegsende in die Gewalt der Sieger fiel, wurde von der US-Besatzungsmacht 1949 der deutschen Justiz überantwortet, die ihm 1950 den Prozess machte. Das Schwurgericht des Landgerichts in Offenburg verurteilte ihn am 19. Juli 1950 wegen Totschlags zu zwölf Jahren Haft. Schulz profitierte dabei davon, das Tillessen, der nichts mehr zu verlieren hatte, als Zeuge den damaligen Komplizen entlastete. Die beiden Reue zeigenden Täter saßen die volle Strafe nicht ab, wurden vielmehr bereits 1952 wieder auf freien Fuß gesetzt – und fristeten danach ein mehr oder weniger unauffälliges Leben. *Manuel Ruoff*

Genialer Hochstapler

Am 25. August feiert Vietnam den 100. Geburtstag seines Volkshelden Vo Nguyen Giáp. Möglicherweise zu früh, denn für dieses Geburtsdatum gibt es keine Belege. Vielmehr nennen die meisten Quellen 1912 als Geburtsjahr Giáps. Überhaupt sind seine Herkunft und frühen Jahre von allerlei selbst erdachten Mythen umrankt. So stimmt weder seine Geschichte vom zum Kommunismus bekehrten Grundbesitzersohn noch seine Angabe über in Jura und Politologie erworbene Doktortitel. Tatsächlich war Giáps Vater ein einfacher Dorfschullehrer und er selbst brachte es auch nicht weiter.



Giáp Bild: Archiv

Keine Übertreibung ist dagegen die Verehrung Giáps als „Napoleon Ostasiens“. Als Oberbefehlshaber der Nordvietnamesischen Volksarmee errang er in der Schlacht von Dien Bien Phu 1954 mit einer brillanten Guerillataktik einen Sieg über die weit überlegene, modern ausgerüstete französische Armee, was zur Befreiung Vietnams von der Kolonialherrschaft führte. Nicht weniger legendär war sein Sieg über die US-Armee während der Tet-Offensive im Jahre 1968. *J.H.*

Alliierter Überfall

Als die Alliierten den Iran besetzten

Obwohl der Iran sich am 6. September 1939 für neutral erklärt hatte, begannen auf alliierter Seite schon bald nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mehr oder weniger offene Planungen, die Souveränität des Staates zu verletzen. So erwogen der britische Premier Neville Chamberlain und sein französischer Amtskollege Édouard Daladier einen Luftschlag gegen die sowjetischen Ölquellen zu führen, obwohl dieses ohne eine Verletzung des türkischen und des iranischen Luftraumes nicht zu realisieren war. Hierzu gab es konkrete Vorbereitungen. Nachgewiesen ist der Flug eines britischen Aufklärungsflugzeuges am 5. April 1940 von Bagdad nach Baku, der über iranisches Territorium führte. Die rasche Niederlage Frankreichs im Mai/Juni 1940 beendete derartige Überlegungen.

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nahmen die Gefahren einer Aggression von Seiten der Alliierten gegen den Iran wieder zu. Am 26. Juni 1941 versuchte der sowjetische Botschafter Andrej Smirnow, den Iranern russischen „Schutz“ gegen einen angeblich von Deutschland in Szene gesetzten Staatsstreich aufzudrängen. Am 1. Juli 1941 wurde der britische Botschafter Sir Reader Bullard massiv und fordert die Ausweisung von 80 Prozent der im Lande befindlichen Deutschen, obwohl die britische Kolonie im Iran zahlenmäßig ein Vielfaches ausmachte.

Am 25. August 1941 um 4.30 Uhr begannen Sowjets und Briten die Feinseligkeiten gegen den Iran. Wenige Minuten zuvor hatten Smirnow und Bullard eine entsprechende Note übergeben. Während die Deutschen in Norwegen die dortigen Streitkräfte zur Kapitulation aufforderten und ihnen die Chance gaben, ihr Leben zu bewahren, fielen iranische Soldaten in Khorramshar im Feuer der Briten ohne Vorwarnung. Später kamen US-Amerikaner als Besatzungssoldaten hinzu. Der Schah wurde deportiert und starb 1944 im südafrikanischen Exil.

> »Regime Change« in Persien vor 70 Jahren

1942/43 gingen etwa 23 Prozent der US-Hilfslieferungen an die Sowjetunion durch den Iran. Nach Kriegsende stellten die Besatzer den von ihnen ausgeführten Ausbau der Infrastruktur des Landes dem Iran in Rechnung. *Hans Lody*

Konnte er Stalin warnen?

Angebliche Tagebücher Lawrentij Berijas veröffentlicht

Von Lawrentij Berija, dem sowjetischen Geheimdienstchef ab 1938, sind angebliche Tagebuchaufzeichnungen aufgetaucht. Dem russischen Historiker Sergej Kremlow, der im Jahr 2007 durch eine Untersuchung über die Managerqualitäten des 1953 liquidierten Sowjetpolitikers hervorgetreten ist, wurde Anfang 2010 eine CD-Rom zugespielt, auf der sich die tagebuchartigen Aufzeichnungen des Gegenspielers Nikita Chruschtschows aus den Jahren 1937 bis 1953 befinden sollen. Im Moskauer Verlag „Jausa Ekspress“, der sich auf Veröffentlichungen auf Geheimdienstgebiet spezialisiert hat, publizierte Kremlow im April/Mai 2011 diese angeblichen Berija-Aufzeichnungen in drei Bänden und versah sie mit wissenschaftlichen Kommentaren. Bislang rief diese Veröffentlichung in Deutschland keinerlei Reaktion hervor.

Kremlow zufolge, einem ausgewiesenen Berija-Spezialisten, sind die ihm von einem früheren sowjetischen Geheimdienstler zugespielten Tagebuchabschriften wahrscheinlich echt. Das ist wichtig zu betonen, denn im Jahr 1992 waren in Russland plump gefälschte Berija-Aufzeichnungen aufgetaucht. Die Originale der nunmehr in Moskau publizierten Berija-Aufzeichnungen sollen sich in einem russischen Archiv befinden. Bei einem konspirativen Treffen bekam Kremlow Fotokopien von Tagebuchseiten zu sehen, auf denen er Berijas Handschrift gut zu erkennen glaubte. Warum der 1899 in Mercheuli bei Suchumi, Gouvernement Kutaissi geborene Mingrelier seine persönlichen Aufzeichnungen auf Russisch und nicht in seiner Muttersprache verfasste, darüber kann Kremlow nur spekulieren.



Trügerische Idylle: Lawrentij Berija (rechts) mit Josef Stalin und dessen Tochter Bild: Archiv

Sollten die Tagebücher trotzdem echt sein, gäben sie manche neue Hinweise für die sowjetische Geschichte. Es ist zwar relativ gleichgültig, ob Berija Stalin im Krieg zweimal weinen sah. Doch interessieren sollte der Umstand, dass der NKWD-Chef zwei Wochen vor Kriegsausbruch für zehn Tage die deutsch-sowjetische Grenze bereiste und wegen der vorgefundenen Lage Erkundungsflüge sowjetischer Luftaufklärer über dem deutschen Grenzgebiet veranlasste. Ab dem 18. Juni 1941 gelang es Berija, Stalin in stundenlangen Besprechungen zu überzeugen, dass deutsche Angriffshandlungen zu erwarten seien. Stalin hatte folglich wertvolle 96 Stunden für eigene Entschlüsse gewonnen. *Jürgen W. Schmidt*

Ein langer Weg von der Pflegerburg zum Hotel

Schloss Lötzen: Vor gut 725 Jahren begann seine Geschichte, vor knapp 675 Jahren wurde es erstmals erwähnt

Die Anfänge der Lötzener Burg liegen im Dunkeln. Als „Hotel Zamek Gizycko 1285" (Schloss-Hotel Lötzen 1285) soll ihr eine lichte Zukunft bevorstehen. Was dazwischen liegt sind spannende Jahrhunderte voller Höhen und Tiefen.

Vor der Ordenszeit lag der Standort der Burg Lötzen im Stammesgebiet der Galinder. Schon frühzeitig wurde die strategische Bedeutung der Landzunge zwischen den großen Seen Löwentin und Kissain erkannt. So wählten die Deutschordensritter sie für den Bau einer eigenen Feste. Auf Anordnung des Brandenburger Komturs Meinhard von Querfurt entstand eine erste, hölzerne Burg im Jahre 1285. Von 1337 stammt die früheste Beschreibung eines Wildhauses. 1365 zerstörten Litauer unter Fürst Kinstute die Burg. 1377 wurde sie während der Amtszeit des Hochmeisters Winrich von Kniprode als gemauerte Anlage wieder aufgebaut. 1340 bestimmte man Lötzen zum Pflegersitz und nach dem Dreizehnjährigen Krieg (1454–1466) diente es als Kammeramt. Die Burgbesatzung übte neben militärischen und administrativen Aufgaben auch die Aufsicht über eine Fischerei aus und unterhielt ein Vorwerk.

Die Bauart der Burg Lötzen als kleinere Wehranlage ist typisch für die niederen Ämter der Kämmerer, vergleichbar mit Lyck. Das heute noch erhaltene Burghaus ist zwar massiv und hoch, jedoch mit 22 Metern Länge und 14,5 Metern Breite ziemlich klein. Erd- und Obergeschoss waren wie der Keller dreigeteilt und mit Balkendekken ausgestattet. Für die Architekten von heute ist nach allen neuzeitlichen Umbauten die mittelalterliche Innenstruktur kaum noch erkennbar. Das Haus war dreigeschossig, mit hohem Satteldach, erbaut aus Backstein mit steinernem Unterbau mit Eckstützen. Im Erdgeschoss befand sich der wirtschaftliche, im Hauptgeschoss der repräsentativ-amtliche Bereich, das zweite Geschoss diente Wehr- und Lagerzwecken. Das Haupthaus lag in der Mitte des Hofs; auf der Seite des Löwentinsees lag die Vorburg. Den Komplex umgab eine Wehrmauer mit Graben. Der Kanal-Bau 1857 benutzte östliche Abschnitte davon.

Die Siedlung neben der Burg wird 1475 urkundlich als „Neues Dorf an der Burg Leczen" erwähnt. Das Stadtrecht nach Kulmer Recht erhielt Lötzen 1612.

Nach der Umwandlung des Deutschordensstaates in das weltliche Herzogtum Preußen im Jahre 1525 wurde die Burg zum Sitz eines herzoglichen Hauptmanns. Preußische Adlige bekleideten das Amt; in Lötzen waren es meist Mitglieder der Familie von Lehndorff.

1560 erfolgte ein grundlegender Umbau der Burg. Sie erhielt eine neuzeitliche Gestaltung außen und innen und ein innen liegendes Treppenhaus. Die gotischen Treppengiebel mit Fialen wurden durch halbrunde, heute noch vorhandene Renaissancegiebel ersetzt. Als herzogliches Jagdschloss erfolgen 1613/1614 erneut Umbauten, mit bunter Ausmalung der Balkendecken und Wände aller repräsentativen Räume. An das Burghaus wurden zwei barokke Flügel angebaut, die 1749 ausbrannten und abgerissen wurden. Ebenfalls aus der Neuzeit stammte ein einst an der Ostseite stehender eingeschossiger Bau mit niedriger Bastei, der nach dem Zweiten Weltkrieg verschwand.

Nach 1752 wurde die Burg zum Sitz einer herzoglichen Domäne. 1852 erwarb das Militär die Anlage. Diese ließ die Burg zum Wohnhaus umbauen, die erst der Unterbringung von Bauleuten und dann der Kommandanten der zwischen 1847 und 1855 errichteten Lötzener Feste Boyen dienten. Die nach dem preußischen Kriegsminister von 1814 bis 1819 und dann wieder von 1841 bis 1847 benannte Ringfestung erfüllte im Ersten Weltkrieg ihren Zweck. Die Russen belagerten sie 1914 vergebens.

Mittlerweile ist die militärtechnische Entwicklung längst über die Festung hinweggegangen. Seit 1993 betreut der „Verein der Festung Boyen Liebhaber" die Anlage. Der Verein sorgt dafür, dass das Objekt erneuert und den Touristen zur Besichtigung zugänglich gemacht wird. Auf dem Gelände der Festung gibt es eine Jugendherberge mit 200 Betten, ein historisches Museum und einen Gastronomiebetrieb.

Wie die Feste soll nun auch das Schloss touristisch genutzt werden, und zwar als Hotel. In kaum vorstellbarer Geschwindigkeit hat die Investorengruppe „Zamek Gizycko" (Schloss Lötzen) das alte Gebäude seit vergangenem Jahr instand gesetzt und beachtliche weitere neue Gebäudeflügel angebaut. In Erinnerung an alle verfügbaren Abbildungen des alten Schlosses Lötzen aus der Vorkriegszeit darf man feststellen, dass dieser Rekonstruktions- und Neubau ein gelungenes und denkmalschutzgerechtes Architekturwerk darstellt. Und als Förder-Projekt der Europäischen Union dürfte das Schloss-Hotel Lötzen einen Vorbildcharakter aufweisen, bewahrt es nach jahrelangem Dornröschenschlaf heute in gewandelter Form und Funktion ein bedeutendes Zeugnis des Deutschordensstaates Preußen.

Den Beschreibungen der Bauherren und zukünftigen Hotel-Unternehmer lässt sich entnehmen, dass das neue Hotel 169 Gästen Platz bieten wird und das Kellergewölbe als Konferenz- und Bankettsaal für bis zu 300 Personen dienen soll. Ein Schwimmbad mit Spa- und Wellness-Bereich sowie eine Bibliothek sollen den Gästen ebenfalls zur Verfügung stehen. Man hat sich ferner bemüht, diverse historische und kunstgeschichtlich passende Gegenstände aus heute polnischen Sammlungen und Museen für das Burghotel zurückzugewinnen, um damit die restaurierten Innenräume der Burg zu gestalten.

Dieser Tage soll das Schloss seiner neuen Bestimmung als Hotel übergeben werden. Es ist den deutschen Teilnehmern an den Jubiläumsfeierlichkeiten aus Anlass des 400. Jahrestages der Erteilung der Stadtrechte im Jahre 1612 zu wünschen, den neuen Glanzpunkt der Stadt nicht nur betrachten, sondern auch als Hotelgäste genießen zu können.

Eckhard Schlemminger



Vor dem Zweiten Weltkrieg: Schloss Lötzen Bild: Archiv

Lücke geschlossen

Ausstellung über »125 Jahre Architekturmuseum« in Berlin

Die Hauptstadt Berlin kann sich eigentlich nicht beklagen: Museen gibt es dort wie Sand am Meer. So möchte man meinen, dass jeder auf seine Kosten kommt. Architekturfreunde allerdings gehen leer aus, denn in Berlin fehlt ein Museum, das sich dieser Sparte widmet. Die Öffentlichkeit kann sich so kaum über die Geschichte des Bauens aus nationaler und internationaler Perspektive informieren. Dabei gibt es einen immens großen Schatz an Architekturzeichnungen in den Beständen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Nur fehlt der entsprechende Raum, sie zu präsentieren.

Da hilft jetzt die Technische Universität aus. Bereits 1874 hatte der Architekt Carl Schwatlo, der 1831 im ostpreußischen Hermsdorf bei Zinten geboren wurde und vor allem für seine Postbauten bekannt ist, vorgeschlagen, das Gebäude der Bauakademie für ein Architekturmuseum zu nutzen. Daraus wurde nichts. Die neue Technische Hochschule in Charlottenburg musste aushelfen. Die bereits gesammelten Arbeiten sowie das Beuth-Schinkel-Museum fanden dort ihren Platz.

In der Attrappe der legendären Bauakademie – das 1832 bis 1836 von Karl Friedrich Schinkel errichtete Gebäude wurde 1962 vom SED-Regime gesprengt – zeigt die TU nun ausgewählte Blätter ihres Bestands. Vor 125 Jahren wurde das Architekturmuseum an der TU von Julius Raschdorff (1823–1914) gegründet. Der im oberschlesischen Pleß geborene Architekt ging selbst in die Baugeschichte ein, als er von 1894 bis 1904 die Errichtung des Berliner Doms leitete. Die TU avancierte unter seiner Ägide zu einem führenden Institut, in dem nicht nur preußisch-brandenburgische, sondern Modelle, Blätter und Zeichnungen aus ganz Deutschland gesammelt wurden. Um 1900 waren es bereits 20 000 Objekte, darunter Handzeichnungen, Modelle, Lichtpausen, Fotografien, Drucke und Akten.

Wie so viele andere Museen und kulturelle Einrichtungen litt auch die TU in Berlin unter den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Die Sammlung wurde erheblich dezimiert und viele Blätter in alle Winde zerstreut. Erst 2006 konnte der neue Direktor Hans-Dieter Nägelke damit beginnen, die Sammlung zu digitalisieren. Bis heute sind 160 000 Datensätze entstanden. So kann man im Internet unter www.architektur.tu-berlin.de so manche Schätze entdecken, etwa Arbeiten aus den Nachlässen von Werner March, dem Erbauer des Olympiastadions, von Hans Poelzig (Haus des Rundunks) oder Alfred Messel (Warenhaus Wertheim).

Im rekonstruierten Musterraum hinter der flatternden Fassade der Bauakademie sind weitere Kostbarkeiten zu bewundern, etwa die Entwürfe von Langhans für das Brandenburger Tor oder eine Kohlezeichnung von Poelzig für ein Hochhaus an der Friedrichstraße.

Silke Osman



Ausstellung im Musterraum der Bauakademie Bild: TU Berlin

Die Ausstellung „125 Jahre Architekturmuseum" ist bis zum 30. September täglich von 11 bis 19 Uhr im Musterraum der Bauakademie, Schinkelplatz, Berlin, zu sehen.

Auf der Grenze

Paul Tillich war Theologe wie auch Philosoph

„Ich hatte die Ehre, der erste nicht jüdische Professor zu sein, dem eine deutsche Universität damals die Lehre untersagte." Paul Tillich, der heute mit Karl Barth, Rudolf Bultmann und Dietrich Bonhoeffer zu den bedeutendsten Erneuerern der evangelischen Theologie gezählt wird, war in der Weimarer Zeit einer der führenden Exponenten des Religiösen Sozialismus, war von 1920 bis 1924 Redakteur der „Blätter für religiösen Sozialismus". Im Jahr der „Machtergreifung" exponierte er sich mit „Die sozialistische Entscheidung" klar als Gegner der Sozialisten. Am 13. April 1933 wurde er deshalb vom Amt suspendiert.

Zum Sozialismus hatte Tillich im Ersten Weltkrieg gefunden. Mit Kriegsbeginn hatte er sich freiwillig als Feldgeistlicher gemeldet. Wie für so viele andere deutsche Theologen seiner Generation war auch für den am 20. August 1886 in Starzeddel, Landkreis Guben Geborenen das Kriegsgeschehen ein ungemein prägendes Erlebnis. Als Feldprediger soll er neben der Bibel auch Karl Marx und Friedrich Nietzsche gelesen haben.

Überhaupt war der Theologe in hohem Maße philosophisch interessiert. Als Gymnasiast benutzte er jede freie Stunde, um philosophische Bücher zu lesen. Philosoph zu werden war damals sein Wunsch. Der Apfel fiel nicht weit vom Stamm. Tillichs Vater prüfte nämlich in der theologischen Prüfungskommission Philosophie und war dem Sohn ein idealer Gesprächspartner für philosophische Themen.

Wie der Vater verband auch der Sohn theologisches Interesse mit dem Beruf des protestantischen Geistlichen. Ab 1904 studierte er Theologie und Philosophie in Berlin, Tübingen und Halle. Nach der Promotion über ein philosophisches Thema und den zwei theologischen Examen arbeitete er ab 1912 als Pfarrverweser in Berlin-Moabit, bevor er dann 1914 in den Krieg zog.



Paul Tillich Bild: Archiv

Aus dem Felde nach Berlin zurückgekehrt, habilitierte er sich 1919 in Theologie. Es folgten Tätigkeiten als Privatdozent in der Reichshauptstadt und als außerordentlicher Professor in Marburg. 1925 wurde er ordentlicher Professor in Dresden, 1929 wechselte er nach Frankfurt am Main.

Der ausgebildete Geistliche war nun ordentlicher Professor in Philosophie, nicht etwa in Theologie. Tillich war ein „Wanderer zwischen den Welten" (Helmut Thielicke), ein „Vermittlungstheologe" (Horst Bürkle), ein „Denker auf der Grenze" (Friedrich Mildenberg). „Auf der Grenze" betitelte Tillich seine 1962 in Deutsch erschienenen persönlich geprägten theologischen Reflexionen. Diese Grenze war nicht nur, aber vor allem die zwischen Theologie und Philosophie.

„Auf der Grenze" hatte Tillich bereits 26 Jahre zuvor auf Englisch unter dem Titel „On the Boundary" in den Vereinigten Staaten veröffentlicht, wohin er nach dem Entzug der Lehrerlaubnis durch die Nationalsozialisten 1933 emigriert war. Er folgte einem Ruf Reinhold Niebuhrs an das Union Theological Seminary in New York. Dort begann er mit den Arbeiten an seiner dreibändigen „Systematischen Theologie", einem seiner bedeutendsten Werke.

In den USA, deren Staatsangehörigkeit er 1940 annahm, erwarb sich Tillich ein Renommee, das ihm die Auswahl zwischen den Universitäten ermöglichte. Er entschied sich für eine Professur in Harvard mit fakultätsübergreifendem Lehrrecht. Nach seiner Pensionierung las er ab 1962 an der Universität von Chicago. Aus dieser Tätigkeit riss ihn am 22. Oktober 1965 der Tod.

M.R.

Nicht nur Autofahrer

Zu: „Grün-Gelb in Zehlendorf" (Nr. 31)

Der Artikel von Theo Maass schlägt einen Ton an, den ich so nicht von der *PAZ* gewohnt bin. Wenn der Autor schon in Wut gerät, nur weil bei ihm in Zehlendorf der Tatsache Rechnung getragen wird, dass der öffentliche Straßenverkehr nicht nur aus Autofahrern besteht, sondern eben auch aus Radfahrern und Fußgängern, so halte ich das für ziemlich bedenklich.

Ich selbst bin kein Grüner und auch kein „Gelber". Ich denke, dass es trotzdem in Großstädten Zeit wird, den wachsenden Anteil von Radfahrern zu beachten.

Die enorme Rücksichtslosiskeit gerade von Autofahrern gegenüber Radlern ist wohl auch nicht unbedingt ein Zeichen von gegenseitiger Rücksichtnahme. So ist es meinem Eindruck nach eher berechtigt, von Autofanatikern und Fahrradhassern zu sprechen.

Der Hinweis auf die Geschäftsinteressen der dortigen Unternehmer ist auch nicht stichhaltig. Über die Vermutung, dass Autofahrer per se kaufkräftiger seien als Radfahrer, kann ich nur lächeln. Zu den ökologischen Vorteilen des Radfahrens wie Lärmvermeidung, Energieeinsparung und so weiter muss ich mich nicht noch äußern.

Frank Fechner, Berlin

Währungsdesaster ante portas

Zu: „Zweifel am europäischen Projekt" (Nr. 29)

Das Wort Dauerkrise ist zutreffend und aktuell. War nicht allen EU-Politikern von Beginn an klar, dass eine Gemeinschaftswährung bei unterschiedlichen Volkswirtschaften und Sozialstandards niemals funktionieren kann? Und war es deshalb nicht bei Einführung des Euro schamlos gelogen, dieser werde eine stabile Währung wie die D-Mark sein?

Ebenso gelogen war die Behauptung, man sei zu einfältig gewesen zu erkennen, dass Griechenland bei der Euro-Aufnahme mit gefälschten Zahlen gearbeitet habe. Ganz im Gegenteil: Man freute sich insgeheim, dass Griechenland damit der erwünschte Hebel sei, um in aller Kürze und Wucht ein Währungsdesaster wegen dann ja sichtbarer fehlender politischer Einheit Europas herbeiführen zu können.

Eine weitere Unwahrheit folgte: Das Griechenland-Paket und Rettungsschirme würden den Euro retten. Denn ohne die weder vorhandene noch erreichbare politische Einheit Europas nach Brüsseler Muster werden sämtliche Rettungsschirme nicht ausreichen und damit Hunderte von Milliarden Euro sinnlos verpulvert sein – wofür sich die Bundeskanzlerin auch noch feiern lässt!

Da die Völker Europas ihre nationale Selbstständigkeit für eine Luftwährung offenbar nicht opfern wollen, müsse man diese Völker durch erzwungene Einwanderung eben so lange verändern, bis ein Brüsseler Einheitsstaat entsteht. Und sollte die Bevölkerung dagegen etwa revoltieren, müsse dies durch gesteuerte Medien als verachtenswerte Fremdenfeindlichkeit diskreditiert werden. Denn Souverän ist nicht mehr der Bürger, sondern eine selbsternannte Kaste auf dem Boden des politischen Betruges.

Dr. Klaus Joachim Schneider-Haßloff, Berlin

Aus vier Gleichen

Zu: „Teufels Kritik zielt auf Merkel" (Nr. 31)

Es ist schon paradox, wenn ausgerechnet der Teufel der CDU die Leviten lesen muss. Aber es ist auch traurig, dass wir eigentlich nur noch vier sozialdemokratische und eine kommunistische Partei haben. Da ist es für einen politisch interessierten Bürger eine Zumutung, aus vier Gleichen einen auszuwählen. So erklärt sich die seit Jahren geringe Wahlbeteiligung.

Es ist nicht nur Faulheit, die natürlich bei einigen Bürgern auch eine Rolle spielt.

Karl Reißmann, Mittweida

Identifikation

Zu: „Wer ist deutsch?" (Nr. 31)

Der Artikel von Hans Heckel ist gut. Deutsch ist der, der sich mit seinem neuen Vaterlande komplett indentifiziert und bereit ist, die Leiden und Freuden mit ihm zu teilen. Ein Personalausweis macht aus einem Türken noch lange keinen Deutchen, siehe die Integrationsministerin Bilkay Öney. Die Politiker wollen gewählt werden und darum haben sie die Staatsbürgerschaft wie Sauerbier verteilt.

Nach preußischem Grundsatz kann jeder glauben, was er will, solange er treu zum neuen Vaterland steht, und da kann es kein Wenn und Aber geben. Siehe die Hugenotten.

Wenn die Politiker von Europa reden, kann man nur noch den Kopf schütteln. Europa ist kein Staat und auch keine Heimat, sondern ein Konglomerat unterschiedlicher Interessen.

Horst Polakowski, Gernsheim



Kennedy und Adenauer im Juni 1963 am Checkpoint Charlie: „Keine angenehme Lösung" Bild: Archiv

Kirschen in der kalten Jahreszeit?

Zu: „Bescheidener Luxus" (Nr. 25)

Da ich mich ein langes Leben (Jahrgang 1923) sehr gründlich mit Friedrich dem Großen forschend und lehrend beschäftigt habe (so 1951 mit einer historiografischen Dissertation über Friedrich promoviert), habe ich den Bericht über die „Schatullenabrechnungen" mit Interesse gelesen. Zu dem bisher bekannten Friedrich-Bild bezüglich seiner legendären Knauserigkeit, die auch, pathologisch, in Geiz ausartete, gibt es keine neuen Erkenntnisse, so bemerkenswert der digitale Fleiß auch ist. Dass Friedrich über einen außergewöhnlichen Appetit verfügte, den er, alles andere als preußisch-diszipliniert, trotz erheblicher Verdauungsbeschwerden durchaus nicht zügeln konnte, ist bekannt. Sein letzter Arzt vor seinem Tode hat schließlich vergeblich versucht, ihn von seinen heißen, überbackenen Makkaroni abzubringen.

Was die 180 Taler betrifft, die der obstliebende Monarch angeblich an einem Nachmittag für Kirschen ausgegeben haben soll, noch dazu im Winter, so muss ein Irrtum vorliegen. Wo sollten im damaligen Europa im Winter überhaupt Kirschen herkommen? Diese Angabe müsste noch einmal überprüft werden.

Noch einmal: Von einem „Meilenstein der Forschung über Friedrich II. kann keine Rede sein, da wir durch die bisherige Forschung von 200 Jahren über jedes Detail im Leben des Königs bestens und erschöpfend unterrichtet sind. Es gibt keinen Aspekt seines Lebens, den wir nicht kennen. Was seine berühmt-berüchtigte „Sparsamkeit" schließlich betrifft, so äußerte sie sich vor allem gegenüber Forderungen und Bitten, die an ihn herangetragen wurden und die aus seiner Sicht unbegründet waren, vor allem, wenn sie aus Kreisen kamen, die er verachtete. Hier konnte er von beleidigender Schärfe und Kälte sein. Wer zur „Kanaille" zählte, konnte auf keine Großmut im Geben hoffen.

Dr. Karl Kowalewski, Lüchow

Das ideale Blatt

Zu: Liebe zu Ostpreußen

Keiner aus meiner Familie bis weit zurück hat etwas mit Ostpreußen zu tun. Alle stammen aus dem Südharz und Thüringen.

Nun das Seltsame: Mein Herz schlägt seit etwa meinem 20. Lebensjahr für Ostpreußen, das Memelgebiet und Westpreußen. Das verfolgt mich nun schon 36 Jahre. Eine innerliche Liebe und ein Sog in diese Richtung wird immer stärker. Die *PAZ* ist für mich das ideale Blatt, vor allem, wenn ich lese: Königsberg, Allenstein ...

Das ist Musik für meine Seele. Nie dürfen wir unsere Landsleute vergessen, welche ihre Heimat verloren haben und in fremder Erde ihre letzte Ruhe finden. Das erlebte Leid dieser Menschen muss ohne Hass und Rache aufgearbeitet werden. Zum Glück gibt es auch junge Menschen in dieser Richtung, so dass dieser Teil unseres Vaterlandes nicht vergessen wird. Macht weiter so und jeder Freitag wird ein persönlicher Gedenktag für mich sein.

Manfred Klaus, Peissen

Gewappnet sein

Zu: „Kaltblütig" (Nr. 30) und „Durchsichtige Kampagne" (Nr. 30) sowie „Chancen und Möglichkeiten" (Nr. 30)

Konservativ Denkende sollten sich wappnen. Etliche Politiker werden das grauenhafte Geschehen in Norwegen dazu ausnutzen, verstärkt zum „Kampf gegen Rechts" aufzurüsten, wobei sie keinen Unterschied machen werden zwischen Rechtsextremisten und demokratisch-legitim Andersdenkenden.

Auf diese Weise können unsere vorherrschenden Links-Liberalen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Rechtsextremisten und diejenigen unliebsamen Bürger, die sich trotz des gesellschaftlichen Drucks weder der Mitte-Linken noch den Grünen, Roten, Linken oder der Antifa-Sturmabteilung zugehörig fühlen wollen.

Und mit Sicherheit werden die bisherigen Millionen zum „Kampf gegen Rechts" großzügig aufgestockt werden.

Gisela Recki, Troisdorf

Beeinflussung

Zu: Wählermanipulation

Seit einigen Wochen wird von Medien und Politikern gegen die drei US-Ratingagenturen gewettert und damit argumentiert, dass sie mit ihren täglichen Meldungen die Börsen beeinflussen würden und Griechenland und damit dem Euro und der EU schaden würden.

Wo aber wird beklagt, welchen Schaden die beiden deutschen Agenturen Forschungsgruppe Wahlen fürs ZDF und Infratest Dimap für die ARD mit ihren wöchentlichen Meinungslisten anrichten? Wozu müssen die Bürger ständig erfahren, wen man wählen würde, sollte, könnte? Die Wähler werden in ihrer möglichen Entscheidung extrem beeinflusst.

Diese Zahlenreihen in Prozenten, die Beliebtheitslisten, sollten daher maximal halbjährlich veröffentlicht werden dürfen, wenn überhaupt. Die Zwangsgebühr der Bürger für die öffentlichen Fernsehanstalten sollten hierfür nicht ausgegeben werden dürfen.

Dr. med. dent. Ernst Nordmann, Köln

Die Idee für die Mauer stammte aus den USA

Zu: „Die Mauer ist tot, was war die Mauer?" (Nr. 31)

Die Tendenz aller Berichte über den Mauerbau vor 50 Jahren in Berlin zielt seit diesem Ereignis grundsätzlich darauf ab, dass der „Spitzbart" Walter Ulbricht zuerst einmal gelogen hatte, doch dann wenige Wochen später die Berliner Mauer errichten ließ.

So weiß dann auch Vera Lengsfeld als betroffene Zeitzeugin über heutige demagogische Nachrichten zu den damaligen Ereignissen zu berichten, die mit Kriegsgefahr und der „souveränen" DDR in Zusammenhang gebracht werden sowie John F. Kennedy sagen lassen, dass dies „keine besonders angenehme Lösung" gewesen sei, „aber eine Mauer ist verdammt noch mal besser als ein Krieg".

Die in Mitteldeutschland (DDR), Westdeutschland (BRD) und Westberlin maßgeblichen Regierungschefs Ulbricht, Konrad Adenauer und Willy Brandt hatten damals [als Vertreter souveräner(?) Staaten] keinerlei Entscheidungsbefugnisse darüber, ob an den Zonengrenzen eine Mauer gebaut werden soll oder nicht. Einzig die USA und die Sowjetunion hatten hier das Sagen und deshalb auch entsprechend reagiert. Da durch Kuba-Krise und Ähnliches der persönliche Kontakt zwischen den Weltmachtchefs Kennedy und Nikita Chruschtschow etwas gelitten hatte, lösten sie ihre Konflikte durch Stellvertreter.

Einer dieser Konflikte bestand in der innerdeutschen Zonengrenze, über die sich monatlich inzwischen Abertausende von Deutschen von Mitteldeutschland nach Westdeutschland begaben.

So geschah es, dass als Stellvertreter des US-Präsidenten der Senator James Fulbright – er war von 1959 bis 1974 Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Senats, das heißt Vorsitzender des „Senate Committee on Foreign Relations" und Präsident des „American Committee for a United Europe" sowie persönlicher Chruschtschow-Betreuer während dessen USA-Besuchs vom 15. bis 27. September 1959 auf Einladung des US-Präsidenten Eisenhower – im Auftrag seines Regierungschefs aktiv wurde und die sowjetische Regierung am 30. Juli 1961 besorgt auf das deutsch-deutsche Grenzproblem hinwies, indem er Chruschtschow mit der unzweideutigen „Empfehlung" bedrängte, die Grenze zuzumachen.

Fazit: Nicht DDR-Statthalter Ulbricht hatte die Absicht, eine Mauer zu bauen, sondern die USA hatten 1961 die „Idee", zwischen Mittel- und Westdeutschland eine Mauer zu errichten.

Ob Willy Brandts Protest damals ehrlich war oder nicht, ob Adenauer vor lauter Ehrlichkeit zurückhaltend reagierte oder ob Ulbricht die Wahrheit sagte oder log – die reine Wahrheit liegt bestimmt nicht bei diesen Befehlsempfängern, sondern irgendwo abgelagert in einem für uns nicht zugänglichen Archiv.

Ingo Schewiola, Hamm

Haltlose Anschuldigungen – War Breivik Freimaurer?

Zu: „Kaltblütig" (Nr. 30)

Das Spiel mit gezinkten Karten spielen die politisch links orientierten seit ihrer Entstehung. Das Massaker von Norwegen, so tragisch das Schicksal jedes einzelnen Toten und deren Hinterbliebener ist, harrt seiner Aufklärung.

Sahra Wagenknecht und andere versuchen aber mit haltlosen Anschuldigungen bereits vor Vorlage der ersten Ermittlungsergebnisse, aus diesem tragischen Ereignis scham- und hemmungslos politisches Kapital zu schlagen.

Bekannt ist bislang nur, dass jemand, der zu anderer Zeit als „Vorzeige-Arier" gegolten hätte, Menschen möglicherweise als Alleintäter umgebracht hat. Es wird suggeriert, er sei gläubiger Christ, fundamentalistisch sowie konservativ.

Was davon stimmt, ist unbewiesen. Weitere Tatbestände und Verdachtsmomente lassen sich in Deutschland nur über das Internet in Erfahrung bringen. Demnach hat der mutmaßliche Massenmörder auf in norwegischen Medien veröffentlichten Pressefotos bei seiner Verhaftung zweifelsfrei freimaurerische Symbolik gezeigt. Sogar im nicht rechtslastigen Internetlexikon „Wikipedia" ließ sich in der deutschen Version noch nachlesen, dass der mutmaßliche Täter Freimaurer ist.

Soweit der mutmaßliche Täter Freimaurer ist, kann er kein gläubiger Christ, zumindest kein gläubiger Katholik sein. Dies ebenso, da der Tatverdächtige Norweger ist und evangelische Kirchen dort den Rang von Staatskirchen haben.

Ist er Freimaurer, dürfte er tatsächlich dem linken Gedankengut der Wagenknechte sehr nahestehen. Nach jedermann zugänglicher freimaurerischer wie auch anti-freimaurerischer Literatur werden der Gottesbegriff und das Wesen des Christentums abgelehnt. Stattdessen wird ein „oberster Baumeister" angebetet, der mit dem Gott der Christen nichts gemein hat. Politisch gesehen bezeichnen sich Freimaurer beschönigend als „progressiv". Man könnte es auch links bis linksextrem nennen. Somit kann der Täter auch nicht im politischen Sinne konservativ sein.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Fass ohne Boden

Zu: „Trichets teure Hinterlassenschaft" (Nr. 30)

Die Brüsseler Eurokraten kümmern sich um alles, um Gurkenkrümmung, verordnen uns quecksilberhaltige, giftige Sparbirnen, heben die Vorschriften über Verpackungsgrößen zum Schaden der Verbraucher auf, kümmern sich um die Wasserqualität von Bädern und Stränden. Dabei haben Bund und Länder eigene Umweltministerien sowie Kommunen eigene Umweltämter.

Dauernd erfindet die Brüsseler Eurokratie neue Schikanen. Der Euro ist zu einem wirklichen Teuro geworden und hat seit seiner Einführung zirka 50 Prozent seines Wertes verloren. Darum raus aus der EU, die für uns ein Fass ohne Boden geworden ist.

Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 20. August 2011

MELDUNGEN

Neuer Vizepremier

Königsberg – Gennadij Schtscherbakow wird neuer Stellvertretender Regierungschef des Königsberger Gebietes. Der 1961 in Moskau geborene Russe lernte Ostpreußen bereits als Wehrpflichtiger bei der Grenztruppe in Preußisch-Eylau kennen und ist dem Land seitdem verbunden geblieben. Noch zu Sowjetzeiten studierte er an den Hochschulen des Außenministeriums Diplomatie und Außenhandelswirtschaft, trat anschließend in den diplomatischen Dienst ein und diente der russischen Regierung in verschiedenen Funktionen. Als Bevollmächtigter des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel im Königsberger Gebiet war er für die wirtschaftlichen Beziehungen Ostpreußens zu Russland zuständig. Zusammen mit dem damaligen Gouverneur Wladimir Jegorow führte Schtscherbakow mit den Nachbarstaaten Verhandlungen über Transitregelungen und schuf das „Gesetz über die Sonderwirtschaftszone“. Nach einer Zwischenstation als Handelsattaché in der Ukraine ging er zu Gazprom, wo er Führungspositionen wahrnahm. Im Königsberger Gebiet wird Schtscherbakow wiederum für Fragen der Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur verantwortlich sein. *T.W.W.*

Deutscher unter Tatverdacht

Königsberg – Ein in Königsberg lebender 72-jähriger deutscher Staatsbürger wird verdächtigt, mehrere Kinder sexuell genötigt zu haben. Nach Polizeiangaben soll der den Sommer über in einem Vorort von Königsberg wohnende Deutsche zwei Kinder mit dem Versprechen von Süßigkeiten in sein Haus gelockt und sich dort an dem zehnjährigen Mädchen und ihrem sechsjährigen Bruder vergangen haben. Dies behauptet jedenfalls die Mutter der beiden Kinder. Die Polizei untersucht zur Zeit den Fall und überprüft routinemäßig, inwieweit es möglicherweise Verbindungen zu anderen Sexualdelikten an Kindern gibt. Es wurde von den Behörden nicht mitgeteilt, ob es sich bei dem Verdächtigen tatsächlich um einen ethnischen Deutschen oder lediglich um den Inhaber eines bundesdeutschen Passes handelt. Im Königsberger Gebiet sind wie in Russland Sexualstraftaten an Kindern vergleichsweise häufig, werden aber bevorzugt bei ausländischen Straftätern von den Medien aufgegriffen. In der Vergangenheit kam es dabei zu Kampagnen gegen Turkestaner, in deren Folge die Zahl der Übergriffe gegen solche sogenannten Schwarzen massiv anstieg und zahlreiche Fremdarbeiter das Gebiet verließen. Bislang zeichnet sich eine solche Kampagne aber hier nicht ab, was nicht zuletzt mit der offensichtlich äußerst geringen Anzahl deutscher Täter zusammenhängen dürfte. *T.W.W.*

Rettet Bernsteinzimmer Manufaktur?

Nach Sankt Petersburg soll auch Königsberg eine Rekonstruktion erhalten

Das Gebäude der ehemaligen Staatlichen Bernstein-Manufaktur in Königsberg ist vom Verfall bedroht. Lange schon gibt es die Idee, das Gebäude dem Bernstein-Museum zu übergeben. Besitz- und Kompetenzstreitigkeiten verhinderten bislang eine Renovierung. Erst jetzt kommt Bewegung in die Sache.

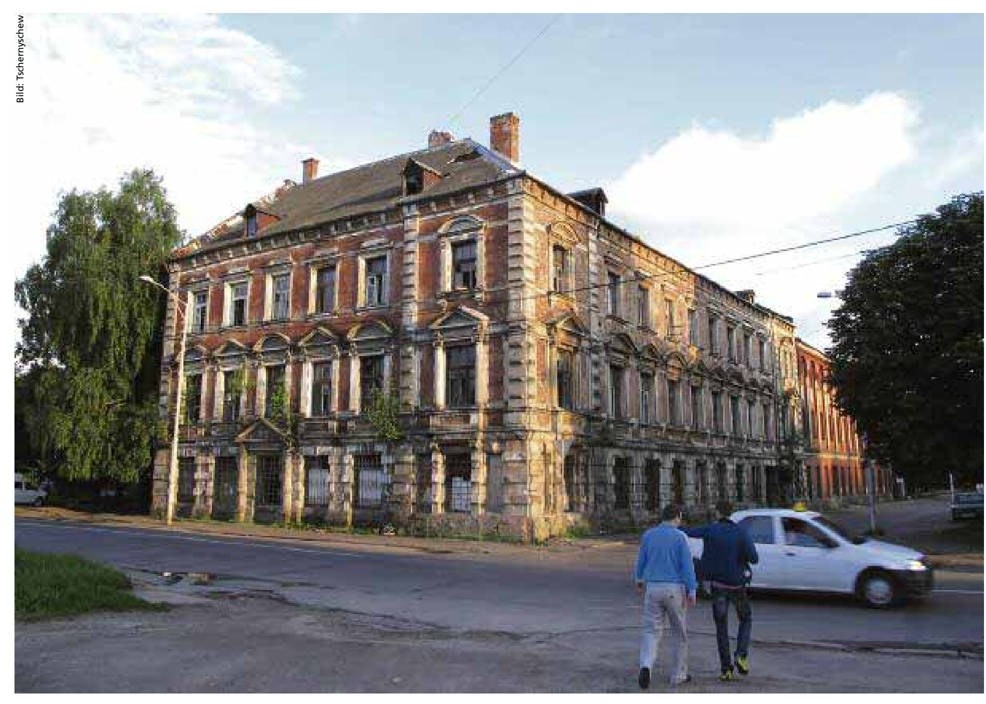


Bild: Tschernyschew

Soll drittes Bernsteinkabinett beherbergen: Gebäude der ehemaligen Staatlichen Bernstein-Manufaktur in Königsberg

Es ist ein ehrgeiziger Plan: Im Gebäude der ehemaligen Bernstein-Manufaktur soll auf nur 16 Quadratmetern in einem fünf Meter hohen Raum eine Kopie des Bernsteinzimmers Friedrich I. eingerichtet werden. Vorläufige Schätzungen gehen von Kosten in Höhe von etwa 2,5 Millionen Euro für die Verwirklichung aus. Wie in St. Petersburg soll das Bernsteinzimmer in Königsberg eine wissenschaftlich exakte Rekonstruktion des Originals werden. Dies wird nicht einfach werden und wohl mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Es müssen Spezialisten gefunden werden, die über Kenntnisse der Bernsteinverarbeitung des 18. Jahrhundert verfügen.

Das Gebäude der ehemaligen Staatlichen Bernstein-Manufaktur Königsberg in der Sattlergasse 6 (ul. Portowaja 3/Ecke Serpuchowskaja) untersteht dem Verteidigungsministerium. Die Gebietsregierung hat sich schon mehrfach mit dem Wunsch an das Ministerium gewandt, das historische Gebäude dem Bernsteinmuseum zu übergeben, um es vor dem Verfall zu retten. Nun liegt die Zustimmung vor.

Das Unternehmen von Weltruf wurde 1899 als königliche Manufaktur gegründet. 1912 beschäftigte die Manufaktur in ihrem Hause 14 Beamte und 200 Arbeiter. Darüber hinaus gab es weitere 400 Bernsteinkratzer als Heimarbeiterinnen. Sie war Teil eines Verbundes, dem auch die Fabriken in Palmnicken und Danzig angehörten. Zwischen 1926 und 1945 wurden in Ostpreußen sowohl Schmuck und Gebrauchsgegenstände für ein Massenpublikum hergestellt als auch künstlerisch bedeutende Arbeiten. 1929 war die Preussag Haupteigner der Manufaktur. Im Jahre 1930 hatte sie über 1000 Beschäftigte. Damit ist sie bis heute der größte Bernstein verarbeitende Betrieb, der je existiert hat. Ein Netz von eigenen Verkaufsstellen und Repräsentanzen sorgte in den 20er und 30er Jahren für große Verkaufserfolge. Zu Tausenden wurden Oliven- und Perlenketten sowie Broschen aus Bernstein, aber auch Sport- und Ehrenpreise sowie Gebrauchsgegenstände gefertigt.

Kostenpunkt: 2,5 Millionen Euro

Das Gebäude der ehemaligen Manufaktur ist der einzig erhalten gebliebene Atriumbau, also ein Gebäudekomplex mit einem geschlossenen Innenhof. Das Erdgeschoss ist mit Stuckdecken ausgeschmückt. Die Fenster enthalten Elemente, wie sie für die italienische Renaissance typisch sind. Ihren Abschluss bilden Fenstergiebel mit angedeuteten Bögen. Luxuriöse Stuckarbeiten waren für repräsentative öffentliche Gebäude im 19. Jahrhundert üblich. Zwischen den einzelnen Fenstern treten heute allerdings die nackten und angesengten Ziegel hervor.

Nach dem Krieg wurden in einem Teil des Gebäudes Militäreinrichtungen untergebracht, in einem anderen ein Wohnheim. Das Wohnheim wurde 2009 aufgelöst. Nun sollen endlich die Fassade restauriert und die inneren Räume umgebaut werden. *Jurij Tschernyschew*

Streit um Mühlenfund an der Aller

Uneinigkeit über den Umgang mit bei Bauarbeiten gefundenen Relikten aus dem 18. und 19. Jahrhundert

An der Alle, nicht weit vom Allensteiner Schloss, existierte jahrzehntelang eine kleine Bierstube. Da sie sich zugleich an einer rauschenden Wehr befand, nannte sie der Volksmund „Niagara“. In den 1990er Jahren wechselte ihr Besitzer. Der neue Eigentümer machte aus der Bierstube ein kleines Lokal mit jugoslawischen Spezialitäten. Da das ganze Wirtschaftsgebäude mit der Zeit nicht mehr funktionsfähig und ziemlich marode wurde, entschied er sich die bestehende Konstruktion bis auf die Grundmauern abzureißen, um hier eine modernere und funktionstüchtigere Biergaststätte zu errichten. Nach der Durchführung der ersten Arbeiten auf der Baustelle wurden unerwartet Grundrisse einer dort früher existierenden Mühle entdeckt. Dies hatte dann eine sofortige Einstellung der Bauarbeiten zur Folge, weil man dieser plötzlichen Entdeckung keinen unwiederbringlichen Schaden zufügen wollte.

Der Verein „Swieta Warmia“ (Heiliges Ermland) beantragte eine Eintragung dieser Überreste aus Granit- und Ziegelstein in die Liste der denkmalgeschützten Objekte. Auch die Beauftragte für Denkmalschutz im Woiwodschaftsamt, Barbara Zalewska, nahm sich der Sache an. Infolgedessen untersuchten Archäologen das ganze Gelände. Dabei stellten sie fest, dass es sich bei dem Fund um die Kellerräume einer alten Wassermühle aus dem 18. und 19. Jahrhundert handelt. Das erforderte eine Veränderung der Bauplanung. Hierfür sagte der amtierende Stadtpräsident, Piotr Grzymowicz, dem Bauherren seine Unterstützung zu. Da auch dieses Bauprojekt mit EU-Mitteln finanziert wird und somit dessen restriktiven Bestimmungen unterliegt, müssen alle Baumaßnahmen möglichst schnell vonstattengehen. An einer erfolgreichen Lösung des Problems ist auch der verantwortliche Architekt Bogdan Dzus interessiert, dem zurzeit auch mehrere andere architektonische Bauprojekte in Allenstein obliegen.

Bauplanung musste wegen des Fundes abgeändert werden

Von all diesem Trubel um die vermeintlich wertvolle Ausgrabung hat sich jedoch Andrzej Rzempoluch distanziert. Rzempoluch ist nicht irgendwer, sondern ein hervorragender Kunsthistoriker und Kenner der ostpreußischen Architektur, der sich schon vor Jahren unter anderem mit seinem auch in deutscher Sprache erschienenen Buch „Ehemaliges Ostpreußen. Kunstreiseführer“ in Fachkreisen einen Namen gemacht hat. Jetzt nahm er Stellung zu dieser seiner Meinung nach unverhältnismäßig aufgebauschten Angelegenheit.

Fachmann empfiehlt, den Ball flach zu halten

Der Haufen mit Lehm und Mörtel zusammengeklebter Steine, so Rzempołuch, sei keinerlei amtlich belegter Schutzmaßnahmen wert. Zwar handle es sich hierbei um Relikte einer Mühle, doch nicht um diese selbst. Als Beispiel für eine völlig unnötige Verzögerung der Bauarbeiten wegen langwierigerer archäologischer Untersuchungen verweist er auf die Schwierigkeiten mit der Neubebauung des benachbarten Fischmarktes. Nach lang andauernden Ausgrabungen konnte man damals im zugeschütteten Keller eines nach 1945 zerstörten Hauses lediglich noch einen Vorrat an Kohlen ausfindig machen.

Dieses Votum eines gediegenen und sonst um die Erhaltung des kulturgeschichtlichen Erbes in der ganzen Region sehr bemühten Kunsthistorikers mag vielleicht auf viele in der Stadt aktive Gruppierungen und Vereine befremdend wirken, weil es so nüchtern und herabsetzend klingt und so schonungslos in seiner Aussagekraft ist. Nichtsdestoweniger scheint sie doch das Zünglein an der Waage bei den mitten im Hochsommer entfachten Diskussionen rund um das zukünftige Antlitz Allensteins zu sein. Ob es dabei eine Kompromisslösung geben wird, wird die Zukunft weisen. Eines lässt sich jedoch bereits jetzt konstatieren: Mit dem baulichen Erbe der deutschen Vergangenheit wird heute viel sensibler umgegangen als jemals in der sozialistischen Ära. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

varsproake is verschräwe – so sagte man tohuus, wo das gesprochene Wort als geschrieben galt, und ich will das heute bestätigen, indem ich halte, was ich versprochen *und* geschrieben hatte, nämlich einen Überblick über die Zuschriften zu unseren veröffentlichten Fragen und Wünschen zu geben. Und da hat sich viel getan, wie Ihr lesen werdet. Und schnell wie Herr **Helge-Jan Schmodde** aus Bad Soden uns mitteilt. Er hatte im Internet einen Beitrag gefunden, der sich mit einem vor Beginn des Zweiten Weltkriegs ereigneten Vorfall im südlichen Ostpreußen beschäftigt, bei dem polnische Kavallerie einen Ort „Garnsee" überfallen und blutige Spuren hinterlassen hatte. Herr Schmodde zweifelte an dem Bericht dieses Zeitzeugen, weil es nur einen Ort dieses Namens gab, und der lag östlich der Weichsel an der Bahnstrecke Marienwerder–Graudenz. Der Bauernhof seines Großvaters lag nur einige Kilometer von dieser kleinen Stadt entfernt, so hätte seine Familie von diesem Vorfall erfahren müssen. Wir hatten seine Bitte um Klärung in Folge 28 veröffentlicht und schon kurz darauf erhielten wir von ihm folgendes Schreiben:

„Haben Sie verbindlichen Dank für die Berücksichtigung meiner Anfrage wegen des Berichts darüber, dass vor Kriegsbeginn ein Übergriff polnischer Kavallerie auf einen Ort im Kreis Neidenburg stattgefunden hat. (Was in dieser Form nicht stimmen kann, weil es den dort genannten Ort ‚Garnsee' nicht gab.) Aus der Ostpreußischen Familie erreichte mich binnen weniger Tage dankenswerterweise eine Reihe von Hinweisen, darunter wohl auch ‚des Rätsels Lösung'. Allem Anschein nach handelt es sich bei der im Internet nachlesbaren Schilderung um eine sehr vage Erinnerung an einen polnischen Überfall auf die deutsche Zollstation in Friedrichshof. Dort wurden wenige Stunden vor Beginn des Zweiten Weltkrieges alle acht Beamten getötet, darunter auch der Onkel eines damals 20-Jährigen, der mir das jetzt telefonisch mitteilte. Friedrichshof lag etwa drei Kilometer von der Grenze entfernt – nicht im Kreis Neidenburg, sondern im Kreis Ortelsburg. Auch in diesem Kreis gab es kein ‚Garnsee', aber doch eine Gemeinde, die recht ähnlich klingt, nämlich ‚Grammen'."

Somit ist wohl die Frage geklärt, und wir haben wieder einmal den Beweis, wie wichtig unsere Leser sind, wenn sie aufgrund eigener Erlebnisse oder – wie in diesem Fall – durch ihre Familiengeschichte Vorfälle bestätigen können, für die es kaum noch authentische Zeitzeugen geben dürfte.

Eine glänzend gelungene Lösung hatte auch die Frage nach der Sauciere aus dem Bestand des „Kurhaus Siegemund" gebracht, die wir ebenfalls in Folge 16 veröffentlichten. Nun erhielt ich einen langen Brief von einer Leserin, deren Heimatort Niedersee/Rudczanny ist und die bereits Herrn **Stabe**, den Besitzer der Sauciere, ausgiebig informiert und damit erheblich zur Klärung beigetragen hat. Ihr liebevoller Brief führt mich weit in die Vergangenheit zurück, die noch lange nicht vergangen ist – was ist schon Zeit? –, denn Frau **Jolanda-Maria Möllenhoff** war als 15-Jährige bei einer Lesung, die ich im Mai 1940 in Passenheim hielt. Wir sind uns also vor über 70 Jahren begegnet, und sie erinnert sich daran! Habe ich mich darüber schon gefreut, dann kommt noch das Sahnehäubchen mit ihrem Hinweis auf das Bootshaus, das auf dem in Folge 26 veröffentlichten Seebild im Hintergrund zu sehen ist: Von hier aus bin ich damals nach Nikolaiken gerudert. Nur habe ich nicht gewusst, dass es sich bei dem Gewässer um den Großen Gutschiensee handelt, von dem aus man durch einen Kanal in den Niedersee gelangt, an dem auch das Kurhaus Siegemund lag. Das hübsche Medaillon auf der Sauciere zeigt die Eisenbahnbrücke, die über diesen Kanal führt. Und so genau wie Frau Möllenhoff die Lage erklärt, kann sie auch die Geschichte des Kurhauses aufrollen. Sie zeigt sich dabei als glänzende Chronistin:

„Als Rudczanny durch den Ausbau der Eisenbahnstrecken Rothfließ–Sensburg–Johannisburg und Allenstein–Ortelsburg–Johannisburg ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt geworden war, hat ein Gastwirt namens **Koch** etwa zwischen 1890 und 1895 gegenüber dem Bahnhof im Mittelpunkt des Ortes ein Gasthaus bauen lassen, das den Namen ‚Koch's Hotel' erhielt. Im Jahre 1908 erwarb **Otto Siegemund** das Hotel, das er durch bauliche Veränderung zu einem Kurhaus ausgestaltete. Nun hieß es ‚Kurhaus Siegemund'. Nach dem Ersten Weltkrieg – etwa 1924 – übergab er das Haus seinem Sohn. Wie aus alten Ansichtskarten ersichtlich hieß es nun ‚Gasthaus Günther Siegemund'. Die Bezeichnungen wechselten im Laufe der Zeit. In den 30er Jahren sprachen wir nur vom ‚Kurhaus Siegemund', obgleich es ja 1934 Konkurrenz durch das neue moderne ‚Kurhaus am Niedersee' bekommen hatte. Im Januar 1945 ereilte beim Einmarsch der Roten Armee die Familie Siegemund ein schweres Schicksal. Sie wurde wie viele Einwohner Niedersees, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, Opfer der Greueltaten. Tod und Verschleppung in den Kaukasus waren die Folge. Die Überlebenden haben sich nach Kriegsende in Mittel- und Westdeutschland eine neue Existenz aufbauen können. Mich selbst verband mit der Tochter von Otto Siegemund und ihrem Mann ein freundschaftliches Verhältnis. Schade, dass sie das Auftauchen der Sauciere und damit auch das Aufleben ihrer Familiengeschichte nicht mehr erlebt haben."



Damit warb einst die „Preußische Zeitung": Bernstein-Reisewecker

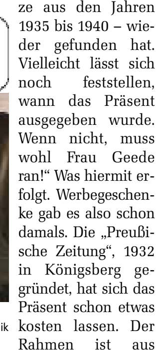
Bild: privat

Ein kleines Kapitel masurischer Geschichte, das uns Jolanda-Maria Möllenhoff hier vermittelt hat. Für das wir – und ganz besonders ich – ihr herzlich Dank sagen.

Einen erfreulichen Bericht erhielten wir von dem Kulturwart der Kreisgruppe Siegerland der LS Ostpreußen, Herrn **Frank Schneidewind**. In Folge 25 hatten wir seinen Hinweis auf die Schrift „60 Jahre Friedland" und die CD mit dem Glockengeläut der Friedlandglocke gebracht, die über das katholische Pfarrbüro St. Norbert in Friedland bezogen werden können. Eine erste Zuschrift kam von einem älteren Landsmann aus dem Heimatkreis Heilsberg, der Herrn Schneidewind Unterlagen über „Beiträge zur ostpreußischen Glockenkunde" übersandte: eine im Jahr 1919 von dem Baurat und Provinzialkonservator Prof. **Richard Dethlefsen** in Königsberg herausgegebene Schrift, in der eine Anzahl der in ostpreußischen Kirchen befindlichen Glocken beschrieben wird. Die Inschriften auf den Glocken sind ebenso vermerkt wie die Namen der Glockengießereien in ganz Deutschland. Auf den letzten Seiten der 25 Blätter umfassenden Dokumentation sind Abbildungen der Glockengrundrisse mit Angaben über ihren Standort in der Provinz zu finden. Einige Beispiele: Wormditt–Rathaus, Insterburg–Schloss, Balga–Kirche, Frauenburg–Dom mit gezeichneten Ornamenten. Ist diese Schrift schon eine großartige Fundgrube für Heimatchronisten, so zeigt sich das beigefügte Verzeichnis über den Verbleib ostpreußischer Glocken als weitere wertvolle Informationsquelle. Aufgeführt werden die Kirchengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland, in denen heute das Geläut ostpreußischer Glocken zum Gottesdienst ruft. Insgesamt sind 109 Glocken verzeichnet. So befindet sich im Glockenturm der katholischen Kirche St. Norbert in Friedland die große Glocke aus dem Frauenburger Dom neben der kleinen Glocke aus Welkersdorf in Schlesien und einer 1956 für diese Kirche gegossenen Glocke. Herr Schneidewind meint, dass diese ihm überlassenen Dokumentationen sicherlich für unsere Leserschaft interessant sein dürften, und da gebe ich ihm Recht. Er ist gerne bereit, auf schriftliche Anfrage Fotokopien der Unterlagen anzufertigen, ein sehr großzügiges Angebot, für das ich ihm im Namen unserer Ostpreußischen Familie danke. (Frank Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe)

Das kleine Bild „Siedlungsarbeit in Ostpreußen: Salzburger Auswanderer" in Folge 31 hat Herrn **Joachim Rebuschat**, Rinteln, zu einem Schreiben an unsere Ostpreußische Familie angeregt. Immer wieder werden Fragen nach Salzburger Vorfahren gestellt, sodass er vorschlägt, hier zur Information die Adressen für direkte Anfragen zu veröffentlichen. Den Wunsch erfülle ich gerne, zumal ich auch schon ähnliche Reaktionen auf das Bild zu verzeichnen habe. Also da ist zuerst einmal der Salzburger Verein e.V. – Vereinigung der Nachkommen salzburgischer Emigranten, Memeler Straße 35 in 33605 Bielefeld, Telefon (0521) 2994404 (dienstags 11–15 Uhr), Fax (0521) 2994405, E-Mail: salzburgerverein@online.de Außerdem gibt es seit Kurzem im Internet eine Informations- und Austauschliste, zu der alle Familien- und Geschichtsforscher, die sich mit den Salzburger Emigranten befassen oder sich für diese interessieren, herzlich eingeladen sind. Die Teilnahme ist kostenfrei, da die Moderation der Liste ehrenamtlich erfolgt. Eine Anmeldung sei jedoch erforderlich – so die Information von Herrn Rebuschat, der im Oktober zusammen mit Professor Dr. **Heinz Schürmann**, Bielefeld, eine Busreise nach Königsberg und auf die Kurische Nehrung leitet. (Joachim Rebuschat, 31737 Rinteln, E-Mail: rebuschat@web.de)

Noch einmal ein Dankeschön für die Übersendung der alten Originalfotos von Bischofsburg, diesmal von Herrn **Johannes Roweda** aus Troisburg, der sich nicht nur über das Bild freut, sondern auch über die Kontakte, die dadurch zu anderen Bischofsburgern entstanden sind. Solche „Fundsachen" machen unsere Familien-Kolumne interessant. Und da haben wir wieder etwas Besonderes: Einen Wekker, den Herr **Ulrich Wiegandt** im Nachlass seines Königsberger Onkels fand, und den er wieder zum Laufen brachte. Er sandte ein Foto an unsere Redaktion mit dem Vermerk: „Sicherlich ist es auch für Sie von Interesse, dass ein Leser der *PAZ* so ein Präsent – ich schätze aus den Jahren 1935 bis 1940 – wieder gefunden hat. Vielleicht lässt sich noch feststellen, wann das Präsent ausgegeben wurde. Wenn nicht, muss wohl Frau Geede ran!" Was hiermit erfolgt. Werbegeschenke gab es also schon damals. Die „Preußische Zeitung", 1932 in Königsberg gegründet, hat sich das Präsent schon etwas kosten lassen. Der Rahmen ist aus Bernstein. Das schöne Stück muss in der Staatlichen Bernstein-Manufaktur hergestellt worden sein.



Ruth Geede

Bild: Pawlik

Unter den vielen kleinen Anfragen querbeet durch unseren Familiengarten muss ich noch eine herausgreifen, die den grauen Regentag, der vor meinen Fenstern steht, ein wenig aufhellt. Da fragt eine Leserin nach dem bekannten ostpreußischen Spruch „von dem Ostpreußen nach rechter Art, der seinen Pelz bis Himmelfahrt trägt". Der bekannteste ist kurz, ein Vierzeiler, der bestätigt, dass der gute Mann ihn zu Johanni wieder anzieht. Es gibt viele Versionen dieser Kleiderordnung unserer vermeintlich „kalten Heimat", darunter eine plattdeutsche, in der es heißt: „Un deit em denn der Buuk noch weh, dänn drecht he em bis Barthlomä. Un fängt em denn to friere an, denn treckt er em von vorne an." Der Bartholomäustag ist der 24. August! Das Rezept könnte man in diesem verhubberten Sommer auch hierzulande anwenden!

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aufgrund eines technischen Fehlers hatte Frau Geede zwei Postfächer, von denen nur eines abgerufen worden ist. Falls auf Ihre E-Mail keine Resonanz erfolgte, bitten wir um erneute Kontaktaufnahme.

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Heiligelinde in neuem Kleid

Berühmte Wallfahrtsbasilika in Ostpreußen renoviert – Statt in den Farben des Vatikans nun in Rosarot

Nach mehreren Jahren Arbeit an der berühmten Basilika von Heiligelinde ist die Renovierung des Inneren und der Orgel abgeschlossen worden. Auch die Fassade der Wallfahrtskirche im „Tschenstochau Ostpreußens" erstrahlt wieder im alten Glanz – und in ursprünglicher Farbigkeit. Bei der Renovierung kamen neuartige Methoden zur Anwendung, welche die Schönheit über eine lange Zeit bewahren sollen – und nicht nur während einiger Touristensaisons.

Der Farbton der Vorderfront der dreischiffigen Basilika, ein Rot-Rosa, erweckt nach Zeitungsberichten viele Kontroversen sowohl unter den Pilgern als auch bei den irdischen Hausherren. Die Jesuiten könnten sich „schwer daran gewöhnen", schreibt die polnische Tageszeitung „Dziennik". „Als wir mit den Arbeiten begannen, wussten wir, dass die Kirche in den 80er Jahren auf gelb-weiß umgemalt worden war, um dem Papst und Polen die Ehre zu erweisen", erklärte die Denkmalpflegerin Justyna Dzieciatkowska der polnischen Presseagentur. Auf der Vorderfassade der Kirche hatten sich jedoch viele Spuren des originalen Farbtons erhalten, sodass ihr die ursprüngliche Farbe aus der Barockzeit wiedergegeben werden konnte. „Davon musste man allerdings die Jesuiten überzeugen – das war nicht leicht", räumte sie ein.

Die restliche Fassade der Kirche ist noch immer gelb. „Wir gehen davon aus, dass wir in diesem und im nächsten Jahr das ganze Äußere der Kirche renovieren und konservieren können. Die Arbeiten in Heiligelinde gehen aber wohl noch etwa fünf Jahre", so der Wirtschafter der Jesuiten, Pater Ryszard Frydrych.

> Die Orgelbauer arbeiteten Tag und Nacht, auch im Winter

Die Fresken im viereckigen Kreuzgang waren in einem derart schlechten Zustand, dass man nach einem Sturm hingehen und sie mit Handfeger und Schaufel vom Boden auffegen konnte, berichteten Denkmalpfleger. An vielen Stellen mussten die abgeplatzten Teile erst von den Steinfliesen gerettet werden.

Im reich verzierten Inneren der Kirche wurden der fast 20 Meter hohe Hauptaltar von 1719 – der größte im südlichen Ostpreußen – sowie die Orgel restauriert. Im Hauptaltar eingebettet befindet sich an einem Ehrenpaltz ein Bild der Gottesmutter Maria. Ihr silbernes Kleid von 1720 ist durch den Goldschmied Samuel Grew aus Königsberg gefertigt worden.

Der Blasebalg der Orgel war in einem beklagenswerten Zustand. Orgelbauer Michał Klepacki verwendete zu seiner Erneuerung 50 Quadratmeter Lammleder. Die Orgelpfeifen wurden in der Bundesrepublik renoviert. Auch sämtliche beweglichen Figuren an der Orgel sind wiederhergestellt. „Wir haben nachts und im Winter gearbeitet und oft mussten wir die Kirche heizen, damit der Kleber trocknet", berichtete Klepacki.

Die Renovierung der Wallfahrtskirche Heiligelinde, in einem Talgrund etwa zwischen Rastenburg und Rössel gelegen, kostete bisher über 2,5 Millionen Euro. Der Legende nach schnitzte ein zum Tode Verurteilter aus Rössel einst des nachts eine Marienstatue. Als die Richter diese sahen, ließen sie den Mann frei. Die Verehrung der Gottesmutter in Heiligelinde geht auf das Jahr 1300 zurück. *Christian Rudolf*


Perle Masurens: Die Barock-Basilika Heiligelinde

Bild: Wikipedia/Südstädter

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Führer, Vera, aus Allenstein, jetzt Schmilauer Straße 130, 23909 Ratzeburg, am 26. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Abrulat, Anna, geb. **Heisel**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Turmstraße 39, 07381 Pößneck, am 27. August

Naujoks, Helene, geb. **Strasdat**, aus Lasdehnen und Dittlakken, Kreis Insterburg, jetzt Marschstraße 7, 31626 Haßbergen, am 28. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Liegener, Irmgard, geb. **Schönrock**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, jetzt 31515 Wunstorf, am 25. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Möller, Hedwig, geb. **Czaplinski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Fliederstraße 7, 23558 Lübeck, am 22. August

Schmidtke, Ernst, aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Haus-Vorster-Straße 43, 51379 Leverkusen, am 23. August

Witt, Wilhelm, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Ottjen-Alldag-Straße 32, 28277 Bremen, am 23. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

De la Chaux, Emil, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Am Lindele 67, 73230 Kirchheim-Teck, am 27. August

Kenze, Waltraud, aus Dirschau, Westpreußen, jetzt Alter Postweg 308, 28207 Bremen, am 23. August

Minx, Siegfried, aus Köslin, Pommern, jetzt Herderstraße 8, 40882 Ratingen, am 26. August

Nadobnik, Erna, geb. **Kohnke**, aus Medenau, Kreis Samland, jetzt Nordstraße 34, 44629 Herne, am 23. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Floß, Hildegard, geb. **Kraninger**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Möllersweg 10, 44799 Bochum, am 28. August

Gerschewski, Hans, aus Ramsau, Kreis Allenstein, jetzt Vulkaneifelstraße 23, 56727 Mayen, am 25. August

TERMINE DER LO

Jahr 2011

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Nitzko, Siegfried, aus Lyck, Abbau, jetzt 38899 Trautenstein, am 27. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Samland, jetzt Bahnhofstaße 17, 29640 Schneverdingen, am 24. August

Gawlik, Irmgard, geb. **Schaefer**, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Reginharstraße 30, 51429 Bergisch Gladbach, am 25. August

Greben, Johanna, geb. **Czymoch**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Dransfelder Straße 26, 37079 Göttingen, am 27. August

Lilge, Christel, geb. **Machmüller**, aus Tapiau, Oberhaberberg 102, und Königsberg, Hasselstraße 5, jetzt Seniorenresidenz, Am Schloßsee 5, 24960 Glücksburg, am 25. August

Niederhoff, Gertrud, aus Ebenrode, jetzt Röntgenstraße 34, 21365 Adendorf, am 22. August

Olbrisch, Sabine, geb. **Sterner**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bürgermeister-Drews-Straße 53, 24119 Kronshagen, am 25. August

Rausch, David, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Ringofen 3, 41363 Jüchen, am 24. August

Rohmann, Emmi, geb. **Kristan**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt 42369 Wuppertal, am 23. August

Sobottka, Hildegard, geb. **Rogalla**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Straße der Befreiung 40, 19079 Banzkow, am 28. August

Wahl, Ernst-Karl, aus Neidenburg, jetzt Albanusstraße 21, 55128 Mainz, am 28. August

Wirsching, Hildegard, geb. **Skibba**, aus Lötzen, jetzt Sonderburger Straße 33, 51377 Leverkusen, am 25. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berschin, Gertrud, geb. **Gerull**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Eberhardstraße 12 A, 42853 Remscheid, am 26. August

Dergewitz, Ida, geb. **Leimann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lüntenbecker Weg 101, 42327 Wuppertal, am 22. August

Herbst, Willi, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Körnerstraße 19, 24103 Kiel, am 26. August

Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt 17153 Gülzow, am 26. August

Krüger, Gertrud, geb. **Kraudszun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Westendstraße 8, 12557 Berlin, am 26. August

Kussin, Willi, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Am Kirchberg 12, 14778 Schenkenberg, am 23. August

Pengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lyonel-Feininger-Straße 5, 12627 Berlin, am 22. August

Ruhr, Elise, geb. **Dank**, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, jetzt Kiekenbrink 40, 32457 Porta Westfalica, am 22. August

Schenk, Klaus, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Lärchenweg 2, 55494 Rheinböllen, am 27. August

Spiegel, Elsbeth, geb. **Kottowski**, verw. **Haberlan**, aus Lissen, Kreis Lyck, jetzt 20144 Hamburg, am 26. August

Westmeier, Grete, geb. **Rehse**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Ottostraße 64, 58332 Schwelm, am 28. August

Wiese, Herbert, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Dr.-Löffellad-Straße 11, 86609 Donauwörth, am 27. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bräuer, Karl-Fritz, aus Königsberg, Steinstraße 9, jetzt Wehrhausweg 43, 53227 Bonn, am 28. August

Jablonowski, Kurt, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Aegidiendamm 5, 30169 Hannover, am 28. August

Rohmann, Eduard, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, jetzt 37574 Einbeck, am 27. August

Schäfer, Elsa, geb. **Koslowski**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt 21031 Hamburg, am 24. August

Speer, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Berger Straße 5, 19357 Dallmin, am 22. August

Storm, Hertha, geb. **Bade**, aus Lyck, Yorkplatz 1, jetzt 14195 Berlin, am 27. August

Walendy, Alfred, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Westenfeld 42, 31604 Raddestorf 1, am 28. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballay, Erich, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerhart-Hauptmann-Weg 12, 45701 Herten, am 22. August

Barz, Kurt, aus Schützort, Kreis Ebenrode, jetzt Straße der Einheit 12, 14913 Niedergörsdorf, am 27. August

Bast, Frieda, geb. **Klein**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Dornbusch 17, 38259 Salzgitter, am 28. August

Bönia, Maria, geb. **Rehaag**, aus Wernegitten, Kreis Heilsberg, jetzt Lausitzer Straße 13, 33378 Rheda-Wiedenbrück, am 28. August

Fisch, Dr. Bernhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Beckertal 6, 07646 Stadtroda, am 22. August

Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, jetzt Roßbachstraße 18, 59067 Hamm, am 26. August

Gehlhaar, Lieselotte, geb. **Kohn**, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hans-Christian-Möller-Straße 10, 25469 Halstenbek, am 26. August

Holzke, Friedrich, aus Mohrungen, jetzt Hoge Norde 2, 26892 Dörpen, am 25. August

Kompa, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Kattwinkelstraße 8, 42929 Wermelskirchen, am 23. August

Krukowski, Elfriede, aus Lyck, jetzt 44805 Bochum, am 27. August

Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Iltisstraße 10, 24143 Kiel, am 26. August

Liedicke, Martha, geb. **Schalwat**, aus Herringen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Stadtfeld 9, 39218 Schönebeck, am 25. August

Maertin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Willem-Barents-Straße 31, 18106 Rostock, am 27. August

Poltermann, Eleonore, geb. **Steinau**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Berliner Straße 17, 99091 Erfurt, am 7. August

Preuß, Elfriede, geb. **Rudzinski**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Westhäuser Straße 17, 99867 Gotha, am 26. August

Richter, Siegfried, aus Tilsit, jetzt Zossener Straße 93, 12629 Berlin, am 23. August

Rimkus, Kurt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Finkenweg 24, 79540 Lörrach, am 22. August

Saborowski, Herta, geb. **Weigel**, aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt 32312 Lübbecke, am 28. August

Siebert, Erna, geb. **Nowak**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Bachstraße 79, 40764 Langenfeld, am 28. August

Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Samland, jetzt Germaniastraße 5 B, 68782 Brühl, am 24. August

Waschkau, Charlotte, geb. **Dembowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Gartenstraße 272, 72074 Tübingen, am 24. August

Wieschollek, Gerhard, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Röntgenweg 17, 23611 Bad Schwartau, am 25. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bärens, Irmgard, geb. **Neumann**, aus Kirschdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt In den Weingärten 24, 64405 Fischbachtal, am 22. August

Döge, Hildegard, geb. **Skibba**, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Bahnhofstraße 35, 04668 Otterwisch, am 23. August

Dominik, Gerda, aus Narthen, Kreis Neidenburg, jetzt Im Schönblick 56, 72076 Tübingen, am 22. August

Fleischer, Eva, geb. **Kallweit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Réaumurstraße 63, 53125 Bonn, am 25. August

Giese, Edith, geb. **Ruibat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Franz-Mehring-Straße 2, 39576 Stendal, am 23. August

Glitza, Martha, aus Bludau, Kreis Neidenburg, jetzt Straße der Freundschaft 8 C, 17309 Nieden, am 25. August

Grampe, Gerda, geb. **Meiser**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Sandstraße 116, 45473 Mülheim, am 22. August

Hasse, Margarete, geb. **Bendzula**, aus Neidenburg, jetzt Kaiserstraße 3, 58332 Schwelm, am 23. August

Kästler, Brigitte, geb. **Paetsch**, aus Lindicken, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hartleifstraße 13, 58455 Witten, am 22. August

Kirchbach, Evelin, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, und Allenstein, jetzt Oidtmannhof 100, 41812 Erkelenz, am 25. August

Lemke, Helmut, aus Rudau, Kreis Samland, jetzt Randerathstraße 1, 50189 Elsdorf, am 26. August

Mäder, Werner, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, jetzt Bogenstraße 10, 21614 Buxtehude, am 25. August

Minx, Gerda, geb. **Brahmann**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Herder Straße 8, 40882 Ratingen, am 26. August

Ramforth, Irmgard, geb. **Cichy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Berninghausstraße 51, 44625 Herne, am 22. August

Schuff, Eva, geb. **Szielaski**, aus Treuburg, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt, am 28. August

Schulz, Waltraut, geb. **Harmgart**, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Hellbrookstraße 90, 22305 Hamburg, am 28. August

Seidel, Herta, geb. **Kossack**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Baum 17, 58099 Hagen, am 24. August

Striewski, Reinhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Lindemannsweg 2, 45891 Gelsenkirchen, am 26. August

Strümper, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Erlengrund 6, 73087 Bad Boll, am 28. August

Wilhelm, Edith, geb. **Kulessa**, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt 38486 Klötze, am 27. August

Wille, Hildegard, geb. **Schneider**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 26, 37154 Northeim, am 24. August



Pohl, Fritz, aus Mohrungen, und Frau Anita, geb. **Bienas**, jetzt Berliner Straße 1, 38312 Heiningen, am 25. August

Puchalski, Gerhard, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, und Frau Elfriede, geb. **Marzik**, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, jetzt Lucasstraße 9, 42653 Solingen, am 26. August

Renn, Horst, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, und Frau Ingrid, geb. **Mönch**, jetzt Stauffenbergstraße 37, 27755 Delmenhorst, am 22. August

Museumseröffnung

Russlanddeutsche in Detmold



Besuch von OMV und LO: (v. l.n.r.) Stephan Grigat, Dr. Katharina Neufeld, Michael Weigand Bild: PAZ

Der Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Landesverband NRW, Michael Weigand, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, zugleich Detmolder Ratsherr und Kreistagsabgeordneter, besuchten das neu eröffnete Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold.

Dr. Katharina Neufeld, Direktorin des Museums, führte die Gäste durch die Ausstellung. Beide zeigten sich beeindruckt von der vielschichtigen Konzeption und der tiefgehenden Wirkung des Gesehenen.

Gäste und Direktorin stimmten darin überein, dass das Wissen um die Siedlungsgeschichte der Deutschen in Russland zum reichhaltigen Bestand der deutschen Kulturnation gehört und für kommende Generationen bewahrt und wachgehalten werden muss. Gleiches gilt für Verfolgung und Leid der Deutschen in Russland nach der Oktoberrevolution von 1917 und insbesondere in der Stalin-Ära. Weigand und Grigat betonten, Deutsche aus Russland seien als Deutsche in Deutschland immer willkommen und zeigten ihre Anerkennung für die erfolgreiche Integration der Russlanddeutschen gerade in Lippe. *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 20. August, 14 Uhr, 3sat: Deutsche Spurensuche in Georgien.

Sonnabend, 20. August, 18.15 Uhr, Arte: Reportage Russland: Der streng geheime erste GAU.

Sonntag, 21. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 21. August, 19.30 Uhr, ZDF: Der Heilige Krieg (2)

Sonntag, 21. August, 21.45 Uhr, Arte: Liebte der Osten anders? Sex im geteilten Deutschland.

Montag, 22. August, 15 Uhr, Eins Festival: Mein Papa räumt die Minen weg.

Montag, 22. August, 22.45 Uhr, BR: Unsere 50er Jahre. Sehnsucht und Freiheit.

Dienstag, 23. August, 22.05 Uhr, MDR: Klein-Moskau in Karlshorst.

Dienstag, 23. August, 22.45 Uhr, ARD: Alarm am Hauptbahnhof – Stuttgart 21.

Mittwoch, 24. August, 15.30 Uhr, 3sat: Ludwig II. – Tod eines Märchenkönigs.

Mittwoch, 24. August, 17.45 Uhr, 3sat: Das Gold der Ostsee – Bernstein.

Mittwoch, 24. August, 19.30 Uhr, BR Alpha: Deutsche Spurensuche in Schlesien.

Donnerstag, 25. August, 20.15 Uhr, 3sat: Hitlers Todesbrigaden.

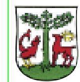
Donnerstag, 25. August, 22.45 Uhr, RBB: Meines Vaters Land.

Freitag, 26. August, 19.30 Uhr, BR Alpha: Deutsche Spurensuche im Gebiet Königsberg.

Freitag, 26. August, 23.30 Uhr, ARD: Der geköpfte Hahn. Heimatdrama um das Schicksal von vier jungen Siebenbürger Sachsen im Zweiten Weltkrieg.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Sonnabend, 24. September bis Sonntag, 25. September, Johanniter-Akademie, Weißenburg-Straße 60-64, Münster: **Nächstes Kreistreffen.** Programm: Sonnabend, 24. September: 15 Uhr Mitgliederversammlung, Totengedenken, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters Manfred Ruhnau, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Entlastung des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes. 18 Uhr gemeinsames Abendessen in der Kantine der Johanniter-Akademie, 19 Uhr geselliges Beisammensein.

Tag der Heimat 2011

Berlin – Der Bund der Vertriebenen lädt am Sonnabend, 27. August ins Internationale Congress Centrum Berlin, Neue Kantstraße/Ecke Messedamm zum diesjährigen Tag der Heimat ein. Das Motto lautet: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Der hessische CDU-Politiker Roland Koch erhält die Ehrenplakette.

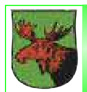
Sonntag, 25. September: 8.30 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche Metzer Straße, Zelebrant: Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. Die evangelischen Landsleute sind herzlich dazu eingeladen. 10.30 Uhr „Festliche Stunde“ im Saal neben der Rezeption in der Johanniter-Akademie, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Totengedenken und Grußworte, Festvortrag Herbert Monkowski über „Ermländische Geschichte und die Gegenwart“ (Erlebnisse dargestellt mit Bildern aus 2010). 14 Uhr, Der Vorstand gibt Auskunft über Vorhaben und die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft. Anschließend geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und Zeit für Gespräche. Abmeldung zum Kreistreffen am 25./26. September in Münster mit Hotelzimmer-Reservierung bitte direkt vornehmen bei der Johanniter-Akademie, Telefon (0251) 97 230 145.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

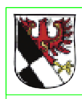
Neuer Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) – Zum diesjährigen Hauptkreistreffen im Marstall in Winsen (Luhe) am 9./10. Juli 2011 hatten sich erfreulich viele Mitglieder eingefunden um den bevorstehenden Wechsel im Vorstand mitbestimmen zu können und natürlich alte Bekannte, Freunde und Verwandte wiederzusehen. Nachdem den zurückgetretenen Vorstandsmitgliedern Brigitte und Martin Heyser von den Kreistagsmitgliedern Petra Rübke und Margarete Malchow mit treffenden Worten und Blumensträußen gedankt worden war und Herr Heyser auch der langjährigen Kassenprüferin Frau Lorenzen und weiteren Mitarbeitern seinen Dank ausgesprochen hatte, konnte zu den Neuwahlen geschritten werden. Kreisältester Günther Papke wurde gebeten, seine ruhende Tätigkeit wieder aufzunehmen und die Wahl des neuen KV zu leiten, was er dankenswerter Weise auch übernahm. Da für alle vier Vorstandsämter nur jeweils ein(e) Kandidat(in) zur Verfügung stand, wurden alle im ersten Wahlgang gewählt: Kreisvertreter Dr. Gerhard Kuebart, 1. Stellvertreter Helmut Perrey, 2. Stellvertreterin Elsbeth König, Kassenwart Gert D. Brandstäter. In der ersten Vorstandssitzung wurden Daniela Wiemer als Schriftleiterin gewählt sowie Dietrich Link als redaktioneller Mitarbeiter. Frau König hat ihr Amt als Kirchspielvertreterin von Bilderweiten wieder aufgenommen, Herr Helmut Wiemer ist wieder Kirchspielvertreter von Rodebach. Gemeinsam mit der KG Schlossberg (Pillkallen) wurde am Ehrenmal unserer Toten gedacht und ein Kranz niedergelegt. Die Heimatstube in der Rote-Kreuz-Straße 6 war geöffnet und fand regen Zuspruch. Insbesondere zur Familienforschung haben sich neue Kontakte ergeben. Erinnerungsstücke an die Heimat werden gerne entgegengenommen und gesammelt. Die neue Anschrift der Kreisgemeinschaft lautet KG Ebenrode (Stallupönen) c/o Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo Telefon (05261) 88139.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Delegierten- und Kreistagssitzung in Bad Nenndorf – Freitag, 16. September bis Sonntag, 18. September 2011, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798 110: Einladung zur Mitgliederversammlung der früheren Bewohner des Kreises Niederung / Elchniederung und Kreistreffen von Freitag, 16. September, ab 14 Uhr, Eröffnung des Tagungsbüros und Treffen im Restaurant. Geplanter Ablauf: Gleichzeitig Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung im „Hufeland-Raum“. Von 16 bis 18 Uhr Film und/oder Diavorträge im „Agnes-Miegel-Raum“. Am Sonnabend, 17. September, öffnet das Tagungsbüro um 9 Uhr, Film- und Dia-Vorträge ab 10.30 Uhr. Außerdem können mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden. Um 12 Uhr Mittagessen im Restaurant. Um 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung, Begrüßung durch den Kreisvertreter und Totenehrung sowie Grußworte vom Patenkreis Grafschaft Bentheim. Bericht des Versammlungsleiters des Kreistages. Grußworte der Kirchspielvertreter. Gegen 16 Uhr Ehrungen, Wahl eines Kirchspiel-Vertreters. Nach Ostpreußen-Lied und Schlussworten des Kreisvertreters ist gemütliches Beisammensein und Plachandern angesagt. Am Abend ist musikalische Unterhaltung vorgesehen.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldaper Heimattreffen 2011 in Stade – Programm: Freitag, 9. September, 18 Uhr Wiedereröffnung Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 A, 21680 Stade. Begrüßung: Stephan Grigat, Kreisvertreter, für die Kreisgemeinschaft Michael Roesberg, Landrat, für den Landkreis Stade. Festansprache: Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Anschließend Empfang. Sonnabend, 10. September, alle Veranstaltungen im Hotel „Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade. 9.30 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages sowie gewählte Ortsvertreter), 11.30 Uhr Kreisversammlung (Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft), 13 Uhr Mittagspause. Es besteht die Möglichkeit zum Transfer ins Patenschaftsmuseum, 16 Uhr Festveranstaltung, Begrüßungsansprache: Stephan Grigat, Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, Zwiegespräch zwischen Enkelin und Großmutter „Ach, wie war es doch in der Heimat so schön“, Nele Dehmel und Renate Bergmann. Vortrag: Dieter Zeigert, „Verschwundene Gleise: Die Kaiserbahn zwischen Goldap und Szittkehmen“, Ehrungen, Ostpreußenlied. Nachmittags: Manfred Zink stellt im Hotel „Vier Linden“ die Ergebnisse seiner Forschungen zu verschiedenen Goldaper Firmen aus, 20 Uhr Heimatabend mit buntem Programm. Zum Tanz spielt Dieter Kohn. Einlass ab 19.30 Uhr, die Musik spielt bis 24 Uhr. Sonntag, 11. September, 9.30 Uhr Abfahrt Bustransfer vom Hotel „vier Linden“ zur Kirche St. Wilhadi. 10 Uhr: Ev.-luth. Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi, Predigt: Pastorin Claudia Brandy, danach Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen, 11 Uhr: Öffnung des Saales im Hotel „Vier Linden“, 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade, Begrüßung: Stephan Grigat, Kreisvertreter, Grußwort der Patenschaftsträger, Totenehrung: Stephan Grigat, Kreisvertreter, Gedichtvortrag „Es war ein Land“: Gertrud Baumann, Festansprache: Hubertus Hilgendorff, Vorsitzender des Trägervereins ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum, Ostpreußenlied, Nationalhymne. Musikalische Umrahmung: Frauenchor Frohsinn, Ahlerstedt, und Goldaper Bläserkreis. Ab 12.15 Uhr steht der Bus bereit zum Rücktransport in das Hotel „Vier Linden“, 13 Uhr Hauptkreistreffen. Gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein im Hotel „Vier Linden“, ab 14 Uhr „Ostpreußisch Platt“ mit Gertrud Braumann, Anna-Eliese Färber und Dieter Mau, Ausklang. Brigitte Karow ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot während aller Veranstaltungen im Hotel „Vier Linden“ für Sie da. Das Patenschaftsmuseum Goldap / Ostpreußen, Harsefelder Straße 44A in Stade öffnet Sonnabend von 10 bis 16 Uhr und Sonntag von 9 bis 13 Uhr.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lycker Treffen am 27. und 28. August 2011 in Hagen – Es wird noch einmal daran erinnert, dass am letzten Wochenende dieses Monats das jährliche Lycker Kreistreffen in der Stadthalle von Hagen in Westfalen stattfindet. Die wichtigsten Veranstaltungspunkte sind: Am Samstag, 27. August, 17 Uhr, die Kranzniederlegung an den Steinen im Stadtgarten. Um 19 Uhr Gemütliches Beisammensein in der Stadthalle. Am Sonntag, 28. August, 11 Uhr die Feierstunde und danach das eigentliche Treffen in der Stadthalle. Der Arbeitskreis „Mittlere Generation“ trifft sich um 13 Uhr im Clubraum der Stadthalle. Alle Lycker aus Stadt und Land sind eingeladen, nach Hagen zu kommen, um ein Bekenntnis zu unserer Heimat abzulegen. Daneben besteht Gelegenheit, alte Bekannte wieder zu treffen.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.



MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Ewald Rugullis, Steinauer Straße 77, 40721 Hilden, Tel. (02103) 40594.

Vergessene Regionen. Das Memelland – Kulturelle Vielfalt in einer Grenzregion – Am Donnerstag, 23. Juni, fand in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin eine Veranstaltung über die Geschichte des nordöstlichen Teils der historischen Provinz Ostpreußen statt. Sie gehörte zu der Reihe „Vergessene Regionen“, in der das Deutsche Kulturforum östliches Europa in lockerer Folge Gebiete im östlichen Europa vorstellt, die entweder schon immer im Windschatten des Weltgeschehens lagen oder die aufgrund der politischen Entwicklung der letzten hundert Jahre aus dem Bewusstsein einer großen Öffentlichkeit verschwunden sind. Das Interesse und die Neugier an diesen Themen, bei denen es oft Neues zu entdecken gibt, ist groß und auch an diesem Abend war trotz schlechtem Wetter der Saal voll. Die Region, um die es an diesem Abend ging, wurde wegen des hohen Anteils der Litauer an der Bevölkerung auch Kleinlitauen genannt. Allgemein bekannter ist der Teil des Gebietes nordöstlich der Memel, das Memelland. Nach der Begrüßung durch Frau Dr. Kretschmer als Vertreterin des Freistaats Sachsen und Dr. Doris Lemmermeier, Direktorin des Deutschen Kulturforums östliches Europa, verlas Dr. Ruth Leiserowitz, stellvertretende Direktorin des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, das Grußwort des litauischen Botschafters. Dieser stellte die Bedeutung Kleinlitauens „als die Wiege der litauischen Literalität“ heraus. „Hier wurde zum ersten Mal die Bibel ins Litauische übersetzt und die erste Grammatik der litauischen Sprache verfasst.“ In Kleinlitauen schrieb schließlich Christian Donalitius (1714–1780) das Poem „Die Jahreszeiten“, das erste Werk litauischer Literatur. In der ersten Hälfte des Abends stellten drei Vorträge verschiedene Aspekte der Geschichte und Kulturgeschichte der Region vor. In ihrer historischen Einführung skizzierte Frau Leiserowitz die besondere Situation des nordöstlichen Teils von Ostpreußen, der überwiegend zweisprachig (deutsch und litauisch) war. Die Region wurde im Ersten Weltkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen und Hunderte von Zivilisten ins Innere Russlands und nach Sibirien ver-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

schleppt. Das Gebiet nordöstlich der Memel kam nach dem Krieg zunächst unter französische Verwaltung und wurde 1920 von Litauen besetzt. Damals entstand auch erstmals der Begriff „Memelland“. In der Zwischenkriegszeit ließen sich viele Juden aus Litauen hier nieder, die dann nach der Besetzung des Deutschen 1939 nach Litauen flüchteten. Ende des Zweiten Weltkriegs verhinderten die von der Wehrmacht gesprengten Brücken über die Memel die Flucht der Deutschen nach Westen. Das Memelland war nicht Gegenstand der Potsdamer Konferenz und dort fand auch keine Vertreibung der Deutschen statt. Leiserowitz ging auch auf das Weiterleben von Traditionen nach 1945 ein. Dr. Silva Pocyte stellte die Identität der Kleinlitauer nach 1871 innerhalb des Deutschen Reiches und nach 1923 innerhalb des neu gegründeten Nationalstaates Litauen vor. Die Kleinlitauer, evangelisch und loyal gegenüber dem deutschen Kaiser, fühlten sich nach der Reichsgründung als ethnische Minderheit diskriminiert. In der Zwischenkriegszeit bewirkte die unterschiedliche religiöse und kulturelle Prägung – hier protestantisch deutsch, dort katholisch polnisch bzw. russisch – Schwierigkeiten zwischen Klein- und Großlitauern. Die Kleinlitauer standen zwischen den Deutschen und den Großlitauern. Der Vortrag von Eva Pluhárová-Grigiene befasste sich mit fotografischen Illustrationen von deutsch- und litauischsprachigen Büchern über die Kurische Nehrung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre. Während die deutschen Illustrationen Distanz zu den als fremdartig und exotisch empfundenen Bewohnern der Nehrung zeigen, obgleich das Fremde als besonderer Reiz der Region empfunden wurde, versuchten die Litauer sie als Teil ihres Landes darzustellen. Die Instrumentalisierung solcher bildlicher Darstellungen zur Vermittlung politischer Vorstellungen bzw. Ansprüche fand vor allem nach dem Ersten Weltkrieg statt, als das Gebiet von Litauen besetzt war. Im zweiten Teil des Abends standen die Auswirkungen der Politik im 20. Jahrhundert auf das Leben einzelner Menschen und deren Schicksale im deutsch-litauischen Grenzgebiet im Zentrum. Der Film „Gustav J.“ von Volker Koepp aus dem Jahre 1973 porträtierte den 80-jährigen, im Grenzland zu Litauen geborenen Gustav J. Er ist ein sehr frühes Beispiel für die Methode der „oral history“ zur Vermittlung historischer Zusammenhänge für ein großes Publikum. Das Schicksal von Gustav J. – Ortswechsel wegen Arbeitssuche, Verschleppung nach Russland im Ersten Weltkrieg und Flucht nach Westen nach dem Zweiten Weltkrieg – ist typisch für das vieler Menschen seiner Generation aus Kleinlitauen. In einem Gespräch stellten anschließend Ruth Leiserowitz und Ulla Lachauer weitere Biographien aus der Zwischenkriegszeit und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vor, darunter auch die der Bäuerin Lena Grigoleit, die Ulla Lachauer in ihrem Buch „Paradiesstraße“ beschrieben hat. Im Unterschied zu ihr, die trotz hartem Leben mit ihrem Schicksal zufrieden war und viel zu erzählen wusste, haben die Lebensumstände die Moorbäuerin Erdmute Gerollis unfähig zu einer Kommunikation gemacht. Anhand von Fotografien familiärer Ereignisse in der Nachkriegszeit, die sie und Dr. Silva Pocyte in einem Forschungsprojekt gesammelt haben, erklärte Ruth Leiserowitz u.a. die Bedeutung kirchlicher Trauungen in einem atheistischen Staat. Die vom Pietismus geprägte religiöse Laienbewegung im Memelland hatte nach dem Zweiten Weltkrieg große Bedeutung für die Identität der Memelländer/Kleinlitauer. Die Teilnahme an einem Gottesdienst in einer Kirche konnte gerade für in der Verwaltung tätigen Menschen oder Lehrer problematisch sein. Die Gottesdienste der Stundenhalter (Laienprediger), die im Freien oder auch auf Friedhöfen stattfanden, zogen keine Konsequenzen staatlicherseits nach sich. *Claudia Tutsch*



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Gisela Harder (komm.), Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr.-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt.

Heimatkreis-Treffen der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. am 3./4. September 2011 in Morungen/ Sangerhausen – Morungen oder Mohrungen? Dieser kleine Unterschied in der Schreibweise gilt als nebensächlich, wenn sich am Wochenende 3./4. September die in ganz Deutschland verstreuten Mitglieder des Heimatkreises Mohrungen/Ostpreußen in Morungen bei Sangerhausen treffen. Die Ähnlichkeit der Schreibweisen der beiden Orte ist im beginnenden 14. Jahrhundert entstanden, als viele Harzer nach Ostpreußen auswanderten. Vielfach gaben sie der neuen Siedlung den gleichen oder ähnlichen Namen wie den in ihrer Heimat. So auch die „neuen“ Moruger, eine Gründung durch den Deutschen Ritterorden, die seit 1327 belegt ist. Jedoch schoben sie ein „Dehnungs-h“ ein, um die lang ausgesprochene erste Silbe herauszuheben. Das Programm beginnt am Samstag, 3. September, um 10 Uhr mit der Begrüßung der Teilnehmer durch Ingrid Tkacz und Gisela Harder im Morunger Bürgerhaus. Kulturreferentin Gisela Harder eröffnet die Ausstellung der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen im heute zu Polen gehörenden Morag, wie Mohrungen jetzt heißt. Gleichzeitig gibt es eine Bilderausstellung „1111 Jahre Morungen/Südharz“ vom Heimatverein Morungen zu sehen, begleitet durch Sylvia Büchel und Monika März. Anschließend besteht die Möglichkeit für die Teilnehmer, mit dem Bus Europas größtes Rosarium in Sangerhausen zu besuchen. Nach dem Mittagessen in der Sockenhalle schauen sich die Mohrunger den Ort unter sachkundiger Führung durch Mitglieder des Heimatvereins Morungen an. Für 16 Uhr sind Filme von Joachim Berg geplant: Ausschnitte vom Heimatkreistreffen 2010 in Bad Nenndorf sowie vom Umzug der 1111-Jahr-Feier 2010 in Morungen. Ab 17 Uhr Beginn der Mitgliederversammlung. Es schließen sich ein Grillabend (ab 18 Uhr) und ein gemeinsamer Heimatabend (19.30 Uhr in der Sockenhalle) der Morunger mit den Mohrungern an. Tanzmusik, Socken-Gedicht (durch Marlies Mirwald vorgetragen) sowie Schaueinlagen des Heimatvereins Morungen und von Besuchern des Heimatkreistreffens an. Das Sonntags-Programm beginnt um 9.30 Uhr in der Morunger Nikolai-Kirche mit einer Andacht, gehalten durch Pastorin Vogel. Für 10.30 Uhr ist in der Sockenhalle eine Feierstunde vorgesehen. Einige Programmpunkte neben Grußworten von Kreisvertretern und anderen Ehrengästen: Musikalischer Rahmen „Land der dunklen Wälder“, Ballade „Mo(h)rungen – eine uralte neue Geschichte“ von Elisabeth Krahn, Europa-Hymne „Freude schöner Götterfunken“. Heimatkundler Lutz Krause hält dabei die Festansprache „Von Morungen/Südharz nach Mohrungen/Ostpreußen“. Nach dem gemeinsamen Mittagessen klingt das Heimattreffen mit einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in der Sockenhalle aus. Der heutige Ort Morungen mit 180 Einwohnern und dem Ortsbürgermeister Hartmut Reinicke hat sich zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu der Kreisgemeinschaft Mohrungen entwickelt, worüber wir sehr erfreut sind. Alle, die an dieser Veranstaltung interessiert sind, sind herzlich eingeladen.



Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen 2011 – Das diesjährige Neidenburger Heimattreffen findet am Sonntag, 11. September, im RuhrCongress (Gelände der ehemaligen Ruhrlandhalle) in Bochum statt. Denken Sie bitte an diesen Termin und verabreden Sie sich mit Verwandten, Freunden, Bekannten, früheren Mitschülern und Nachbarn. Nähere Einzelheiten können Sie dem letzten Pfingstheimatbrief entnehmen. In diesem Jahr haben wir etwas Besonderes anzubieten. Nach dem Mittagessen, das in oben angeführten Veranstaltungsräumlichkeiten eingenommen werden kann, können Sie an einer kostenlosen Stadtrundfahrt durch Bochum teilnehmen. In einem bequemen Reisebus werden Sie in anderthalb Stunden die heute nach vielen Baumaßnahmen sich neu präsentierende Patenstadt, ohne einmal auszusteigen, erleben. Nehmen Sie dieses Angebot an. Sie werden überrascht sein. Die Heimatstube in Bochum-Werne, Kreyenfeldstraße 31 (altes Amtshaus) kann am Sonntag zwischen 13 und 16 Uhr besucht werden. Ein kostenloser Buspendelverkehr vom RuhrCongress zur Heimatstube ist vorgesehen. Am Vortag des Heimattreffens, Sonnabend, 10. September, findet gegen 14.30 Uhr, im Bildungs- und Verwaltungszentrum der Stadt Bochum, Gustav-Heinemann-Platz (hinter dem Rathaus) 2. Etage, Zimmer 2083, die öffentliche Kreistagsitzung statt. Die Mitglieder des Kreistages erhielten bereits durch den Kreisvertreter gesonderte Einladungen. Der Vorstand hofft auf eine starke Beteiligung.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Ausstellung „Juden in Tilsit“ in Kiel. – Als im vergangenen Jahr im Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museum die Ausstellung „Juden in Tilsit“ gezeigt wurde, rief das bei den alten Tilsitern großes Interesse hervor. Die Stadtgemeinschaft Tilsit war der Meinung, dass diese Ausstellung auch in Deutschland, und zwar in Kiel, der Patenstadt von Tilsit und Partnerstadt von Sovetsk, gezeigt werden müsse. Nun war es so-

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

weit. In der repräsentativen Wandelhalle des Kieler Rathauses fand die festliche Eröffnung statt. Der stellvertretende Stadtpräsident Rainer Tschorn bezeichnete in seiner Eröffnungsrede die Schau als einen Teil „wichtiger Erinnerungskultur“. Die Vorsitzende des Vereins „Juden in Ostpreussen“, Dr. Ruth Leiserowitz, erläuterte den Aufbau der Ausstellung. Auf 40 großen Foto- und Texttafeln wird dokumentiert, welches rege jüdische Leben in Tilsit herrschte. Jahrhunderte hatten jüdische Bürger das Stadtbild entscheidend mitgeprägt. Sie spielten eine große Rolle in Wirtschaft und Kultur. Sie

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

waren vor allem als Kaufleute bekannt und vermittelten die Handelsgeschäfte mit dem Osten – bis 1933 die systematische Vertreibung begann und im Sommer 1942 die letzten zirka 300 Frauen, Männer und Kinder deportiert und umgebracht wurden. Tilsit, das heute Sovetsk heißt, ist seit 1992 die Partnerstadt von Kiel. Sovetsk bekomme durch die Ausstellung einen Teil seiner Geschichte zurück, betonte Joshua Pannbacker, der als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Kiel zu den Ehrengästen der Eröffnungsveranstaltung gehörte. Im Mittelpunkt der Fotoschau stehen neben dem historischen Abriss jüdischen Lebens vor allem viele Einzelschicksale von Personen, die zum großen Teil namentlich bekannt sind. Michael Leiserowitz machte auf Fotos aufmerksam, die seinen Onkel Herbert und seine Tante Erika aus Tilsit zeigen, Sie emigrierten über Schanghai nach Amerika. Unter den Anwesenden war auch Dov Bernhard Galmor-Geier, der Enkel von Bernhard Laks aus Tilsit. „Ich bin jetzt so alt wie er, als er von der SS erschossen wurde“, berichtete er mit bewegter Stimme. Als Vertreter der Stadtgemeinschaft Tilsit wünschte Ingolf Koehler der Ausstellung einen vollen Erfolg. Mit der Herausgabe der Broschüre „Es begann in Tilsit“ habe die Stadtgemeinschaft begonnen, über das Leben und Schicksal Tilsiter Juden zu berichten und eine Wissenslücke zu schließen. Die Veranstaltung schloss Uwe Rada mit einer Lesung aus seinem Buch „Die Memel“ ab. Die Ausstellung ist noch bis 26. August von 8 bis 18 Uhr geöffnet.



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Wahlaufruf für die Kreistagswahl 2011 – Gemäß § 9 Absatz 6, 7 und 8 der Satzung der Kreisgemeinschaft Wehlau e. V. werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft aufgerufen, den Kreisvertretung, die sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzt, neu zu wählen und hierzu das Wahlrecht auszuüben. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau mit Vollendung des 18. Lebensjahres am Wahltag. Mitglieder sind alle Angehöriger der Kreisgemeinschaft Wehlau, die mit ihrer Stimmabgabe anlässlich der Kreistagswahl 1999 eine Willenserklärung abgegeben haben, Mitglied der Kreisgemeinschaft Wehlau e. V. zu werden. Darüber hinaus haben die Angehörigen der Kreisgemeinschaft den Status eines Mitgliedes erworben, die in den letzten Jahren einen Aufnahmeantrag gestellt haben. Sollten Sie an der Wahl teilnehmen wollen, sind aber noch kein Mitglied, reichen Sie uns bitte zusammen mit der Anforderung der Wahlunterlagen den ausgefüllten Aufnahmeantrag von Seite 77 dieses Heimatbriefes ein oder fordern Sie schriftlich oder telefonisch beim Vorsitzenden des Wahlausschusses Uwe Koch, Schobüller Straße 61, 25813 Husum, Telefon (04841) 663640, einen Aufnahmeantrag an. Sie erhalten dann zusammen mit Ihrem Mitgliedsausweis auch die Wahlunterlagen für die Briefwahl. Die Teilnehmer an der persönlichen Wahl in Bad Nenndorf haben die Möglichkeit, vor Ort und vor der Stimmabgabe ihren Aufnahmeantrag einzureichen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Landesdelegierten- und Kulturtagung 10.-11. September 2011, Hotel Wartburg, Langestraße 49, 70174 Stuttgart, Telefon (0711) 20450, Landesdelegiertentagung: 10. September, Beginn: 10 Uhr mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht und Entlastung. Damit die Delegiertentagung ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, bitten wir die Gruppenvorsitzenden um vollzähliges Erscheinen, beziehungsweise um Entsendung eines Delegierten aus ihren Gruppen. Ende der Delegiertentagung zirka 13 Uhr mit dem gemeinsamen Mittagessen. **Landeskulturtagung** 10. bis 11. September, Hotel Wartburg, Beginn Sonnabend, 10. September. 14 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Stribrny „950 Jahre Haus Hohenzollern“. Es folgt ein Vortrag mit Bildern von Rosemarie S. Winkler, 2. Landesvorsitzende: „Gisela von der Groeben, ein Lebensbild“, danach sehen wir einen DvD-Film über das Deutschlandtreffen 2011 in Erfurt. Der Sonnabend klingt mit einem kulturellen Heimatabend aus, Rosemarie S. Winkler nimmt die Teilnehmer mit auf eine „Musikalische Reise durch Deutschland“, begleitet von Ralph Demski am Klavier. Sonntag, 11. September 2011, 9.30 Uhr Fortsetzung der Landeskulturtagung im Hotel Wartburg. Irma Barraud, Lahr, spricht das „Wort zum Sonntag“. Anschließend folgen zwei Vorträge mit Bildern: Christian Joachim, 2. Landesvorsitzender LOW Bayern: „Das wunderliche ABC – eine Ponather Familiengeschichte“ und Ulla Gehm, Landeskulturreferentin: „Entwicklung der Schulgeschichte in Ostpreußen am Beispiel Schlossberg“. Ende der Tagung: Sonntag, 11. September 2011, zirka 13Uhr. Delegierte und Gäste sind an beiden Tagen herzlich eingeladen. Übernachtung im Hotel Wartburg. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 85 40 93.

Stuttgart – Mittwoch, 7. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Monatstreffen der Kreisgruppe. Klaus-Peter Okun referiert in einem Bildervortrag über „Ostpreußenflieger“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

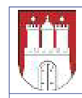
Landesverband – Donnerstag, 25. August, 14 Uhr, Hans-Rosenthal-Haus, Blochener Straße 5, 14167 Berlin-Zehlendorf, S1 Bahnhof Sundgauer Straße, Bus 184 Blochener Straße: Patenschaftstreffen des Bezirkes Zehlendorf mit der Landsmannschaft Ostpreußen Berlin.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Vor einem Jahr luden wir zu einem ersten Treffen eines „Gesprächskreises – Kinder in Flucht und Vertreibung“. Eingeladen waren alle „Vertreibungskinder“ (nicht nur Westpreußen und Ostpreußen), die einmal erzählen wollten, wie sie das Ende des Krieges als Kind erlebt hatten, wie es ihnen später gelungen war, damit umzugehen und warum dieser Lebenseinschnitt für sie immer noch keinen Abschluss gefunden hat. Wir stellten fest, dass sich ein solches Angebot von sonstigen Veranstaltungen unserer Landsmannschaft deutlich unterscheidet. Es wurde aber von denen, die gekommen waren, auch begrüßt, weil es ihnen gut tat, über diese Ereignisse und Prägungen einmal im Kreise von Schicksalsgefährten und wohlmeinenden Zuhörern sprechen zu können. Alle stimmten in der Auffassung überein, dass es für eine Folgeveranstaltung noch besser sei, wenn eine Persönlichkeit anwesend ist, die als Mediator einen Ausgleich bei schwierigen Gesprächsmomenten findet. Wir hoffen, nach langem Suchen eine solche Person gefunden zu haben. Daher sehen wir uns nun in der Lage, eine Folgeveranstaltung am Donnerstag, 25. August, um 16 Uhr im Hotel zur Post – Großer Salon, anzubieten. Am 11. August endet die Sommerpause der Geschäftsstelle und es beginnt der Vorverkauf für den diesjährigen „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken“ im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen, Termin: Sonntag, 4. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr: Sommerausklang heißt in diesem Jahr, dass wir, instrumental begleitet von Frau Bielski, selbst jahreszeitlich passende Lieder singen werden. Daneben ist Zeit zum Plachandern und Einkaufen an unserem Büchertisch. Herr Stobbe aus Oldenburg ist eingeladen, um Geschichten und Anekdoten rund um die westpreußische Spirituosen-Spezialität „Stobbe-Machandel“ aus Tiegenhof, Großes Werder, zu erzählen; eine Ostdeutsche Spezialität, die von seinen Vorfahren erfunden und zuletzt von ihm selbst in Oldenburg hergestellt wurde. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit einem traditionellen „Stobbe Machandel“! Die jahreszeitlich passenden ostpreußischen Traditions-Gerichte „Beetenbartsch“ und „Schmandschinken“ werden wieder durch die hauseigene Küche nach Angaben unserer Frau Richter zubereitet. Es gelten die folgenden unveränderten Preise (einschließlich „Stobbe-Machandel“): Eintritt und Essen (Schmandschinken) 19 Euro, Eintritt und Essen (Beetenbartsch) 14 Euro, Eintritt und Essen (fleischloser Gemüseteller) 16 Euro. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle unter Benennung des Speisewunsches ist erforderlich. Der Vorverkauf hat am 11. August begonnen. Sie können sich aber auch ab sofort schriftlich oder telefonisch auf Anrufbeantworter Telefon (0421) 3469718 anmelden und den Betrag überweisen. Die Anmeldung gilt dann ab Eingang des Betrages auf unserem Konto Nr. 1080514, Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01. Heinrich Lohmann, Vorsitzender, Telefon (0421) 36196704, E-Mail: heinrich.lohmann@staatsanwalt.bremen.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 27. August, 7.45 Uhr, ZOB Hamburg (Abfahrt): Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „**Tag der Heimat“ im ICC Berlin.** Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung.“ Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304 oder unter Telefon (040) 346359 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8.

Referat Kultur: Sommerfest der Landesgruppe Hamburg mit der bekannten Akkordeonspielerin Edith Neuring. Es werden Heimatlieder, Volkslieder und maritime Döntjes gespielt und gesungen. Mitsingen mutiger Landsleute ist erlaubt. Desweiteren wird das Programm durch heimatliche literarische Vorträge bereichert. Der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel berichtet über seine Reise nach Allenstein / Ostpreußen. Durch die Veranstaltung führt Siegfried Grawitter (Kulturreferent) Telefon (040) 205784. Wann: Sonnabend, 3. September, 14 bis 17 Uhr (Saaleinlass ab 13 Uhr), Wo: Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg (S- und U-Bahnstation Ohlsdorf plus 5 Minuten Fußweg).

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. August, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 7. September, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatkreisgruppe, Vortrag „Kulturgeschichte Ostpreußen". Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Für Rückfragen steht Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585, zur Verfügung.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 3. September, 10.30 Uhr: Tag der Heimat. Treffen mit den anderen Landsmannschaften zur Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Waldfriedhof.

Kassel – Dienstag, 6. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Schulleiter i. R. Helge Tismer liest sommerliche und herbstliche Texte aus alten Schulbüchern. Beim ersten Treffen nach der Sommerpause informierte der Ostpreußenfreund Dr. Holger Tubbesing über die „Weltpolitik der letzten 100 Jahre". Bevor der Referent die Anwesenden mit den wichtigen historischen Tatsachen vertraut machte, lenkte er den Blick auf seinen Werdegang und die Voraussetzungen für eine wertebezogene, ehrliche Geschichtsbetrachtung. Geprägt durch ein christliches Elternhaus, in dem die Gespräche oft um die schicksalhaften Jahre kreisten, wuchs der spätere Augenarzt schon frühzeitig zu einem Fragenden heran, der den Rat der Eltern beherzigte, stets der Wahrhaftigkeit zu dienen und dem Zeitgeist zu misstrauen. Weiterfragen, was steckt dahinter? war ein Leitspruch der Familie. Dieser kritische Blick ließ ihn schon als Jugendlichen aufmerken, wenn Texte oder Diskussionen in die falsche Richtung liefen. Das war regelmäßig der Fall, wenn etwa eine Geschichtsdeutung nicht allein gegen die Nationalsozialisten sondern gegen das ganze Vaterland gerichtet war. Hellhörigkeit sei stets auch angezeigt, wenn wichtige Ereignisse in Druckwerken oder Funkmedien keine Erwähnung fanden, beispielsweise die zahlreichen, nicht geahndeten Kriegsverbrechen auf alliierter Seite. Besonders einleuchtend waren die Argumente des Vortragenden über die Einschätzung der beiden Weltkriege als Wirtschaftskriege. Seit dem Ersten Weltkrieg kann man eine langfristig angelegte Geo-Strategie britischer und amerikanischer Wirtschafts- und Bankführer feststellen, die sich nicht scheut, zeitweilig auch Diktaturen zu stützen, solange es ihnen nützlich erscheint. Die Kriege hatten also „viele Väter"! So reihte der Referent ein Mosaiksteinchen an das andere. Wie deutlich unterscheidet sich doch das daraus erstandene Bild von jenem der politisch korrekten Schulweisheit! Was den Zuhörern noch ans Herz gelegt wurde, war der Hinweis auf die unaufhebbaren und bewährten zentralen Werte der christlich abendländischen Kultur mit den Zehn Geboten als Basis. Den heimattreuen Landsleuten machte Dr. Tubbesing Mut, sich stets die Frage zu stellen: „Wo müssen wir uns heute verweigern?" Es war wohl die bestechende Glaubwürdigkeit des Referenten – ausgewiesen auch durch sein karitatives Wirken hierzulande und in Afrika – welche die Landsleute beeindruckte und zu einer überaus regen Diskussion anregte.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. August, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband) Braunschweig, Jasperallee: Treffen der Gruppe. Dr. Jan Heitmann von der *PAZ* in Hamburg hält einen Vortrag über „Seedienst Ostpreußen". Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Die erste Veranstaltung der LO in Buxtehude nach der Sommerpause ist eine Theaterfahrt am 28. August nach Elmshorn zur dortigen Dittchenbühne. Aufgeführt wird das Schauspiel „Johannisfeuer" nach einer Erzählung von Herman Sudermann. Herman Sudermann wurde 1857 in Matziken bei Heydekrug, heute Silute, geboren und starb 1928 in Berlin. Er gilt als bedeutendster Schriftsteller und Dichter des preußischen Memellandes. Zum Inhalt: Georg von Hartwig und Marikke wachsen als Notstandskinder des Hungerjahres 1867 im Gutshaus auf. In der Johannisnacht, der Sommernacht, die für alle da ist, deren Wünsche vom Leben nicht erfüllt werden, erleben sie ein kurzes Glück. Jedoch entscheidet er sich aus Opportunismus und Konvention für die Tochter seiner Pflegeeltern. Die Kosten für Busfahrt, Eintritt und Kaffeegedeck im Theaterrestaurant betragen 25 Euro pro Person. Der Bus fährt um 14 Uhr aus Buxtehude. Alle Haltestellen mit Abfahrtzeiten können bei der Anmeldung erfragt werden. Anmeldungen bitte bis 24. August an Familie Wander, Telefon (04161) 87918. Mitglieder wie auch Gäste sind herzlich eingeladen.

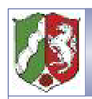
Göttingen – Busfahrt nach Friedland zum Ökumenischen Gottesdienst, 3. September: 62 Jahre Durchgangslager Friedland, Tag der Heimat. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr, Beginn mit Begrüßung im Caritas-Haus, 12.30 Uhr, Mittagessen in der Lager-Kantine (Königsberger Klopse), 13.30 Uhr, Führung durch das Lager Friedland durch Mitarbeiter des Lagers, 14.30 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert. Anschließend Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, 15.30 Uhr, Kaffee und Kuchen. Ein Unkostenbeitrag für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen in Höhe von 12,50 Euro wird von jedem Gast erhoben. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.05 Uhr, Holtenser Landstraße, 10.20 Uhr, Zentraler Omnibusbahnhof/Zoologisches Institut, 10.30 Uhr, Bürgerstraße, 10.35 Uhr, Kiesseestraße / „Zur Linde". Anmeldungen erbeten bis spätestens 27. August bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Hannover – Freitag, 2. September, 14.30 Uhr, Ihme-Terrassen, Hannover, Rosebeckstraße 1: Erstes Treffen der Gruppe nach der Sommerpause. Luise Wolfram wird über ihre Reise im Juli nach Königsberg berichten.

Osnabrück – Die Reisegruppe der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Osnabrück e.V., nahm das Deutschlandtreffen zum Anlass, die Landeshauptstadt Thüringens, Erfurt, und ihre Umgebung kennen zu lernen. Auf der Hinfahrt legte die Gruppe eine Pause in Kelbra ein. Die Stadt liegt unmittelbar am Nordhang des Kyffhäusergebirges und ist eine der ältesten Siedlungen in der „Goldenen Aue". Es folgte die Besichtigung des Kyffhäuser-Denkmals, das für Kaiser Wilhelm I. in den Jahren 1890 bis 1896 erbaut wurde. Es ist das zweitgrößte Denkmal Deutschlands. In Erfurt war die Gruppe im Intercity Hotel Erfurt neben dem Hauptbahnhof untergebracht, so dass man die öffentlichen Verkehrsmittel bequem erreichen konnte. Die zwei nächsten Tage standen ganz im Zeichen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen. Danach standen den Reiseteilnehmern wieder zwei Tage für Besichtigungen zur Verfügung. Mit einer historischen Straßenbahn in Begleitung eines Reiseleiters wurde Erfurt erkundet. Im Mittelalter war Erfurt eine der reichsten Städte und ist heute geistig-kultureller Mittelpunkt. Man nennt die Stadt auch „Thüringens Rom". Die Rundfahrt endete am



Fischmarkt, an dem das neugotische Rathaus steht. Zu Fuß wurde anschließend die Umgebung des Fischmarktes erkundet. Auf der Krämerbrücke, die über die Gera führt, stehen 32 Fachwerkhäuser, in denen sich kleinere Geschäfte befinden. Die Besichtigung endete am Anger, an dem viele Geschäfte liegen und wo sich die Straßenbahnlinien kreuzen. Am Nachmittag stand eine Rundfahrt durch den Thüringer Wald auf dem Plan. Eine Glasbläserei wurde besucht. Vom Inselberg hatte man einen schönen Blick bis zum Harz und in Oberhof sah man die Sprungschanzen und die Biathlonanlage. Durch den Rennsteig-Tunnel ging es zurück nach Erfurt. Auf der Rückreise wurde die Thomas-Münzer-Stadt Mühlhausen besucht, die an der oberen Unstrut liegt und von einer Stadtmauer mit Türmen umgeben ist. Da die Kirche St. Marien, die nach dem Erfurter Dom die größte Kirche Thüringens ist, renoviert wird, war sie nicht zugänglich. Im Jahr 1525 war Mühlhausen das Hauptquartier Thomas Münzers, der den Bauernkrieg organisierte und später enthauptet wurde. Das Deutschlandtreffen und die Besichtigungen waren für die Reiseteilnehmer ein eindrucksvolles Erlebnis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

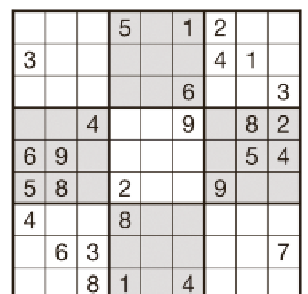
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Treffen der ehemaligen Schüler der Sackheimer Mittelschule aus Königsberg i. Pr. vom 1. bis 4. September. Das Hotel President ist für diese Zeit Tagungsort des diesjährigen Jahrestreffens, zu dem alle Ehemaligen mit ihren Freunden herzlich eingeladen sind. Alle freuen sich auf das Wiedersehen, um miteinander zu plachandern. Die neuesten Nachrichten aus der Vaterstadt wird die Gruppe über eine vom Museum Stadt Königsberg ausgeliehene DVD erhalten. Auch sollen die Jubilare geehrt werden, die vor 70 Jahren die Schule mit einem Reifezeugnis verließen. Mit einem kleinen Präsent werden die Ehemaligen geehrt, die seit 25 Jahren der Schulgemeinschaft (VeSM) angehören. Die alte Residenzstadt Bonn, beidseitig vom Rhein gelegen, soll mit einem Bus erkundet werden, bis hin zum Petersberg. Der Vorstand hat einige Überraschungen vorbereitet, dabei dürfte der „Vater Rhein" nicht ausgeklammert sein. Rückfragen bitte an Margot Puls, Am Hügel 6, 40822 Mettmann, Telefon (02104) 52145.

Düsseldorf – Donnerstag, 1. September, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 3. September, 10 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Heimat-

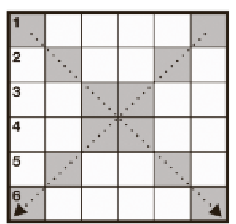
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



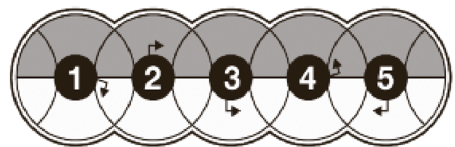
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kopfbedeckungen.

1 Bildwerk aus bunten Steinen
2 Gewürznuss
3 nur geistig vorhanden
4 römischer Meeresgott
5 Endpunkt, Kopf
6 feiner Spott

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Vorraum, in dem man promenieren kann.

1 Hauptstadt Armeniens, 2 nachsinnen, überlegen, 3 junges Pferd, 4 Stadt in Pakistan, 5 Teil des Hauses



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Mosaik, 2. Muskat, 3. ideell, 4. Neptun, 5. Spitze, 6. Ironie – Mütze, Kappe

Kreiskette: 1. Eriwan, 2. denken, 3. Fohlen, 4. Lahore, 5. Keller – Wandelhalle

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

treffen der Treuburger mit Rückblick auf die Jubiläumsfahrt. – Mittwoch, 7. September, GHH / Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorffsaal: Singproben der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ost-, Westpreußen, Sudetenland unter Leitung von Radostina Hristova.

Gütersloh – Donnerstag, 8. September, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9, 33330 Gütersloh: Treffen der Frauengruppe. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Sonnabend, 17. September: Ostpreußen fahren zum Heilstollen Nordenau. Der Gesundheit zuliebe organisiert die Landsmannschaft Ostpreußen eine Busfahrt zum Heilstollen Nordenau. Seit über 15 Jahren kommen täglich hunderte Besucher, um das „Reduzierte Wasser“ zu trinken. Die Temperatur im Heilstollen beträgt Sommer wie Winter 8°C. Bitte Jacke mitnehmen. Während des halbstündigen Aufenthaltes im Stollen soll richtig durchgeatmet und neue Energie getankt werden. Mitgebrachte Behälter können mit dem Stollenwasser abgefüllt und kostenlos mitgenommen werden. Für jeden von uns stehen Bänke und Stühle zur Verfügung. Nach dem Stollenbesuch gibt's Kaffee und Kuchen. Zur Seniorenfahrt sind aber auch Nicht-Senioren und Nicht-Mitglieder herzlich eingeladen. Folgende Haltestellen werden angeboten: 11 Uhr Kahlertstraße / Ecke Magnolienweg, 11.05 Uhr Marktplatz / Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 11.10 Uhr B 61 / Ecke Grenzweg, 11.15 Uhr B 61 / Café Raschke, 11.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 11.30 Uhr Verler Straße / Markant Supermarkt. Anmeldung bis zum 9. September bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

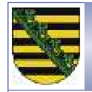
Wesel – Sommerfest. Die vereinigten Landsmannschaften von Wesel, bestehend aus Westpreußen, Ostpreußen, Pommern, Nieder- und Oberschlesien, Weichsel/Warthe und den Deutschen aus Russland, führten bei herrlichem Sommerwetter ein wohlgelungenes Sommerfest durch. Die BdV-Vorsitzende von Wesel, Gisela Stelzer, konnte eine stattliche Zahl von Sommerfestlern herzlich begrüßen. Ein köstliches Kuchenbuffet und eine später anschließende Grillecke sorgten für ausreichende und abwechslungsreiche Gaumenfreuden nach alter Tradition. Die Jugendgruppe der Schlesier führte Volkstänze auf und trug Gedichte, teils in Mundart, vor. Am Glücksrad und beim Fischstechen hatten die Kinder ihren großen Spaß, zumal kleine Preise oder Süßigkeiten zu gewinnen waren. Lange saß man noch in fröhlicher unterhaltsamer Runde zusammen. Es war für alle Anwesenden ein schönes Sommerfest gewesen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



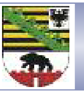
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 9. September, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Begegnungsstätte Clausstraße 27: Treffen der Gruppe zum Plachandern.

BdV-Kreisverband Leipzig – Durch den unermüdlichen Einsatz des BdV Kreisvorsitzenden Peter Wolf in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Dresden und Dank der Förderung durch das Sächsische Innenministerium nach § 96 sowie durch die Stadt Leipzig konnte das 8. Chöretreffen des BdV Land Sachsen im Festsaal des Neuen Leipziger Rathauses durchgeführt werden. Die Vorbereitungen waren schwierig, aber die gemeinsamen Anstrengungen haben sich gelohnt. Es goss in Strömen an diesem Sonnabend, umso erleichterter waren die Leipziger Gastgeber, dass die auswärtigen Chöre wohlbehalten eintrafen und der Festsaal sich schnell füllte. Der Vorsitzende Peter Wolf hieß die Chöre, die Ehrengäste und die zahlreichen Heimatfreunde herzlich willkommen und dankte den vielen fleißigen Helfern. Der Landesvorsitzende Peter Mühle brachte in seinem Grußwort ebenfalls den Dank an alle ehrenamtlichen Mitarbeiter zum Ausdruck, ohne die so eine Veranstaltung gar nicht möglich wäre. Der Landesvorsitzende der Schlesier, Herr Nietzsche übermittelte Grüße der Bundestagsabgeordneten Frau Kudla und wies auf die Ausstellung „Flucht und Vertreibung“ hin, die auf seine Initiative im Foyer aufgestellt war.

Im Foyer war auch mit einem Catering für das leibliche Wohl in der Mittagspause gesorgt. Festrednerin Frau Dr. Heßke vom Stadtparlament überbrachte die Grüße vom Oberbürgermeister Jung. In ihrer Rede, die viel Anklang fand, ging sie in warmherzigen Worten auf die Bedeutung der Musik im menschlichen Leben ein und dankte den Chören der Heimatvertriebenen dafür, dass sie seit Jahren die heimatliche Kultur und das deutsche Liedgut pflegen und weitergeben und die Menschen erfreuen. Unter dem Motto „Ostdeutsches Volkslied – Brücke zur Heimat“ stellten sich die Chöre aus Dresden, Leipzig, Schwarzenberg, Zwickau und ein Gastchor aus Aussig/Usti nad Labem vor, wobei jeder Chor mit seinem Programm auch sein eigenes Profil auswies. Der Leipziger Chor „Lied der Heimat“ eröffnete mit fünf Liedern und einer Rezitation den Reigen der Chöre, wobei das erste Lied „Freudenklänge – Festgesänge“ von W. Gluck ein guter Auftakt war. Der Chor „Silberklang“ der Russlanddeutschen Frauen brachte deutsche und russische Volkslieder zu Gehör. Die Chöre aus Dresden, Schwarzenberg und Zwickau erfreuten mit Liedern aus ihrer Heimat Schlesien und Böhmen, aber auch aus Sachsen. Dabei hatte auch „Rübezahl“ seinen Auftritt. Der Trachtenchor aus Schwarzenberg stellte seine wunderbaren handgefertigten Trachten aus allen Heimatgebieten vor. Der Frauenchor Wolteritz sang a cappella deutsche Volkslieder. Ein besonderer Ohrenschmaus war der Gastchor aus Aussig/Usti nad Labem, ein international weitgereister Chor von herausragender Qualität. Den sakralen Liedern lauschten alle andächtig, beeindruckt von den schönen Stimmen. Zum Schluss vereinigten sich alle Chöre auf der Bühne und sangen gemeinsam die „Ode an die Freude“. Das war ein würdiger Abschluss eines Chöretreffens von hohem Niveau, bei dem sich wieder einmal zeigte, dass unser heimatliches Kulturgut nicht vergessen ist, sondern weitergegeben wird und in den Herzen der Menschen nach wie vor seinen Platz hat. Es gab sehr viel Beifall, der nicht enden wollte, als Peter Wolf die Chorleiter mit Blumen und einer Urkunde auszeichnete. Auch Eva Wittki, Vorsitzende der Kreisgruppe der Schlesier/Dresden, die sich bei den Vorbereitungen besonders verdient gemacht hat und als Moderatorin durch die Veranstaltung führte, erhielt einen Blumenstrauß. Allen Mitwirkenden, ob Chormitglied oder ehrenamtlicher Mitarbeiter, sei für dieses schöne und erlebnisreiche Chöretreffen ein großes „Dankeschön“ ausgesprochen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch, Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Programm zum Tag der Heimat des Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Sonnabend, 10. September, 13.30 Uhr, AMO – Kultur und Kongresshaus Magdeburg „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Feierstunde, Einlass ab 12.30 Uhr mit der „Blumenberger Blasmusik“ unter der Leitung von Willi Kemmer. Beginn 13.30 Uhr Eröffnung 21. Tag der Heimat 2011, Landesvorsitzende des BdV-LV Sa./Anh. e.V. Elfriede Hofmann, Fahneneinmarsch mit der „Blumenberger Blasmusik“, Nationalhymne, Totenehrung. Dr. Heinrich Seppelt, Landesschatzmeister, BdV-Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Grußworte, Festrede Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Herr Dr. R. Haseloff, Überreichen des Erntestraußes Landesvorsitzende des BdV -LV Sa./Anh. e.V. Elfriede Hofmann, „Blumenberger Blasmusik“ unter der Leitung von Willi Kemmer, Pause: 14.30 bis 15.10 Uhr. Durch den Nachmittag begleitet der Heimatchor Aschersleben (SL) unter der Leitung von Helmut Cieplik und die Theaterballettschule Magdeburg unter der Leitung von Irene Schneider, Veranstaltungsschluss gegen 16.30 Uhr. Diese Veranstaltung wird durch das LSA gefördert Schirmherr: Holger Stahlknecht, Minister des Innern LSA. – Freitag, 2. September, 16 Uhr, TUS: Singeproben des Singekreises. – Dienstag, 6. September, 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Donnerstag, 1. September, 19 Uhr, Flensburger Rathaus, Bürgerhalle: Referat von Dr. Broder Schwensen, Leiter des Stadtarchivs Flensburg. Thema: Flensburg im Jahr 1945.

Mölln – Mittwoch, 24. August, 15 Uhr, Quellenhof Mölln: Vortrag „Johanna Schopenhauer und ihre Jugenderinnerungen aus Danzig“. Hans-Jürgen Kämpfert wird über die Mutter des berühmten Philosophen Arthur Schopenhauer sprechen. Auch sie hatte als Schriftstellerin einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Herr Kämpfert wird auch Lesungen aus ihren Werken vornehmen. Die Zuhörer dürfen sich also auf einen interessanten Nachmittag freuen. Die Gruppe lädt dazu auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich ein. Über einen zahlreichen Besuch würde sich die Landsmannschaft freuen.

Mythos Heimat

Ausstellung von Gert Fabritius in Ulm

Heimat ist dort, wo das nicht Vergessene ein ständiger Begleiter bleibt, denn ‚Wir sind nur das, was wir nicht vergessen haben'“ – Zitat von Gert Fabritius, April 2011.

Anhand von 70 farbenprächtigen Arbeiten des 1940 in Bukarest (Rumänien) geborenen Malers und Holzschneiders Gert Fabritius wird in einer Sonderausstellung im Donauschwäbischen Landesmuseum (DZM) Ulm das Doppelthema „Mythos Heimat – Heimat im Mythos“ veranschaulicht. Der Künstler, der heute in Stuttgart lebt, greift erstmals den Begriff „Heimat“ als Stichwort für eine thematische Werkschau auf. Gemeinsam mit dem schon früher in Anspruch genommenen „Mythos“ schafft Fabritius eine interessante Fragestellung rund um den Stellenwert der Heimat.

Künstler behandelt siebenbürgisch-sächsische Themen

Es geht nicht zuletzt auch darum, dass Fabritius aus einer siebenbürgischen Familie stammt, in Bukarest geboren und in Klausenburg ausgebildet wurde sowie im kommunistischen Rumänien als freischaffender Künstler tätig war. Nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland stellt sich für ihn immer wieder die Problematik, welche Bedeutung Heimat für ihn selbst hat und was Heimat für andere Menschen bedeuten kann. Antworten auf die Frage „Wo ist Heimat?“ finden die Besucher der aktuellen Ausstellung im DZM. Zu sehen sind raumgreifende Bilder, Installationen, Zeichnungen, Drucke und Collagen, die Fabritius zum Teil im Frühjahr 2011 eigens für diese Schau geschaffen hat. Ausgestellt sind Installationen wie „Arche“ und „Mythos-Heimat“, aber auch Porträts von Menschen, die ihn begleitet haben wie etwa Herta Müller oder Ingo Glass. Mehrere „Tagebuch-Auf-Zeichnungen“ zu spezifisch siebenbürgisch-sächsischen Themen ergänzen die Schau. Die Präsentation, deren Kuratorin Dr. Irmgard Sedler (Leiterin der Museen Kornwestheim) ist, entstand in Zusammenarbeit mit dem Siebenbürgischen Museum Gundelsheim. Da Dr. Sedler in den vergangenen Jahren mehrere Ausstellungen mit Gert Fabritius umgesetzt hat, schaffte sie es auch diesmal, zusammen mit dem Künstler sämtliche Nuancen der Hauptthematik herauszuarbeiten.

Die Fabritius-Werkschau ist im DZM Ulm bis zum 25. September zu besichtigen. Öffentliche Führungen werden jeweils sonntags um 14 Uhr angeboten. Am 8. September (10 Uhr) findet eine interessante Kunstaktion zur Ausstellung statt, die das Thema Heimat in Anlehnung an die „Tagebuch-Auf-Zeichnungen“ in den Fokus stellt. Den Teilnehmern wird übrigens auch eine spezielle Kratztechnik näher gebracht, die sie in einer eigenen Arbeit umsetzen können. *Dieter Göllner*

Als das Kino Königsberg eroberte

Das Museum Friedländer Tor erinnert an Filmgrößen der Zwischenkriegszeit

Das Museum „Friedländer Tor“ setzt seinen Zyklus über die Mode in Königsberg, der vor zwei Jahren begann, fort. Die dritte Ausstellung ist dem Thema „Kino und Mode in Königsberg von 1920 bis 1940“ gewidmet.

Klassische Musik erfüllt die Gewölbe im Friedländer Tor, während als Marlene Dietrich, Pola Negri, Marika Rökk und Zarah Leander verkleidete junge Damen des Meister-Ateliers „Garderob“ an den Besuchern im Ausstellungssaal vorbeidefilieren. Im Hintergrund flimmern auf Leinwänden Filmszenen mit den echten Stars von damals.

Atmosphärisch gut eingestimmt konnten die Gäste der Vernissage sich in die Zeit des Stummfilms und der ersten vertonten Kinofilme hineinversetzen lassen. Die Ausstellung „Kino und Mode in Königsberg von 1920 bis 1940“ will etwas über den Einfluss des Kinos auf die Alltagsmode und den Lebensstil in Königsberg erzählen. Die ostpreußische Hauptstadt war kein Modezentrum und es gab keine großen Filmstudios, aber die Bewohner müssen sich sehr fürs Kino interessiert haben, denn schon Ende des 19. Jahrhunderts gab es viele Vorführungssäle. Noch bis 1944 existierten 21 Kinotheater. Lange bevor das erste echte Kino gebaut war, hatte es die Menschen in den Zirkus gezogen, wo eine Art „Diashow“ gezeigt wurde. Nach dem Krieg standen die Menschen bei den wenigen noch erhaltenen Lichtspielhäusern Schlange, um den deutschen Erfolgsstreifen „Frau meiner Träume“ mit Marika Rökk zu sehen.

Sowohl das Plakat zur Ausstellung als auch zahlreiche der Exponate, Poster und Postkarten zeugen davon, dass die Königsberger Frauen sehr modebewusst waren. Sie träumten davon, so auszusehen wie die Schauspielerinnen auf der Leinwand. In den 20er-Jahren mussten sie sich ihre Kleidung noch individuell anfertigen lassen, während es in den Dreißigern bereits erste Massenproduktionen von Bekleidung gab, was den Anschaffungspreis deutlich reduzierte. Die Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er-Jahre wirkte sich auf Mode und Lebensstil aus: Die Linien wurden schlichter und dank industrieller Fertigung konnten sich mehr Menschen modische Kleidung leisten. In dieser Zeit wurde der auch heute noch moderne Typ des Frauenkostüms geboren.

Weil Museumsdirektorin Swetlana Sokolowa mit ihrem Museum Friedländer Tor einen Beitrag dazu leisten will, dass die deutsche Geschichte und Kultur der Stadt nicht in Vergessenheit geraten, hat sie sich der Thematik „Alltag in Königsberg“ verschrieben. Der Organisatorin des Ausstellungszyklus' Irina Koschewnikowa war es ein besonderes Anliegen, möglichst authentisches Material zu zeigen. Dank der emsigen Mithilfe von Privatleuten, Zeitzeugen und *PAZ*-Lesern, die Filmplakate, Postkarten, Fotos und Ähnliches aus ihren Privatsammlungen zur Verfügung stellten, war es hier kein Problem, Originale auszustellen. Anders verhielt es sich mit der Bekleidung. Die wenigen Originalkleider, die das Museum bekommen hatte, waren den Models zu klein. Deshalb nähte das Meister-Atelier „Garderob“ die Kleider originalgetreu nach – wie auch für die beiden vorherigen Ausstellungen.



Wiedertreffen mit Marlene: Feierliche Eröffnung im Friedländer Tor — Bild: Jurij Tschernyschew/kleines Ausstellungsplakat

Originale der 30er-Jahre steuerte der in Paris lebende Modehistoriker, Künstler und Sammler Alexander Wassiljew bei. Koschewnikowa hatte auch Kontakt zum Filmmuseum in Berlin aufgenommen, weil sie gern ein Kleid der Dietrich ausgeliehen hätte. Dies scheiterte jedoch an der bescheidenen technischen Ausstattung des Museums, denn es gibt keine Möglichkeit, die von Berlin geforderte gleichmäßige Temperatur, den nötigen Feuchtigkeitsgrad und ein Schutzglas mit Filter gegen Beschädigungen durch Blitzlicht zu garantieren.

Die Ausstellung beleuchtet auch das Leben gebürtiger Königsberger Stars wie Harry Liedtke, der Anfang des 20. Jahrhunderts den jugendlichen Liebhaber mimte oder der Komponist Werner Richard Heymann, der viermal für den Oscar nominiert war. Wenig bekannt ist das Schicksal Vera von Lehndorffs. Die Tochter eines der Männer des 20. Juli wurde in Königsberg geboren. Sie wuchs in einem Flüchtlingslager auf und in den 60er Jahren wurde die 1,83 Meter große von Lehndorff in Florenz als Fotomodell entdeckt. Als „Veruschka“ war sie das erste deutsche Supermodel.

Manuela Rosenthal-Kappi/J.T.

Die Ausstellung kann noch bis zum 2. Oktober besichtigt werden. Museum Friedländer Tor, Ul. Dzerschinskogo 30 (Kreuzung Prospekt Kalinin), Königsberg. Telefon 007-4012-644-020.

IN KÜRZE

Spaziergang mit Augusta

Mit Musik, Liedern und Arien von Mendelssohn-Bartholdy, Brahms und Meyerbeer sowie Texten von Goethe, Heine und Kaiser Wilhelm I. feiert die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg am 21. August sowie am 9. Oktober jeweils 14 Uhr mit einer Veranstaltung der Höfischen Festspiele Potsdam e. V. den 200. Geburtstag von Kaiserin Augusta (30. September 1811 – 7. Januar 1890) im Park vor dem Schloss Babelsberg. Mitwirkende sind Gabriele Näther (Sopran), Dietrich Adam (Texte) und Frank Riedel (Gitarre). In dem nach Plänen von Karl Friedrich Schinkel errichteten Schloss verbrachte die preußische Königin, ab 1871 Kaiserin, viele Sommermonate. Die überzeugte Pazifistin wirkte karitativ, gründete Pflege- und Krankenheime und unterhielt als kunstsinnige Monarchin enge Kontakte zur Berliner Musikwelt. Wegen ihrer Leidenschaft für den von Lenné gestalteten Park nannte sie der Volksmund auch „Die Königin von Babylon“. *spsg*



Bild: HFP

Im Park Babelsberg: Auf den Spuren von Kaiserin Augusta

Wer hat's erfunden? – Ein Schweizer war's

Die Maggi-Flasche mit dem gelb-roten Etikett ist seit 125 Jahren in der Küche beliebt – In aller Welt gefragt

Mehr als 90 Prozent der Deutschen kennen die Würze aus dem Hause Maggi. Das Markenprodukt mit Liebhabern in aller Welt feiert in diesem Jahr Jubiläum.

„Sag mal, das riecht hier aber nach ... Also ich weiß nicht, irgendwie erinnert mich dieser Duft an Küche, Kochen, an Suppen und Eintöpfe. Ja, jetzt weiß ich, es riecht hier nach Maggi.“ – „Ach was, das kann nicht sein. Hier ist weit und breit kein Haus, also auch keine Küche.“ – „Na sag ich doch. Maggi. Hier siehst du, die Pflanze, das ist Liebstöckel und wenn man die Blätter zwischen den Fingerspitzen reibt, dann riecht es nach ..., na?“ – „Du hast recht, nach Maggi.“

Oft kopiert, nie erreicht

Die beiden Spaziergängerinnen waren zufrieden, das Geheimnis der Küchenwürze gelüftet zu haben, doch sie irrten gewaltig. Denn: „Obwohl Geruch und Geschmack der Maggi-Würze dem Liebstöckel, der im Volksmund auch Maggi-Kraut genannt wird, ähneln, ist in der Maggi Würze kein Liebstöckel enthalten“, hört man aus dem Hause Maggi.

Das genaue Rezept der braunen Flüssigkeit wird seit 125 Jahren geheim gehalten. So lange existiert die Firma Maggi in Deutschland schon. Bereits oft wurde versucht, die Würze zu kopieren, immer ohne Erfolg. Soviel sei aber verraten: Sie „besteht aus biologisch aufgeschlossenem pflanzlichen Eiweiß“, erläutern die Würzexperten der Firma. „Weitere Zutaten sind Wasser, Salz, Aroma und Geschmacksverstärker. Das Pflanzeneiweiß wird in einem Gärprozess, der mit dem Brauen von Bier vergleichbar ist, schonend in seine Bausteine – die Aminosäuren – aufgeschlossen. Dabei entsteht das charakteristische Aroma der Würze. Anschließend wird die fein würzige Flüssigkeit gefiltert und in die berühmten braunen Glasflaschen abgefüllt.“

Es war der Schweizer Julius Maggi, der sowohl das Aroma kreierte als auch die Flasche entwarf. Bis heute ist das Design fast unverändert geblieben. 1887 hatte Maggi in Singen am Hohentwiel die deutsche Niederlassung seiner 1872 gegründeten Kollektivgesellschaft Julius Maggi & Cie. ins Leben gerufen. Er wollte der arbeitenden Bevölkerung nährstoffreiche und Zeit sparende Lebensmittel verschaffen. 1886 gelang ihm die Herstellung der ersten kochfertigen Suppen, dann der Maggi Würze, die eben diesen Suppen einen kräftigen Geschmack verleihen sollte.

Allein 2010 haben mehr als 33,8 Millionen Flaschen das Werk in Singen am Hohentwiel verlassen und wurden in alle Welt geliefert. 19,2 Millionen Flaschen waren für den deutschen Markt bestimmt. Obwohl Deutschland der Hauptabnehmer ist, wird Maggi Würze auch in Kanada und in den USA gern genutzt, Speisen ein besonderes Aroma zu verleihen. Mexiko und Frankreich waren im vergangenen Jahr nach Deutschland die Hauptabnehmer.

Der unverwechselbare Geschmack dieser Flüssigkeit, von der nur ein paar Tropfen reichen, um eine entsprechende Wirkung zu erzielen, hat sogar berühmte Köche überzeugt. So las man 1892 in Henriette Davidis Kochbuch: „Es gibt nur eine Fertigkäufliche, die für die gute sparsame Küche in Frage kommt, die richtig angewendet den ursprünglichen Eigengeschmack der Speisen nicht deckt, sondern im Gegenteil hebt.“ Und selbst ein so genialer Koch wie Auguste Escoffier stellte dem Aroma erstklassige Referenzen aus. Sogar in Küchen der Luxus-Hotels sei die kleine braune Flasche mit dem charakteristischen gelb-roten Etikett und dem roten Verschluss zu finden, so Escoffier.



Entwicklung in 125 Jahren: Das „Gesicht“ der Maggiflasche — Bild: Maggi

Ein gutes Produkt aber muss auch beworben werden, und so rief Maggi den späteren Dramatiker Frank Wedekind in sein „Reclame- und Pressebüro“, wo der einprägsame Werbespruch entstand: „Alles Wohl beruht auf Paarung, wie dem Leben Poesie; fehle Maggi's Suppennahrung – Maggi's Speisewürze nie!“

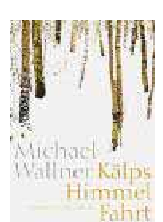
Mit einer einzigartigen Werbeaktion präsentiert sich die Firma in Kronberg/Taunus. Der Name des Ortes verrät heute noch, dass die Burg auf staufischem Krongut gegründet wurde. Errichtet wurde die Oberburg vermutlich im 12. Jahrhundert als Reichsburg; sie diente der Stärkung der königlichen Macht sowie der Kontrolle der Straße nach Köln. Der über 40 Meter hohe Freiturm der Oberburg, die lediglich als Ruine vorhanden ist, trägt noch bis Mitte September ein gelb-rotes Kleid. Wegen seiner markanten Form heißt der Turm ohnehin schon seit Langem scherzhaft „die Maggiflasche“.

Der Lebensmittelkonzern nutzte nun die derzeitige Komplett-einrüstung des Freiturms, die wegen dringender Renovierungsmaßnahmen sowieso anstand, als einmalige Gelegenheit den Turm mit vier großen bedruckten Stoffbahnen in die weltweit größte Maggiflasche zu verwandeln – passend zum besonderen Unternehmensgeburtstag. „Unser Sanierungsprojekt ist mit hohen Kosten verbunden, da sind wir froh, mit Maggi einen starken Partner gewonnen zu haben“, so Martha Ried, Vorsitzende des Kronberger Burgvereins.

Ausstellung über Geschichte der Marke

Eine einmalige Sonderausstellung unter dem Motto „Geschichte mit Geschmack“ im Burgmuseum führt die Besucher auf eine Zeitreise. Hier erlebt man die Würze in ihren zahlreichen Facetten von ihren Ursprüngen bis heute. *Silke Osman*

Die Ausstellung ist bis 12. September mittwochs bis sonnabends von 13 bis 17 Uhr sowie sonn- und feiertags von 11 bis 18 Uhr in den Räumen der Burg Kronberg zu sehen. Eintritt in die historische Burg 2,50 Euro.



Nagende Fragen

Zweifel eines Tierarztes

Manchen Menschen glückt es weitgehend, ihr Leben in Einklang mit den eigenen Idealen und Vorstellungen zu führen, andere tun sich schwer damit. Letztere beobachten ihre sorgloseren Zeitgenossen mit Bewunderung und oft auch mit einer Portion Neid, zumal wenn diese erfolgreich sind. Zu jenen Unzufriedenen gehört der Tierarzt Kälp, ein Einzelgänger, der sich im Gebirgsdorf Attensach im Schwarzwald einen Doppelhof mit einem Bauern teilt. „Kälps Himmelfahrt“ ist der neue Roman des in Berlin lebenden Roman- und Drehbuchautors Michael Wallner überschrieben und erst zum Schluss lässt sich in mehrfacher Hinsicht darüber spekulieren, warum der bizarre Titel gewählt wurde. Die Handlung des kammerspielartigen Stücks zieht sich über rund 14 Tage vor und nach einem Jahreswechsel hin, der noch nicht lange zurückliegt, und sie spielt sich hauptsächlich in dem verschneiten Dorf ab, einem Kaff, wie viele sagen würden. Täglich kämpft sich dort Kälp, der Protagonist, mit Selbstzweifeln und Grübeleien ab, während er unterdessen souverän seinem Beruf nachgeht.

Dabei hatte er sich erst vor wenigen Jahren aus freien Stücken „in die Höhe“ begeben. Allerdings waren die Umstände damals völlig andere. Kälp war seinem inzwischen verstorbenen Bruder, den er liebte und bewunderte, nach Attensach gefolgt. Dieser, ein theologischer Philosoph von internationalem Rang, hatte dort seinen Wohnsitz, weil er zeitweilig die Nähe der Mönche im nahen Benediktinerkloster suchte. Meist jedoch war er weltweit auf Reisen. Unterwegs machte er mit seinen wohltönenden Worten – oder hochtrabenden Phrasen, je nach Auslegung – zahlreiche Eroberungen in der Frauenwelt. Dass der Bruder abwechselnd der Askese und der Ausschweifung zuneigte, beschäftigt Kälp, den Zaudernden, nach wie vor: „Auch ich träume von Wildheit, dachte Kälp, und bin doch gefangen im Eispanzer meiner Ängstlichkeit. Mein Bruder hat mir das Lebendigsein vorgemacht und ist am Leben gestorben. Ich dagegen werde eingehen an Mutlosigkeit.“

Tags zuvor, so erfährt man zum Auftakt, hat sich in der Nachbarschaft ein Todesfall ereignet. Der Schreiner Nurbrecht war nach einem Sturz auf der Kellertreppe gestorben. Schwer verletzt hatte ihn seine hochschwangere thailändische Frau am Boden liegend aufgefunden und sofort Hilfe geholt, doch es war zu spät. Kälp weiß etwas über den Fall oder hat womöglich sogar selbst etwas damit zu tun; so viel Einblick in die zugrunde liegenden Umstände gewährt der Autor dem Leser. Diesen lässt er dann jedoch mit der Verwunderung darüber zurück, dass der Tierarzt gar nicht daran denkt, zur Polizei zu gehen, um sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Auch fragt man sich, warum Kälp sich gedanklich so wenig mit dem Unglück – oder war es vielleicht doch Mord? – beschäftigt. Kürzlich hat er Bekanntschaft mit dem Feriengast des benachbarten Bauern gemacht, einer Mittvierzigerin aus Wolfsburg, die den Jahreswechsel mit ihrer kleinen Tochter im Dorf verbringen möchte. Diese Frau, obwohl weder charmant noch attraktiv, beherrscht seine Gefühlswelt immer mehr.

Aber was für ein Mensch ist Kälp eigentlich? Die Frage stellt sich frühzeitig. Michael Wallner sorgt geschickt dafür, dass sie dauerhaft in der Schwebe bleibt. Einige Schlaglichter auf Kälps Persönlichkeit und seine in mancher Hinsicht ungewöhnliche Lebensweise sind es, die zu einem nagenden Verdacht Anlass geben.

Dieses stille, kluge und im Übrigen empfehlenswerte Buch kreist inhaltlich um uralte Fragen, die in unserer heutigen Zeit nur in anderer Form daherkommen. Zuletzt schießt der Autor allerdings über das Ziel hinaus, wenn er sich an dem Thema der zur Qual werdenden Verlockung eines Mannes durch das Weibliche abarbeitet. Dazu führt er die alte, scheinheilige Begründung für die zwangsweise Verhüllung der Frauen in zahlreichen Ländern an: Die Männer wollten sich nicht von ihrer Hinwendung zu Gott durch Frauen ablenken lassen. Es hätte hierzu einer relativierenden Äußerung bedurft.

D. Jestrzemski

***Michael Wallner: „Kälps Himmelfahrt“**, Roman, Luchterhand Literaturverlag, München 2011, gebunden, 224 Seiten, 18,99 Euro.*



Wider den blinden Zeitgeist

Autor zeigt, warum das konservative Prinzip Bestand haben muss

Ein recht kleinformatiges Buch ist es, „Das konservative Prinzip“. Und bereits nach reichlich 100 gut lesbaren Seiten ist man auch schon am Ende angelangt. Zeitmangel lässt sich als Argument also nicht vorschieben, wenn nach einer Ausrede gesucht wird, um auf die Lektüre zu verzichten. Kein Interesse am Thema? Das taugt gleich gar nicht, das käme völligem Desinteresse an Politik und gegenwärtigen Problemlagen des Landes gleich. Um die Aufforderung einer fernsehbekannten Kritikerin zu gebrauchen, die das kleine Werk vermutlich nicht empfohlen hätte: Lesen!

Professor Günter Scholdt, langjähriger Leiter des „Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsass“, legt mit diesem Büchlein natürlich keine umfassende Darstellung und Analyse des Konservatismus vor. Es ist vielmehr ein hochaktueller Essay. Das konservative Prinzip, die Notwendigkeit konservativen Denkens und Handelns in ihrer Überzeitlichkeit werden begründet – und anschaulich gemacht an einer Vielzahl von konkreten Beispielen. Es handelt sich hierbei um den „täglichen Wahnsinn“. Angeprangert wird das sogenannte politisch korrekte Verhalten, welches sich oft in vorauseilendem Gehorsam einer – linken – Meinungsdiktatur unterwirft und alles andere als ein Klima eines unvoreingenommenen Diskurses schafft. Scholdt räumt zwar ein, dass es Länder gibt, in denen freie Meinungsäußerung Gefahr für Leib und Leben nach sich zieht, was in Deutschland nicht der Fall ist. Karrierewege hingegen kann man sich schon mal verbauen.

Betrifft der „tägliche Wahnsinn“ etwa die Verhinderung der Verleihung des Luther-Städte-Preises „Das unerschrockene Wort“, weil der vorgesehene Preisträger „umstritten“ ist, so kann man diese Meldung mit einem augenrollenden Schmunzeln quittieren. Anders und weit schwerwiegender als derartige Realsatire ist es, wenn Scholdt darauf hinweist, dass möglicherweise „hinter dem Nebelvorhang einer entproblematisierenden Amüsierdemokratie tatsächlich niemand sitzt, der den Durch-, Weit- oder Überblick hat, sondern allenfalls obskure Vertreter von Partikularinteressen ihre Fäden ziehen“.

Der Konservative hingegen handelt langfristig, er denkt in Generationenketten und nicht in Legislaturperioden, ihn kümmern Folgen von Veränderungen. Den Fortschritt, gerade auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet, lehnt er nicht per se ab, ist sich aber bewusst, dass jeder Gewinn mit einem Verlust einhergeht. Als Orientierung dient die (historische) Realität, nicht das Wünschbare, Idealisierte. Eigentlich sind das bare Selbstverständlichkeiten. Erschreckend ist, dass die Lektüre von Scholdts Essay einmal mehr unterstreicht, wie wenig diese von der gegenwärtigen Politik zum Maßstab genommen werden.

Differenzierte Weltbilder ziehen meist den Kürzeren. Immer wieder betont Scholdt, dass es sich beim konservativen Prinzip um ein realistisches Frageprinzip handelt. Und man darf schon einmal fragen, warum es in der Geschichte erst- und zweitklassige Tote gibt, wobei das Gedenken Letzterer nicht vor Leugnung geschützt zu werden braucht. Problematisch ist auch das „ungeklärte, von Verdrängungen gekennzeichnete Verhältnis zur Nation“.

Odo Marquard hat einmal bemerkt, es komme nicht darauf an, die Welt zu verändern, sondern sie zu verschonen. Scholdt zitiert diesen Ausspruch zu Beginn seiner engagierten Ausführungen. Allerdings lastet der leicht resignative Ton über allem. Der Autor fordert zum Handeln auf, Kernsubstanz sei zu bewahren, den Strom des gegenwärtigen Zeitgeistes möglichst lange aufzuhalten – aber im Großen und Ganzen wird dieser wohl übermächtig sein. Scholdts Pessimismus ist gut begründet. Teilen muss man ihn dennoch nicht.

Erik Lommatzsch

***Günter Scholdt: „Das konservative Prinzip“**, Edition Antaios, kaplaken 25, Schnellroda 2011, kartoniert, 103 Seiten, 8,50 Euro.*



»Flüchtiger als flüchtig«

Journalist stellt einen philosophischen Nachruf auf bisheriges Leben an

Die Welt verändert sich, sie ist in den letzten Jahrzehnten weniger verlässlich geworden, so Gabor Steingart in „Das Ende der Normalität – Nachruf auf unser Leben, wie es bisher war“. „Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte waren wir derart unabhängig von den uns umgebenden Mächten. Es ist, als habe jemand die Großmagneten ausgeschaltet. Priester, Fabrikant, Parteifunktionär, Universitätsprofessor, Vater und Mutter oder auch Günter Grass, Alice Schwarzer und Helmut Schmidt, sie alle tanzen noch immer um uns herum, aber wir sind ihnen nicht mehr schicksalhaft verbunden. Früher konnten sie bestimmen, was der Einzelne zu tun und zu denken hat, heute werben sie darum, dass man ihnen zuhört“, so der ehemalige „Spiegel“-Mitarbeiter, der seit 2010 Chefredakteur des „Handelsblattes“ ist.

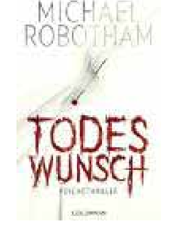
Anhand zugegeben ganz einfallsreicher Beispiele schildert er, dass sich Bindungen, die über Jahrhunderte den Alltag der Menschen bestimmt haben, innerhalb weniger Jahrzehnte aufgelöst haben. Dieser „Nachruf“ liest sich ganz nett, aber wirklich Neues bieten die melancholisch anmutenden Zeilen des Autors nicht. Und wäre dieser nicht einer der renommiertesten deutschen Journalisten, wäre das Buch ab Seite 50 möglicherweise von der Rezensentin nur quer gelesen worden, aber, wenn man schon als *PAZ*-Autorin einen Gabor Steingart verreißt, dann sollte man ihn schon Zeile für Zeile gelesen haben.

Und siehe da, Steingart überrascht dann doch noch ein wenig: „Das Industriezeitalter vergrößerte am Ende nicht das Elend der Arbeiterklasse, sondern beseitigte es ... Jeder zweite Deutsche besitzt heute Wohnungseigentum, neun von zehn Deutschen nennen ein Automobil ihr Eigen, und nahezu jeder Haushalt verfügt über zwei Fernsehgeräte. Der Konsum wurde demokratisiert.“ Und von wegen Sozialabbau; der deutsche Wohlfahrtsstaat verdreifachte seine Ausgaben in den letzten 25 Jahren, zählt Steingart nun jene Verbesserungen für die Massen auf, die gerne verdrängt werden. Allerdings: „Das heutige Deutschland lebt noch immer von jener altmodischen Normalität, als Mann und Frau Kinder zeugten und nicht nur Sex hatten. Doch fehlende Babys werden bald schon fehlende Arbeiter und Angestellte ... Die größte und langlebigste Rentnergeneration der europäischen Geschichte ist im Anmarsch“, setzt der 1962 Geborene nun doch wieder seinen Nachruf fort und gibt seinen Lesern, den Bürgern, somit offen die Schuld am Ende der Normalität. Hätten sie mehr Kinder bekommen, wären sie weiter Stammkunden, statt immer nur auf das billigste Angebot zu schielen, dann müssten Controller in Firmen – und immer öfter auch Behörden – nicht verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, Kosten zu sparen. Dann beschreibt Steingart ganz Nachruf-gemäß den Niedergang der USA und des Bankensystems, erklärt, wieso die Politik fortwährend die Hoffnungen der Wähler enttäuscht, und bietet dem gut informierten Leser wieder wenig neuen Erkenntnisgewinn.

Dann, gegen Ende, wird der Autor aber noch philosophisch und bietet immerhin eine nett formulierte Lebensweisheit: „Heute leben wir in einer Welt der Ungewissheiten. Keiner hat sein Los in der Tasche. Es wird immer neu gezogen ... Wir halten die Freiheit in der Hand, aber die Sicherheit ist uns entwischt ... Die Freiheit ist flüchtiger als flüchtig ... Hat der Einzelne eine Idee, was er mit ihr anstellen wird, schmiegt sie sich an ihn. Lebt der Einzelne im Gefängnis seiner Ängste und Selbstzweifel, wird er die Möglichkeiten, die die Freiheit ihm bietet, nie ergreifen können.“

Bel

***Gabor Steingart: „Das Ende der Normalität – Nachruf auf unser Leben, wie es bisher war“**, Piper, München 2011, gebunden, 176 Seiten, 16,95 Euro.*



Abgründe der menschlichen Seele

An Parkinson erkrankter Psychiater klärt einen Fall um Missbrauch und Hörigkeit in seiner Nachbarschaft auf

Der erfolgreiche australische Krimiautor Michael Robotham bezeichnet sich selbst als „International Crime Writer“. Zu Recht. Denn seit seinem Debütroman „Adrenalin“ sind das Ermittlerteam, bestehend aus dem Psychiater Joe O'Loughlin und Detective Inspector Vincent Ruiz Garanten für Spannung und einen gut durchdachten Handlungsstrang. In „Todeswunsch“ gerät Sienna, die beste Freundin der Teenagertochter des durch Parkinson geplagten Psychiaters Joe O'Loughlin, unter Mordverdacht. Sie soll ihren Vater brutal ermordet haben. Joe O'Loughlin wäre nicht Joe O'Loughlin, wenn er nicht alles versuchen würde, um die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen. Da Sienna unter einer ausgeprägten Borderline-Persönlichkeitsstörung mit selbst verletzenden Handlungen leidet und Siennas Vater das Mädchen scheinbar jahrelang sexuell misshandelt hat, sprechen sämtliche Anzeichen dafür, dass der Teenager seinen Vater getötet hat.

Der von Natur aus skeptische Psychiater ist jedoch nicht so einfach bereit, an Siennas Schuld zu glauben. Vielleicht hat das Mädchen seinen Vater bei einem Versuch, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen, versehentlich getötet oder handelt es sich nur um einen tödlichen „Unfall“? Statt sich an den Rat seiner Exfrau zu halten, die Finger von diesem verzwickten Kriminalfall zu lassen, steckt Joe O'Loughlin bald selbst im tiefsten Schlamassel. Eine grausame Tat soll ihm als Warnung dienen. Als sein Hund Gunsmoke ihn eines Abends nicht wie gewohnt schwanzwedelnd an der Türe seiner Junggesellen-Wohnung erwartet, schwant dem Psychiater nichts Gutes. „Ich hole eine Taschenlampe aus der Waschküche und suche den Garten ab. Vielleicht hat er sich unter dem Gartenzaun durchgegraben oder jemand hat das Tor geöffnet. ... Der Strahl der Taschenlampe wandert vorsichtig über den Boden und erfasst etwas Glänzendes im Gras. Ich schließe meine Finger darum. Es ist die Marke von Gunsmokes Halsband. Ich rufe seinen Namen. Das Wimmern wird lauter. Dann sehe ich ihn. ...“ Spätestens in diesem Augenblick wird Joe O'Loughlins Befürchtung, dass es in diesem Fall um viel mehr gehen muss als den Mord an dem Vater eines sexuell missbrauchten Teenagers, zur bitteren Gewissheit. Wie gut, dass der mittlerweile pensionierte Detective Inspector Ruiz ihm stets nicht nur mit Rat und Tat, sondern auch mal mit geladener Waffe zur Seite steht.

Mit viel Sarkasmus beschreibt Michael Robotham Szenen, in denen die Parkinson-Erkrankung dem sonst so selbstsicheren Psychodoktor zum Verhängnis wird. So zum Beispiel, als er von der Polizei gebeten wird, eine Aussage zu machen, er jedoch vorab unbedingt seine Exfrau anrufen möchte, um ihr Bescheid zu geben, dass er ihre gemeinsame Tochter Charlie deshalb nicht abholen kann.

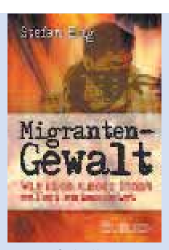
„Man hat Ihnen gesagt, Sie sollen sich nicht von der Stelle rühren.“ „Ich muss nur einen Anruf machen.“ „Kommen Sie zurück zum Polizeiwagen, Sir.“ Eine Hand am Gürtel, sieht er mich mit kalter Gleichgültigkeit an. Ich schlage einen Tonfall an, der ihm sagt, dass ich in jeder nur erdenklichen Weise kooperieren und in einem Empfehlungsbrief an seine Vorgesetzten seine Gewissenhaftigkeit loben werde, wenn er mich nur mein Telefon holen lässt. Leider schwingt mein linker Arm unwillkürlich nach oben. Es sieht aus wie ein Nazigruß, und ich muss ihn mit der rechten Hand festhalten. „Haben Sie mich bedroht, Sir?“ „Nein.“ „Wollen Sie sich über mich lustig machen?“ „Nein, natürlich nicht. Ich habe Parkinson.“ Die Nerven des Polizisten liegen blank, die Situation eskaliert.

Mit bitterer Ironie zeigt der Autor in solchen Szenen, wie Missverständnisse entstehen und eskalieren können, nur weil die Allgemeinheit es nicht gewohnt ist, mit Menschen umzugehen, die unter einem gesundheitlichen Handicap leiden. Eine Tatsache, über die es sich nachzudenken lohnt.

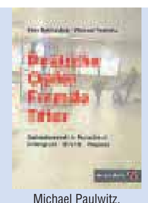
Der Autor überrascht den Leser in „Todeswunsch“ mit einem recht imposanten, wenn auch etwas zu actionreichen Finale. Auf jeden Fall ist am Ende eines klar: Der Böse kann zwar böse sein, was aber nicht automatisch bedeutet, dass er der Böseste von allen Bösen ist. Für die Auflösung dieses Rätsels empfiehlt sich die Lektüre des Psychothrillers „Todeswunsch“.

Vanessa Ney

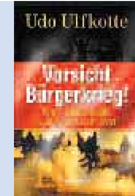
***Michael Robotham: „Todeswunsch“** Psychothriller, Goldmann, München 2011, gebunden, 512 Seiten, 19,99 Euro.*



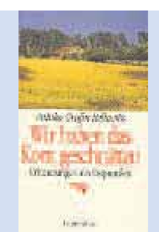
Stefan Hug
Migrantengewalt
Wie sich unser Staat selbst entmachtet
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7039, € 19,80



Michael Paulwitz, Götz Kubitschek
Deutsche Opfer, fremde Täter
Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund - Chronik - Prognose
Kart., 272 Seiten
Best.-Nr.: 7123, € 19,00



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde: Der Atlas der Wut
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



Aninka Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95









Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Ostpreußen-Accessoires



Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.
Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00
nur noch € 9,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95

Von Erika Steinbach signiert!*

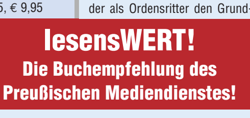
Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50





Brett Markham
Mini-Farming
Auf 1.000 Quadratmetern autark werden und eigene Lebensmittel anbauen

Dieses Buch bietet Ihnen einen ganzheitlichen Zugang, wie Sie im eigenen Garten autark werden und den Großteil Ihrer Lebensmittel selbst anbauen können. Auf nur 1.000 Quadratmetern decken Sie 85 Prozent des Lebensmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie und können – wenn Sie Ihre Produkte auch auf dem Markt anbieten – obendrein noch rund 7.000 Euro jährlich verdienen. Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine Zurück-zur-Natur-Utopie, sondern um eine pragmatische und bewährte Methode, die sowohl auf dem Land als auch im städtischen Umfeld Anwendung finden kann. Und auch wenn Sie weder Landwirt noch Gärtner sind – Brett Markham vermittelt Ihnen alles, was Sie wissen müssen. Das Buch ist mehr als nur ein Gartenratgeber. Es zeigt Ihnen Schritt für Schritt, wie Sie Ihre eigene kleine Farm gründen können, und bietet Ihnen somit die idealen Voraussetzungen, um eigene Erfahrungen zu machen. Eine Vielzahl von Fotos, Tabellen, Listen und Grafiken vermittelt Ihnen detailliert das A und O der Materialien, Werkzeuge und Techniken. Brett Markham ist Ingenieur, Farmer in der dritten Generation und Universalgebildeter. Mit den Methoden, die er in diesem Buch vorstellt, führt er eine eigene profitable Bio-Mini-Farm auf weniger als 1.000 Quadratmetern.

Geb., 240 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7127

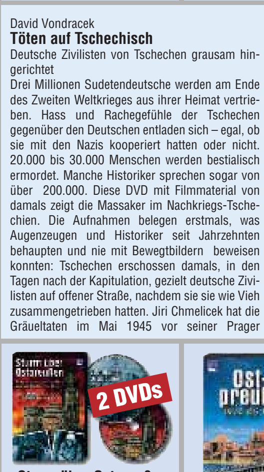


Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80





Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000. Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelicek die Aufnahmen. Helena Dvoakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zeitdokument schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, dem bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben.

DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118, € 19,95

Konrad Löw
Deutsche Schuld 1933- 1945?
Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen
Er setzt sich mit den namhaftesten einschlägigen Zeitgeschichtsforschern auseinander, nicht nur mit Richard J. Evans, sondern auch mit David Bankier, Bernward Dörner, Saul Friedländer, Robert Gellately, Daniel Goldhagen, Raul Hilberg, Marion Kaplan, Ian Kershaw, David Large und Peter Longerich. Entgegen dem, was heute als allgemein anerkannte Lehrmeinung gilt, sind die vom Autor angeführten Zeugnisse – trotz widerstreitender Standpunkte – im Kern weitgehend homogen, sodass sie ein wohlfundiertes Urteil gestatten, das es verdient, in die deutsche Geschichtsschreibung integriert zu werden.
Geb., 446 Seiten mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7064, € 39,90



Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

August-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm





Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

Rundstempel





Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472

Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539





*nur gültig im Monat August 2011 und solange Vorrat reicht

Preußen- Schirmmütze



Preußen- Schirmmütze
Schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel- Brosche

Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform.
Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernaddel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95



Bekannte Soldatenlieder
15 Titel, Inhalt: Wenn wir marschieren, Wohlauf Kameraden, auf's Pferd, Ein Heller und ein Batzen, Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein, Ich schieß den Hirsch, Oh du schöner Westerwald, Lore, Lore, u.a.
Gesamtspielzeit: 37 Min
Best.-Nr.: 5753, € 12,95



Bekannte Soldatenlieder
– Folge 2 –
12 Titel, Inhalt: Kehr' ich einst zur Heimat wieder, Wir lagen vor Madagaskar, Ich hatt' einen Kameraden, Der mächtigste König im Luftrevier, u.a.
Gesamtspielzeit: 35 Min
Best.-Nr.: 5754, € 12,95



Bekannte Soldatenlieder
– Folge 3 –
20 Soldatenlieder: Ruck-Zuck!, Die ganze Kompanie, Es ist so schön Soldat zu sein, Rosemarie, Der Gott, der Eisen wachsen liess, Ich hab mich ergeben, u.a.
Laufzeit: 49 Min
Best.-Nr.: 6078, € 12,95

Königsberg-Wappen Nadel

Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr"
Maße des Wappens: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95





Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 33/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Niederländer: Griechen raus!

Amsterdam – Nach einer Umfrage des niederländischen Demoskopen Maurice de Hond wollen 54 Prozent der Niederländer, dass Griechenland aus der Euro-Zone ausgeschlossen wird. 60 Prozent sprechen sich zudem dagegen aus, dass ihr Land anderen Euro-Staaten weiter Kredite gewährt. 48 Prozent glauben, dass die Nachteile des Euro überwiegen. Die Niederlande sind einer der Hauptzahler sowohl in der EU wie im Euro-System. *H.H.*

Friedrich beim »Fastenbrechen«

Berlin – Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nahm dieses Jahr erstmals am „Fastenbrechen“ der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus teil. Die CDU-Landesparlamentarier laden alljährlich die Berliner Moslems und Angehörige anderer Religionen zu diesem Fastenbrechen im Ramadan ein. Berlin zeichne sich durch seine Vielfalt von Kulturen und Religionen aus, so die Christdemokraten im Hauptstadt-Parlament. *H.H.*

ZUR PERSON

Der Störenfried aus Preßburg

Im September wird das slowakische Parlament in Preßburg über die EU-Beschlüsse für ein neues Griechenland-Paket beraten. Zwar geht niemand davon aus, dass Preßburg die EU-Beschlüsse kippen wird, die slowakische Mitte-Rechts-Koalition könnte allerdings an dieser Frage zerbrechen. **Richard Sulík** (43), Parlamentssprecher und Chef der liberalen Partei Freiheit und Solidarität (SaS), drittstärkste Fraktion im Parlament, ist strikt gegen eine slowakische Beteiligung am neuen Rettungspaket. „Ich lehne es ab, meine Unterschrift unter so etwas zu setzen, ... die arme Slowakei kann nicht dem reichen Griechenland Hilfe leisten.“

Für Sulík ist der Bankrott Griechenlands die einzig rationale Lösung des Problems. Die Mitte-Rechts-Regierung verfügt nur über eine knappe Mehrheit, die SaS hat 21 Mandate. Die Koalitionspartei Christlich-Demokratische Bewegung hat Sulík nahegelegt, die Abstimmung im September mit der Vertrauensfrage zu verbinden, weil es keinen Sinn habe, mit ihm weiter die Koalition zu bilden, wenn er den EU-Plänen nicht zustimme.



Der gelernte Ökonom, Unternehmer und Politiker wurde in Preßburg geboren. 1980 emigrierte seine Familie nach München. Sulík studierte Allgemeine Physik und Betriebswirtschaft in Deutschland, brach 1992 sein Studium jedoch ohne Abschluss ab. Nach dem Ende des Kalten Krieges zog es ihn in die Slowakei zurück, wo er zehn Jahre lang Leiter seiner eigenen Firma FaxCopy war. 1998 nahm er an der Wirtschaftsuniversität Preßburg erneut ein Studium auf und promovierte 2003. Als Berater des slowakischen Finanzministeriums entwarf er die 19 Prozent-Einheitssteuer. Anfang 2009 gründete er die liberale Partei „Sloboda a Solidarita“. 2010 wurde er zum Parlamentspräsidenten gewählt.

M. Rosenthal-Kappi



Zeichnung: Mohr

Lachanfall

Wie uns Rösler in den Schlaf faselte, was die Menschen dem Sozialismus angetan haben, und wie aus Schmunzeln Gelächter wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ein harter Vorwurf: Der ehemalige Präsident des Landesschiedsgerichts der Berliner FDP ist aus seiner Partei ausgetreten, weil deren Führung „feige“ sei. So hat er es seinem Landesvorsitzenden geschrieben. Der Vorwurf ist nicht bloß hart, er ist ungerecht. Das haben wir vergangenen Sonntag selber im Fernsehen gesehen.

Da saß der Chefliberale Philipp Rösler am schönen deutschen Rhein zum ZDF-Sommerinterview. Von Feigheit war nichts zu spüren. Im Gegenteil: Dass seine Partei am Abgrund steht, dass die Umfragewerte verheerend sind und die Mitglieder in Scharen davonlaufen, das stimmt den tapferen Rösler sogar „gelassen“, wie er sagte. Das Schiff sinkt, doch der tapfere Kapitän sieht keinen Grund zur Beunruhigung. Ein Held ist das.

Andererseits: Dass er „gelassen“ sei, war leider schon so ziemlich alles, was er überhaupt sagte. Die restlichen 20 Minuten füllte Rösler mit jenem Wortgerümpel, das als Sperrmüll am Straßenrand der „Debattenkultur“ herumgammelt, damit es jeder mitnehmen kann, dem nichts Eigenes einfällt: „Wir wollen Politik gestalten“ oder „Die FDP steht für einen stabilen Euro“ oder „Wir sind in Regierungsverantwortung, und diese Verantwortung muss man auch wahrnehmen“ oder ... ja, ja, ich hör ja schon auf, bevor Sie mir „gelassen“ einnicken.

Dem ZDF-Mann ging das Gefasel sichtlich auf die Nerven. Er hatte ein paar schneidige Aussagen erhofft angesichts des beängstigenden Zustands der FDP. Was er bekam, war so voller Spannung und Leben wie die Verlautbarungen des ZK der SED. Die Jungs hatten es bekanntlich geschafft, selbst die Öffnung der Berliner Mauer in derart totgestanzte Phrasen zu wickeln, dass den anwesenden Journalisten erst im zweiten Anlauf klar wurde, dass soeben eine Weltordnung eingestürzt ist.

So wühlte und drängte der Reporter im Schweiße seines mimmutigen Angesichts, um aus dem FDP-Chef und Wirtschaftsminister irgendetwas Verwertbares herauszuwringen. Vergebens: Glitschig wie eine Gartenschnecke entwich ihm Rösler jedes Mal. Er kam sich dabei sicher sehr geschickt vor: Habe nichts an mich rankommen lassen und den blöden Fernsehheini gekonnt ausgetrickst. Zu Röslers Leidwesen saßen hinter dem ZDF-Reporter einige Millionen Wähler, die auch gern gewusst hätten, was er eigentlich will. Oder ob er überhaupt noch etwas vorhat außer bis 2013 im Amt zu bleiben, um sich bei der Bundestagswahl politisch in Luft aufzulösen. Das Sprichwort lautet: Man ist schlauer, wenn man vom Rathaus kommt. Nur wehe, wenn der Bürgermeister Philipp Rösler heißt.

Wir könnten zu Röslers Verteidigung anführen, dass er einfach schon zu lange in der Politik ist für sein Alter und deshalb gar nichts anderes mehr kann als diese quälend hohle Politikersprache. Doch die Entschuldigung zieht nicht. Jeder Sperrmüllsammler weiß, dass man auch aus scheinbar unbrauchbaren Stücken etwas richtig Hübsches zaubern kann. Manchmal kommt es bloß darauf an, in welcher Umgebung man das Zeug aufstellt. Das gilt auch fürs verbale Gerümpel.

> »Alternativlos«: Selbst so ein Wort bekommt bei uns eine zweite Chance, und was für eine!

So waren wir uns alle sicher, dass die Vokabel „alternativlos“ nie mehr auftaucht, nachdem sie zum Unwort des Jahres gekürt worden war. Wie man sich täuschen kann. Auf dem Parteitag der mecklenburg-vorpommerschen „Linken“ erschien das abgestoßene Wort überraschend in neuem Glanze: Der Mauerbau 1961 sei „alternativlos“ gewesen, durften wir dort hören. Ach, und warum? Weil der Sozialismus ohne Mauer nicht erfolgreich hätte aufgebaut werden können.

Genau das stellen wir uns unter politischer Bildung vor. Nie haben wir über das Wesen und das Selbstverständnis des Sozialismus in derart kurzer Zeit so viel gelernt wie bei dem Parteitag in Rostock: Nicht der Sozialismus muss sich vor den Menschen rechtfertigen, sondern die Menschen ihr Verhalten gegenüber dem Sozialismus. Und wenn das Verhalten der Menschen gegenüber dem Sozialismus nicht zu rechtfertigen ist, dann muss man sie eben einmauern und notfalls abknallen wie die Hasen auf der Herbstjagd. Letzteres tut man natürlich unter größter Seelenpein, aber alternativlos bleibt alternativlos.

Bevor es im Wortschatz des mentalen Mauerschützen wieder auferstanden ist, machte „alternativlos“ seine erste Karriere bekanntlich im Gehege der Euro-Retter. Euro! Eigentlich können wir das Wort nicht mehr hören. Man wünscht sich, wir hätten das alles nur geträumt. Stellen Sie sich vor, Sie wachen nach einer Nacht voller Rettungsschirme, Griechenkrisen und Euro-Bonds schweißgebadet auf, schlurfen matt von dem Höllentrip in die Küche und sehen den Zettel am Kühlschrank: „Joghurt kaufen nicht vergessen, ist im Angebot für 69 Pf.“ „Pf“ wie „Pfennig“. Nein, wäre das schön: Alles bloß ein böser Spuk im Mondenschein! Im Frühstücksfernsehen nörgelt ein Maschinenbauer, dass die Exporte in letzter Zeit nicht so gut liefen wegen der harten D-Mark. Ach, der Gute, wenn der wüsste, was ich heute Nacht geträumt habe! So muss der Moserer denn auch einräumen, dass die Einbußen beim Export weitgehend ausgeglichen würden von der schwunghaften Binnennachfrage. Die steht hervorragend da, weil die Deutschen voller Vertrauen in die Stabilität ihrer Wirtschaft auf der Basis ihrer verlässlichen Währung kräftig Geld ausgeben.

Tja, das wäre schön. Doch wie wir alle wissen, ist das ein Traum, und der vermeintliche Albtraum die Realität. Wobei es das Euro-System in Sachen Verlässlichkeit mit dem alten D-Mark-Block durchaus aufnehmen kann. Man könnte sagen: Was auch geschieht, es passiert immer das Gleiche.

Erst wird ein Vorschlag gemacht, der darauf hinausläuft, dass Deutsche, Österreicher, Holländer und so weiter für die Fehler von anderen büßen sollen. Daraufhin führt Berlin ein Theater in drei Akten auf. Erster Akt: Kategorische Ablehnung mit Hinweis auf die „unverrückbaren, vertraglich vereinbarten Grundlagen der Währungsunion“. Zweiter Akt: „Na ja, vielleicht, aber nur unter strikt einzuhaltenden Bedingungen!“ Dritter Akt: „Wie es euch beliebt: Wir zahlen alles.“

Beim Schwank um die „Euro-Bonds“ waren wir Anfang der Woche gerade in der Pause zwischen Akt eins und zwei. Wir hatten alle noch den ergreifenden Schluss-Chor aus dem ersten Aufzug im Ohr mit dem hellen „Niemals! Nicht mit mir!“ und Angela Merkel als strahlende Solistin im schwarzrotgoldenen Kostüm.

Während der Pause konnten wir indes bis ins Foyer hören, wie die Bühnenarbeiter von der CDU-Truppe die Kulisse umräumten für den zweiten Akt. Offenbar sollte im nächsten Teil nichts mehr so aussehen wie am Anfang. Dabei verspricht der zweite Akt laut Vorveröffentlichungen ein paar komödiantische Einlagen, die wirklich gelungen sind: Die Vergemeinschaftung der Schulden aller Euro-Staaten solle keinesfalls dazu führen, dass neuer Schlendrian um sich greife, für den dann hauptsächlich die Deutschen einstehen müssten, soll die Heldin tönen. Dafür würden knallharte Regeln erlassen, Sünder würden streng bestraft.

Harte Regeln? Nie mehr Schlendrian? Wer muss da nicht schmunzeln! Doch es kommt noch besser: Damit keiner über die Strenge schlage, solle es eine strikte Obergrenze geben. Für alle Schulden, die darüber hinaus gingen, müssten die Staaten jeder für sich allein geradestehen, so der Vorschlag einer EU-Expertenrunde. Das Schmunzeln schwillt zum Gelächter an. Schließlich die Krone der Komik: Diese Obergrenze solle bei exakt 60 Prozent liegen. 60 Prozent? Genau da lag auch die „Schuldenobergrenze“ von Maastricht. Heute liegt sie metertief unter neuen Schulden begraben. Wir werden gespannt sein, ob uns die Hauptdarstellerin diese Zahl noch einmal präsentieren kann, ohne selbst einen hysterischen Lachanfall zu erleiden. Auf Akt drei müssen wir dann noch eine Weile warten. Aber kommen wird der sicher.

MEINUNGEN

Jan Fleischhauer *(Autor des Buches „Unter Linken: Von einem, der aus Versehen konservativ wurde“)* ***warnt*** *in seiner „Spiegel“-Kolumne im Internet vom 8. August vor dem neuen* ***Euro-Pathos****:*

„Viel ist jetzt von dem friedlichen Miteinander in Europa die Rede, den Verpflichtungen aus zwei Weltkriegen, der Zukunft unserer Kinder. Das allein sollte einen skeptisch machen. ‚Wer Menschheit sagt, will betrügen‘, heißt es bei Carl Schmitt. Dass der Satz von Schmitt stammt, spricht nicht gegen seinen Wahrheitsgehalt; Der Mann kannte sich aus mit politischem Pathos. Wo großzügig mit dem Eigentum anderer Leute verfahren wird, mangelt es selten an großen Worten. Tatsächlich besteht zwischen rhetorischem Aufwand und Enteignungswille ein enger Zusammenhang, wie man aus der Vergangenheit weiß.“

Der Analyst und Fonds-Manager ***Marc Faber****, der mehrere schwere Finanzkrisen vorausgesagt hat, so auch die laufende, fürchtet in der „Wirtschaftswoche“* ***aggressive Reaktionen der USA*** *auf den Aufstieg* ***Chinas****:*

„Ich glaube nicht, dass die US-Strategen, die glauben, die USA seien immer noch das Weltreich, diese Illusion ohne Weiteres aufgeben werden. Sie werden den Streit suchen, vor allem dann, wenn die Wirtschaft sich nicht gut hält. Der gesamte militärische Komplex ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in den USA, mit starkem politischen Einfluss. Beim Militär werden die Ausgaben nie gekürzt.“

Palmström setzt sich durch

Cartesius, gewiss nicht dumm,
der hat uns hinterlassen
sein „cogito“ und „ergo sum“,
für jeden leicht zu fassen.

„Ich denke, also bin ich“ blieb
deswegen ausschlaggebend
für vieles, was man später schrieb,
nach letzter Wahrheit strebend.

Doch IST sogar, wer niemals denkt –
und das ließ Zweifel sprießen,
denn nicht durch Denkerei beschränkt
ist weitaus mehr zu schließen!

So schloss einst Palmström messerscharf
– wie Morgenstern erzählte –
dass sein nicht kann, was sein nicht darf,
selbst das nicht, was ihn quälte.

Manch andre kamen zu dem Schluss,
dass künftighin Geschichte
so ist, wie laut Gesetz sie muss,
sonst drohen Strafgerichte.

Und seht, auf deutschen Wunsch hat klar
die UNO nun entschieden,
der Klimawandel könnte gar
Gefahr sein für den Frieden.

Damit ist endlich lupenrein
der Schurke nachgewiesen,
denn wer was könnte, der muss sein,
und Palmström sei gepriesen!

Wohl bald stützt alle Wissenschaft
sich ganz auf Palmström-Logik –
dran werkt ja schon mit voller Kraft
die neue Pädagogik ...

Pannonicus